



Internationaler Gewerkschaftsbund Weltweite Umfrage 2020



ITUC CSI IGB Internationaler Gewerkschaftsbund

Forschungsarbeit

YouGov

Inhalt

Über diesen Bericht.....	6
Methodik.....	7
Vorwort.....	8
1.0 Zusammenfassung: Eine prekäre Welt am Rande des Zusammenbruchs ...	12
1.1 Der Sozialvertrag ist gebrochen	13
Haushalte bereits vor Covid-19 in finanziellen Schwierigkeiten	13
1.2 Weltweite Angst um die Welt der Arbeit	13
Die Welt ist besorgt.....	13
1.3 Vertrauen schaffen in die Regierungen.....	14
Die Menschen wollen, dass ihre Regierung etwas tut	14
1.4 Ein gerechter Übergang mit Blick auf Klimawandel und technologische Veränderungen	14
Globale Verschiebungen – Forderung nach umgehenden Maßnahmen.....	14
1.5 Arbeitsgesetze und Sozialschutz.....	15
Gewerkschaften und die Gesetze, die sie schützen, sind nach wie vor wichtig	15
Der neue Gesellschafts- oder Sozialvertrag: Ein globaler Aktionsplan für die Regierungen mit Blick auf robuste und nachhaltige Volkswirtschaften.....	16
2.0 Schlüsselergebnisse: Der Sozialvertrag ist gebrochen.....	17
Haushalte bereits vor Covid-19 in finanziellen Schwierigkeiten	18
2.1 Überall auf der Welt stecken arbeitende Menschen in Schwierigkeiten	19
Wie würden Sie Ihre finanzielle Situation beschreiben?.....	19
2.2 Familieneinkommen in der Krise.....	21
Ist Ihr Haushaltseinkommen hinter den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben?	21
2.3 Nicht genügend Arbeitsplätze	23
Sind Sie oder ist jemand in Ihrer Familie arbeitslos gewesen?.....	23
2.4 Nicht genügend Arbeitsplätze für die nächste Generation	24
Wird die nächste Generation eine gute Arbeit finden?	24
2.5 Lohnsorgen	26
Reicht der Mindestlohn für ein menschenwürdiges Leben?.....	26
2.6 An Wochenenden wird jetzt gearbeitet.....	28
Üben Sie mehr bezahlte Arbeit am Wochenende aus?	28
3.0 Schlüsselergebnisse: Weltweite Angst um die Welt der Arbeit	29
Die Welt ist besorgt.....	30

3.1 Die Menschen sind besorgt.....	31
Was bereitet Ihnen Sorgen?	31
3.2 Kontrollverlust.....	37
Haben Sie Kontrolle über ihre Arbeit und Einkommen?	37
3.3 Unternehmen und Eliten an den Hebeln der Macht.....	40
Wer entscheidet über die Wirtschaftspolitik?	40
3.4 Das reichste Prozent legt die Regeln der Weltwirtschaft fest.	44
Ist das Wirtschaftssystem den meisten Menschen gegenüber gerecht?	44
3.5 Die Globalisierung wird in Frage gestellt.....	46
Ist die wirtschaftliche Situation gut oder schlecht?	46
4.0 Schlüsselergebnisse: Vertrauen schaffen in die Regierungen	48
Die Menschen wollen, dass ihre Regierung etwas tut	49
4.1 Das Zeitalter der Wut und Verzweiflung	50
Gefühl gegenüber der Regierung.....	50
4.2 Ein Aktionsplan für Regierungen.....	54
Sollte Ihre Regierung in Bezug auf Arbeitsplätze, Löhne, Arbeitsbedingungen und Klimawandel mehr tun?	54
4.3 Vertrauen wiederherstellen, um die Demokratie zu schützen.....	59
Würden Sie Ihrer Regierung vertrauen, wenn sie in globalen und nationalen Fragen aktiv würde?	59
5.0 Schlüsselergebnisse: Ein gerechter Übergang mit Blick auf Klimawandel und technologische Veränderungen	64
Globale Verschiebungen – Forderung nach umgehenden Maßnahmen	65
5.1 Arbeitnehmer*innen haben ein Recht auf Unterrichtung	66
Haben Arbeitnehmer*innen das Recht, zu erfahren, wie ihr Arbeitgeber gedenkt, Arbeitsplätze klimasicher zu machen?.....	66
5.2 Große Technologieunternehmen gefährden die Privatsphäre	68
Haben Technologieunternehmen einen positiven oder negativen Einfluss auf unser Leben?.....	68
5.3 Regulierung großer Technologieunternehmen.....	73
Sollten internationale Technologieunternehmen reguliert werden?	73
6.0 Schlüsselergebnisse: Arbeitsgesetze und Sozialschutz	76
Gewerkschaften und die Gesetze, die sie schützen, sind nach wie vor wichtig	77
6.1 Öffentliche Unterstützung für Arbeitsgesetze und das Streikrecht.....	78
Sind Sie für oder gegen Arbeitsgesetze und das Streikrecht?	78
6.2 Sozialschutz ist unerlässlich	82
Sollten die Regierungen für Bildungsangebote, eine Altersversorgung, medizinische Versorgung, Mutterschaftsurlaub und Leistungen bei Arbeitslosigkeit sorgen?	82
6.3 Die Verantwortung von Gewerkschaften: Drei Viertel der Menschen sind für Gewerkschaften	85
Sollten Gewerkschaften eine aktive Rolle in der Gesellschaft spielen?	85
Anhang: Zentrale Ergebnisse	86

Weltweite Umfrage 2020 des Internationalen Gewerkschaftsbundes

16 Länder

**3,1 MILLIARDEN
MENSCHEN ÜBER 18**

**56% DER
WELTBEVÖLKERUNG
ÜBER 18**



Über diesen Bericht

Die Ergebnisse basieren auf der 2020 durchgeführten Weltweiten Umfrage des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

Diese vom IGB in Auftrag gegebene Umfrage folgt auf die 2012, 2013, 2014 und 2017 durchgeführten Untersuchungen sowie auf die Frontline-Umfragen des IGB in den Jahren 2015, 2016 und 2019.

In die Umfrage wurden Erwachsene (18 Jahre und älter) in Argentinien, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Kanada, China, Chile, Frankreich, Deutschland, Indien, Japan, Russland, Südafrika, Südkorea, dem Vereinigten Königreich und den USA einbezogen. In China wurde ein verkürzter Fragenkatalog verwendet, wobei drei der Fragen stattdessen der erwachsenen Bevölkerung in Ägypten, Indonesien und Mexiko gestellt wurden. In jedem Land wurden etwa 1.000 Online-Befragungen durchgeführt (N=1000), mit Ausnahme der USA (N=1292), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und Deutschlands (N=2222). Die Zahlen wurden für jedes Land gleich gewichtet, um einen 'Durchschnittswert' zu erhalten.

Für die in 16 Ländern gestellten Fragen (inklusive China) beträgt der gewichtete weltweite Stichprobenumfang N=18281.

Für die in 18 Ländern gestellten Fragen (Mexiko, Indonesien und Ägypten anstelle von China) beträgt der gewichtete weltweite Stichprobenumfang N=21346. (Frage 5, 13, 14)

Für die in 15 Ländern gestellten Fragen (ohne China) beträgt der gewichtete weltweite Stichprobenumfang N=17251. (Frage 19)





Die Feldarbeit wurde zwischen dem 12. Februar und dem 9. März 2020 durchgeführt. In jedem Land wurden Quotenstichproben verwendet, um eine repräsentative Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Region widerzuspiegeln.

YouGov war für die Ausarbeitung der Fragen (in Zusammenarbeit mit dem IGB) sowie für die Feldarbeit und die Erstellung der Datentabellen verantwortlich. Kate Whelan Consulting hat die Daten analysiert und den Bericht verfasst.

Die Weltweite Umfrage des IGB 2020 wurde in 16 Ländern auf verschiedenen Kontinenten durchgeführt und spiegelt die Meinungen von 3,1 Milliarden Menschen über 18 wider. Die Ergebnisse wurden global analysiert und stellen den Durchschnitt der 16 bzw. 18 Länder dar (je nach Frage). Zudem wurden länderspezifische und regionale Analysen vorgenommen (BRICS, G20, Gesamtamerika, Asien, Europa). Auf sozioökonomischen Daten basierende Ergebnisse (Alter, Geschlecht, Bildungsniveau) und Kreuztabellen mit Fragen zu Einkommen und Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit wurden ebenfalls untersucht.

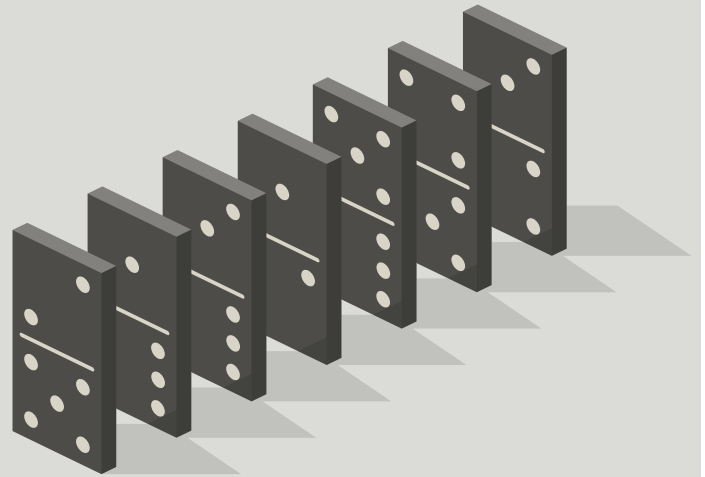
Die Fragen wurden in fünf Themengruppen zusammengefasst, die die Grundlage der Schlüsselergebnisse dieses Berichtes bilden.

Methodik

Land		Stichprobenumfang	Gesamtbevölkerung 18 und älter
Argentinien		1006	32.020.063
Belgien		1007	9.229.605
Brasilien		1006	158.962.081
Bulgarien		1000	6.948.445
Kanada		1007	30.621.997
Chile		1002	14.702.489
China		1030	1.135.149.883
Ägypten		1053	62.345.922
Frankreich		1021	65.273.512
Deutschland		2222	83.783.945
Indien		1014	943.061.002
Indonesien		2034	188.589.824
Japan		1023	107.339.767
Mexiko		1008	88.880.588
Russland		1042	114.761.155
Südafrika		1003	39.244.925
Südkorea		1001	43.422.691
Vereinigtes Königreich		1605	67.886.004
USA		1292	257.509.854

Vorwort

Auf wackeligem Boden: Erwerbstätige Menschen haben kaum genug zum Leben



Die Weltweite Umfrage des IGB 2020 gibt einen nüchternen Einblick in eine prekäre Welt, in der erwerbstätige Menschen und ihre Familien bereits vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie, die die Welt zum Stillstand gebracht hat, kaum genug zum Leben hatten.

Wir erleben gegenwärtig die größte Solidaritätsbekundung in der Geschichte der Menschheit: Wir haben auf bürgerliche Freiheiten verzichtet und Existenzgrundlagen aufs Spiel gesetzt, um Leben zu retten. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieser Gesundheitskrise werden jedoch dieselbe Solidarität erfordern, um sicherzustellen, dass die Menschen in der vor uns liegenden schweren Wirtschaftskrise vor Notlagen bewahrt werden.

Die Regungen müssen mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um dafür zu sorgen, dass die Wiederaufbaupläne Vertrauen und Resilienz schaffen, einschließlich einer politischen Verpflichtung dazu, den Menschen und dem Planeten gleiches Gewicht wie der Wirtschaft beizumessen, mit einem neuen Sozialvertrag als Richtschnur für unsere Zukunft.

Die Wiederaufbaupläne müssen transparent sein und berücksichtigen, was den Menschen Sorgen bereitet und was sie für sich und ihre Kinder wollen.

Die Weltweite Umfrage des IGB 2020 liefert klare Hinweise auf die Schlüsselemente für eine Erholung und die notwendige Resilienz, damit der nächste globale Schock nicht mit derselben sozialen und ökologischen Fragilität einhergeht wie heute.

Der Gesellschafts- oder Sozialvertrag ist gebrochen, und die nachstehenden Schlüsselergebnisse machen deutlich, wie dringend notwendig es ist, ihn wiederherzustellen.

Weltweite Lohneinbrüche:



75% der Menschen geben an, dass ihr Einkommen etwa gleich viel gestiegen oder hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben ist.



Nahezu die Hälfte der Befragten (43%) gibt an, dass ihr Haushaltseinkommen hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückbleibt.



76% glauben nicht, dass der Mindestlohn für ein menschenwürdiges Leben ausreicht.

Überall auf der Welt stecken arbeitende Menschen in Schwierigkeiten:



47% der Menschen kommen nur gerade so über die Runden oder haben nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens.



Jede zehnte befragte Person gibt an, nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens wie Wohnung und Lebensmittel zu haben.

Regionale Ergebnisse:



Mehr als die Hälfte der Menschen (54%) in Gesamtamerika (Argentinien, Brasilien, Kanada, Chile und USA) kommen gerade so über die Runden oder haben nicht genug Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens.



Fast die Hälfte der Menschen in den BRICS-Staaten (47%), in asiatischen Staaten (47%) und in G20-Staaten (46%) hat Mühe, genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens aufzubringen.

Die Menschen haben das Gefühl, dass sie die Kontrolle über ihre Arbeit und Einkommen verloren haben:



33% der Menschen haben weniger Kontrolle bei der Suche nach einer menschenwürdigen Arbeit.



28% – mehr als ein Viertel – haben weniger Kontrolle über ihre Arbeitszeit.

Eine weltweite Beschäftigungskrise vor der Pandemie und weitverbreiteter Pessimismus:



Mehr als ein Drittel der Menschen (39%) geben an, dass entweder sie selbst oder jemand in ihrem Haushalt in den letzten beiden Jahren arbeitslos gewesen ist oder auf Kurzarbeit gesetzt wurde.

Regionale Ergebnisse:



In Argentinien, Brasilien, Chile und Südafrika haben mehr als die Hälfte der Haushalte Erfahrung mit Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit gemacht.



In Europa war über ein Viertel der Befragten (28%) von Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung betroffen.



Annähernd die Hälfte der Menschen (42%) hält es für unwahrscheinlich, dass die nächste Generation eine menschenwürdige Arbeit findet.

Was den Menschen Sorge bereitet:

Mehr als zwei Drittel der Menschen sind besorgt über:

- Klimawandel
- Wachsende Ungleichheit
- Missbrauch ihrer personenbezogenen Daten im Internet
- Verlust des Arbeitsplatzes

Die Verzweiflung der Menschen schlägt um in Wut, die wiederum einen massiven Vertrauensverlust in die Demokratie als Institution zur Folge hat. Die Wiederherstellung dieses Vertrauens wird ein Engagement seitens der Regierungen gegenüber den Menschen erfordern, um eine Zukunft zu ermöglichen, die auf ganz anderen Prioritäten basiert als bisher.

Die drei Frontline-Kampagnen des IGB: Demokratie und Rechenschaftspflicht von Regierungen, Ein neuer Gesellschafts- oder Sozialvertrag und Unsere Arbeit klima- und beschäftigungssicher machen mit gerechten Übergängen beinhalten eine Reihe von Forderungen, die alle miteinander verknüpft sind. Die Umfrage 2020 zeigt, warum jede dieser Kampagnen wichtig ist.

Die Missstände, die bereits zu massiver Ungleichheit mit Blick auf Einkommen, Hautfarbe und Geschlecht, zum Zerfall eines regulierten Arbeitsmarktes, zu einem Klimanotstand mit ungebremstem Wachstum globaler Monopole sowie zu unkontrollierter unternehmerischer Profitgier führen, die einen Großteil des Chaos und der Unsicherheit von heute zu verantworten hat, müssen der Vergangenheit angehören, wenn wir die Zukunft aufbauen.

Die Forderung nach Veränderungen sowie nach Arbeitsplätzen, Klimaschutz und Gerechtigkeit auf breiter Front sind mittlerweile mehr als nur ein Slogan. Werden diese Warnungen ignoriert, und es wird einfach so weiter gemacht wie bisher, dann wird es angesichts einer schweren weltweiten Wirtschaftskrise und der zunehmenden Zerstörung aufgrund extremer Wetterereignisse noch sehr viel schlimmer kommen, mit noch größerer Armut und Ungleichheit als Folge.

All diese politischen Konzepte können umgesetzt werden, wenn der politische Wille da ist.

Sharan Burrow
Generalsekretärin, IGB

Frontline-Kampagnen des IGB

Demokratie und Rechenschaftspflicht von Regierungen

Eine Wende kann nur herbeigeführt werden, wenn die Regierungen zur Rechenschaft gezogen werden, indem die Themen, die den Menschen am wichtigsten sind, beziffert werden und darüber Bericht erstattet wird.



Beschäftigung: Schaffung von Arbeitsplätzen, um Vollbeschäftigung zu erreichen.



Lebensstandards mit existenzsichernden Mindestlöhnen und Tarifverhandlungen, um einen gerechten Anteil an den Profiten und der Produktivität zu garantieren.



Sozialschutz für alle.



Progressive steuerliche Maßnahmen und ein Ende von Steueroasen und Steuerhinterziehung sowie neue Steuern, einschließlich einer Digitalsteuer und einer Vermögenssteuer, um die Ungleichheit zu verringern und unerlässliche öffentliche Dienstleistungen zu finanzieren.



Menschen- und Arbeitnehmerrechte mit einer obligatorischen Sorgfaltspflicht, um Ungerechtigkeit offenzulegen und für Abhilfe zu sorgen.



Umweltschutz und ein gerechter Übergang beim Klimaschutz.



Beteiligung der Menschen an demokratischen Konsultationen über die Wahlurne hinaus.

In diesen Bereichen ist eine Rechenschaftspflicht von zentraler Bedeutung für den notwendigen neuen Sozialvertrag.

Demokratiekrise

Jede dritte befragte Person (36%) ist wütend oder verzweifelt, wenn es darum geht, ob sie das Gefühl hat, dass ihre Regierung auf sie hört und auf die Bedürfnisse ihrer Familie eingeht.

Unternehmen und Reiche haben zu großen Einfluss auf die Weltwirtschaft und Menschen wie sie viel zu wenig.



Zwei von drei Befragten (66%) glauben, dass Menschen wie sie zu wenig Einfluss auf die Weltwirtschaft haben.



Nahezu drei Viertel (71%) der Menschen sind der Ansicht, dass das Wirtschaftssystem ihres Landes die Reichen begünstigt.



Die Mehrheit der Menschen in jedem bei der Umfrage berücksichtigten Land glaubt, dass ihr Wirtschaftssystem die Reichen begünstigt.

Ein neuer Gesellschafts- oder Sozialvertrag

In den fünf genannten Bereichen zur Gewährleistung von sozialer Sicherheit befürworten im Durchschnitt 89% (neun von zehn befragten Personen) staatliche Unterstützung:



91% sind dafür, dass die Regierung für erschwinglichen Zugang zu medizinischer Versorgung sorgt.



91% sind dafür, dass die Regierung für eine angemessene Altersversorgung sorgt.



90% sind für erschwinglichen Zugang zu Bildungsangeboten.



87% sind für Unterstützung für bezahlten Mutterschaftsurlaub.



84% sind dafür, dass die Regierung für Leistungen bei Arbeitslosigkeit sorgt.

Von zentraler Bedeutung für einen neuen Sozialvertrag sind Klimaschutz und ein gerechter Übergang.



Befürwortung von Arbeitsgesetzen

Durchschnittlich 84% befürworten alle fünf Gesetze:



Gesetze zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz.



Gesetze zur Festlegung und zum Schutz menschenwürdiger Mindestlöhne.



Gesetze, die Beschäftigten das Recht auf Tarifverhandlungen verleihen.



Gesetze, die Beschäftigten das Recht auf einen Gewerkschaftsbeitritt verleihen.



Gesetze zum Schutz des Streikrechts.



Die Menschen wissen, was sie für ihre wirtschaftliche und soziale Sicherheit wollen.

Die dringende Notwendigkeit hochwertiger Arbeitsplätze und sozialer Schutzmaßnahmen ist offensichtlich, ebenso wie die Forderung nach guter, menschenwürdiger Arbeit mit gesetzlich garantierten Rechten.

Unsere Arbeit klima- und beschäftigungssicher machen und für einen gerechten Übergang sorgen

Ein gerechter Übergang ist auch notwendig, wenn es um die beste und die schlechteste Technologie geht.



Fast jede dritte befragte Person (30%) ist der Meinung, dass große Technologieunternehmen einen negativen Einfluss auf Arbeitnehmer haben.



Annähernd ein Drittel (32%) glaubt, dass große Technologieunternehmen einen negativen Einfluss auf die Gesellschaft haben.



Fast die Hälfte aller Befragten (47%) macht sich Sorgen über den Schutz ihrer personenbezogenen Daten im Internet.



Die große Mehrheit der Menschen (66%) befürwortet eine höhere Besteuerung und eine stärkere Regulierung von Technologieunternehmen.



Klimaschutzmaßnahmen erfordern Arbeitsplätze, Sozialschutz, Umschulungsmaßnahmen und Reinvestitionen in Kommunen.



79% der Menschen glauben, dass sie das Recht haben sollten, zu erfahren, welche Maßnahmen ihr Unternehmen plant, um Jobs und Arbeitsplätze klimasicher zu machen.



Mehr als zwei Drittel der Menschen sind besorgt über den Klimawandel.



63% der Menschen sind der Ansicht, dass ihre Regierung mehr tun sollte, um einen gerechten Übergang in eine Zukunft ohne CO₂-Emissionen zu unterstützen.



Eine von drei befragten Personen ist wütend oder verzweifelt angesichts der Maßnahmen ihrer Regierung zur Eindämmung der Folgen des Klimawandels.

A grayscale photograph of a warehouse worker. The worker is in the foreground, wearing a patterned face mask and a high-visibility safety vest over a t-shirt. They are leaning over a large, flat cardboard box, with their hands resting on its edges. The background shows a vast warehouse space with high ceilings, industrial lighting, and numerous tall shelving units filled with stacked boxes. Another worker is visible in the distance, working at a station. The overall atmosphere is one of industrial labor.

1.0 Zusammenfassung

Eine prekäre Welt am Rande des Zusammenbruchs

1.1 Der Sozialvertrag ist gebrochen

Haushalte bereits vor Covid-19 in finanziellen Schwierigkeiten

Unmittelbar vor der weltweiten Covid-19-Krise war die finanzielle Situation privater Haushalte überall auf der Welt extrem prekär.

Fast die Hälfte der Menschen (47%) gibt an, kaum über die Runden zu kommen oder nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens zu haben. Jede zehnte im Rahmen dieser Umfrage befragte Person (10%) gibt an, nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens zu haben. Jede/r zweite Befragte hat kein finanzielles Polster, keine Möglichkeit, etwas für die harten Zeiten, die vor uns liegen, zurückzulegen und ist auf jede Lohnzahlung angewiesen, um zu überleben.

Nahezu die Hälfte der Befragten (43%) gibt an, dass ihr Haushaltseinkommen hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückbleibt. Insgesamt drei Viertel (75%) der im Rahmen dieser Umfrage befragten Personen (mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung) geben an, dass ihr Einkommen etwa gleich viel gestiegen oder hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben ist. Diese Zahlen sind seit dem Beginn der Weltweiten Umfragen des IGB im Jahr 2012 konstant geblieben und machen deutlich, dass es erwerbstätigen Menschen einfach nicht gelingt, ihre Situation zu verbessern.

Weltweit sind viele Familien bereits von Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung betroffen, und mehr als ein Drittel der Menschen (39%) geben an, dass sie oder jemand in ihrem Haushalt in den letzten beiden Jahren arbeitslos gewesen ist oder auf Kurzarbeit gesetzt wurde.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, dass ein beträchtlicher Anteil der Weltbevölkerung Mühe hat, genügend Geld zum Leben aufzubringen, und das bereits vor der Massenarbeitslosigkeit und Finanzkrise infolge von Covid-19. Unmittelbar vor dieser Katastrophe war Zukunftspessimismus weit verbreitet, und fast die Hälfte der Befragten (42%) hält es für unwahrscheinlich, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird.

Angesichts desolater Beschäftigungsaussichten glauben drei Viertel der Menschen (76%) nicht, dass der Mindestlohn ausreicht, um ein menschenwürdiges Leben zu führen.

1.2 Weltweite Angst um die Welt der Arbeit

Die Welt ist besorgt

Weltweit haben die Menschen Angst und sind besorgt, und das war auch schon vor der Covid-19-Gesundheits- und Wirtschaftskrise der Fall. Mehr als zwei Drittel der Befragten geben an, besorgt über den Klimawandel, die wachsende Ungleichheit, den Missbrauch ihrer personenbezogenen Daten im Internet und den Verlust ihres Arbeitsplatzes zu sein (jeweils 69%).

In den Ländern, in denen sich die Menschen weltweit die größten Sorgen machen, wiegt die Beschäftigungslage jedoch besonders schwer. Mindestens acht von zehn Befragten in den fünf am meisten besorgten Ländern (Südafrika, Bulgarien, Indien, Brasilien und Chile) machen sich Sorgen um den Verlust ihres Arbeitsplatzes.

Diese Besorgnis kommt zu einer Zeit Anfang 2020, zu der nur jede zweite befragte Person (52%) die Wirtschaftslage ihres eigenen Landes für schlecht hielt. Darin enthalten sind die weniger als 17%, die sie für 'sehr schlecht' hielten (weniger als eine von fünf Personen).



Jede zweite befragte Person hält die Wirtschaftslage ihres eigenen Landes für schlecht.

Die Menschen fühlen sich zudem machtlos, wobei zwei von drei Befragten (66%) in allen berücksichtigten Ländern der Ansicht sind, dass sie kaum Einfluss auf die Weltwirtschaft haben. Fast ebenso viele (63%) glauben, dass die Arbeitnehmerschaft zu wenig Einfluss hat. Im Gegensatz dazu ist die Mehrheit der Menschen der Ansicht, dass das reichste Prozent (66%) und Firmeninteressen (57%) zu viel Einfluss haben.

Diese Meinungen gipfeln in der Überzeugung (von 71% oder nahezu drei Vierteln der Befragten), dass das Wirtschaftssystem ihres Landes die Reichen begünstigt. Dieser Ansicht ist die Mehrheit der Menschen in jedem bei der Umfrage berücksichtigten Land.

1.3 Vertrauen schaffen in die Regierungen

Die Menschen wollen, dass ihre Regierung etwas tut

Überall auf der Welt sind die Menschen wütend und verzweifelt. Im Durchschnitt haben mehr als ein Drittel der Befragten (38%) angegeben, dass die Maßnahmen ihrer Regierung in jedem der sechs genannten Politikfelder sie entweder wütend oder verzweifelt machen. Das ist eine von drei Personen, die auf die Maßnahmen ihrer Regierung in einer Reihe wichtiger Fragen extrem negativ reagiert.

Am wahrscheinlichsten ist eine wütende Reaktion der Weltbevölkerung auf das, was ihre Regierung gegen die wachsende Ungleichheit unternimmt: Fast ein Viertel der Menschen (22%) gibt an, dass die diesbezüglichen Maßnahmen ihrer Regierung sie wütend machen. Andere Ergebnisse spiegeln das Gefühl einer Demokratiekrise wider: Eine von drei befragten Personen (36%) gibt an, wütend oder verzweifelt zu sein, wenn man sie danach fragt, ob sie das Gefühl hat, dass ihre Regierung ihre Bedürfnisse und die ihrer Familie berücksichtigt.



Eine von drei befragten Personen gibt an, wütend oder verzweifelt zu sein, wenn man sie danach fragt, ob sie das Gefühl hat, dass ihre Regierung ihre Bedürfnisse und die ihrer Familie berücksichtigt.

Die Menschen wollen, dass etwas unternommen wird. Nach neun spezifischen Politikfeldern gefragt, wollen im Durchschnitt mehr als zwei Drittel der Menschen (67%), dass ihre Regierung mehr tut. Am häufigsten wünschen sie sich mehr Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Investitionen in Senioren-, Behinderten- und Vorschulkinderbetreuung (74%) und dass sichergestellt wird, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil an Steuern zahlen (73%).

Die Menschen wollen, dass mehr für Lohn- und Gehaltserhöhungen (70%), staatliche Programme für lebenslanges Lernen (69%) und die Regulierung der digitalen Wirtschaft (61%) getan wird. Sie wollen, dass ihre Regierung neue Regeln für multinationale Unternehmen einführt, um die Missstände für Arbeitnehmer*innen in deren Lieferketten zu beenden (66%) und dass sie für sichere Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte für inländische und zugewanderte Arbeitskräfte sorgt (57%). Außerdem wollen sie, dass ihre Regierung auf internationaler Ebene Verantwortung übernimmt und etwas gegen den Klimawandel tut, indem sie einen gerechten

Übergang in eine Zukunft ohne Kohlenstoffemissionen fördert (63%) und mit anderen Staaten zusammenarbeitet, um Frieden, Arbeitsplätze und Menschenrechte zu fördern (64%).

Maßnahmen in diesen und anderen Bereichen würden es einfacher für die Menschen machen, das Vertrauen in ihre Regierung zurückzugewinnen und wiederherzustellen, da (im Durchschnitt) die Hälfte der Befragten (52%) angegeben hat, ihrer Regierung mehr vertrauen zu können, wenn sie Maßnahmen in sieben aufgelisteten Bereichen ergreifen würde.

1.4 Ein gerechter Übergang mit Blick auf Klimawandel und technologische Veränderungen

Globale Verschiebungen – Forderung nach umgehenden Maßnahmen

Anfang 2020 belastet der Klimawandel die Weltbevölkerung stark, und sie will, dass etwas dagegen unternommen wird.

Der Klimawandel ist einer der drei Bereiche, die den Menschen weltweit die größten Sorgen bereiten. Mehr als zwei Drittel der Menschen sind besorgt über den Klimawandel (69%), wobei 40% sehr besorgt sind. Knapp zwei Drittel der Menschen (63%) glauben, dass ihre Regierung mehr tun sollte, um einen gerechten Übergang in eine Zukunft ohne CO₂-Emissionen zu fördern, und mehr als jede dritte befragte Person (36%) reagiert wütend oder verzweifelt auf die Maßnahmen ihrer Regierung zur Eindämmung der Folgen des Klimawandels.



Mehr als zwei Drittel der Menschen sind besorgt über den Klimawandel.

Wenn es um konkrete Maßnahmen geht, glauben mehr als drei Viertel der Menschen weltweit (79%), dass die Arbeitnehmer*innen das Recht haben sollten, zu erfahren, welche Maßnahmen ihr Arbeitgeber plant, um Jobs und Arbeitsplätze klimasicher zu machen.

Überall auf der Welt machen sich die Menschen zudem Sorgen über die Frage der Regulierung großer Technologieunternehmen und den Schutz ihrer häufig schutzlosen Arbeitskräfte. Die Mehrheit der Befragten (73%) ist zwar der Ansicht, dass große internationale Technologieunternehmen einen positiven Einfluss und ihnen das Leben erleichtert haben, aber das hat seinen Preis.

Die Menschen werden sich zunehmend der negativen Auswirkungen bewusst, die diese Unternehmen auf Arbeitnehmer*innen haben könnten, wobei fast jede/r dritte Befragte (30%) der Meinung ist, dass diese Unternehmen einen negativen Einfluss auf arbeitende Menschen haben. Ein weiteres knappes Drittel (32%) glaubt, dass sie einen negativen Einfluss auf unsere Gesellschaft haben.

Der Aspekt, über den sich die meisten Menschen Sorgen machen, ist jedoch der, der sie direkt betrifft, der Schutz ihrer personenbezogenen Daten im Internet (47%), wobei knapp die Hälfte der Befragten der Ansicht ist, dass große internationale Technologieunternehmen einen negativen Einfluss darauf haben.

Mehr als zwei Drittel der Menschen (66%) wollen sogar, dass ihre Regierung Steuererhöhungen für diese Unternehmen beschließt, und ebenso viele (66%) würden eine größere staatliche Regulierung dieser Unternehmen befürworten.

1.5 Arbeitsgesetze und Sozialschutz

Gewerkschaften und die Gesetze, die sie schützen, sind nach wie vor wichtig

In einer Zeit großer wirtschaftlicher Unsicherheit werden sich die Menschen überall auf der Welt bewusst, wie wichtig Gewerkschaften und die Arbeitsgesetze und soziale Absicherung sind, für deren Schutz sie kämpfen.



2 von 3

Befragten sind der Ansicht, dass Gewerkschaften eine wichtige Rolle in der Gesellschaft zukommt.

Weltweit sind zwei von drei befragten Personen (68%) der Ansicht, dass Gewerkschaften eine wichtige Rolle in der Gesellschaft zukommt. Dieser Meinung ist die Mehrheit der Menschen in jedem einzelnen Land, das in der Umfrage erfasst wurde. Mindestens 65% der Befragten in jeder analysierten Region und Gruppierung ist ebenfalls dieser Ansicht: BRICS (75%), Asien (69%), Europa (68%), G20 (67%) und Gesamtamerika (65%).

Früher wie heute werden Arbeitsgesetze zum Schutz erwerbstätiger Menschen weltweit befürwortet. Insbesondere sind die Menschen für Gesetze zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (92%), zum Schutz ihres Rechtes auf Tarifverhandlungen (85%) und zur Gewährleistung eines akzeptablen Mindestlohns (88%). Die Befragten sind mit überwältigender Mehrheit für Gesetze, die den Beschäftigten das Recht auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft (81%) und auf das Streikrecht (71%) verleihen. Jedes dieser Gesetze wird von der Mehrheit der Menschen in jedem der in dieser Umfrage erfassten Land befürwortet.

Diese Gesetze werden von allen Altersgruppen sowie von Männern und Frauen gleichermaßen befürwortet.

Neben Arbeitnehmerrechten befürworten die Menschen überall auf der Welt das Mindestmaß an Sozialschutz, für das die Gewerkschaften kämpfen: Mindestens 84% der Menschen sind für einen erschwinglichen Zugang zu Bildungsangeboten (90%) und zu medizinischer Versorgung (91%), für eine angemessene Altersversorgung (91%), bezahlten Mutterschaftsurlaub (87%) und Leistungen bei Arbeitslosigkeit (84%).

Der neue Gesellschafts- oder Sozialvertrag: Ein globaler Aktionsplan für die Regierungen mit Blick auf robuste und nachhaltige Volkswirtschaften

1



Arbeitsplätze, Pflegewirtschaft und Arbeitsbedingungen

- Arbeitsplätze schaffen durch Investitionen in Senioren-, Behinderten- und Vorschulkinderbetreuung **(74%)**.
- Staatliche Programme für lebenslanges Lernen **(69%)**.
- Sichere Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte für inländische und zugewanderte Arbeitskräfte verteidigen **(57%)**.

2



Einkommen und Sozialschutz

- Eine Lohn- bzw. Gehaltserhöhung für Arbeiter und Angestellte **(70%)**.

3



Die Macht der Unternehmen eindämmen ODER Machtmonopole regulieren

- Den digitalen Handel regulieren **(61%)**.
- Sicherstellen, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil an Steuern bezahlen **(73%)**.
- Neue Regeln für multinationale Unternehmen einführen, um die Missstände für Arbeitnehmer in deren Lieferketten zu beenden **(66%)**.
- **66%** wollen Regierungsmaßnahmen zugunsten von Steuererhöhungen für Technologieunternehmen.
- **66%** würden eine strengere staatliche Regulierung großer Technologieunternehmen befürworten.

4



Klimawandel

- Klimaschutzmaßnahmen durch die Förderung eines gerechten Übergangs in eine Zukunft ohne Kohlenstoffemissionen **(63%)**.

5



Frieden und Sicherheit

- Zusammenarbeit mit anderen Staaten, um Frieden, Arbeitsplätze und Menschenrechte zu fördern **(64%)**.
- Die Mehrheit der Menschen **(53%)** gibt an, ihrer Regierung mehr vertrauen zu können, wenn sie einen internationalen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen unterzeichnen würde.

A grayscale photograph of a construction worker on a steel framework. The worker is wearing a hard hat, safety glasses, and a tool belt, and has their right arm raised in a fist. The image is dark and serves as a background for the text.

2.6 Schlüsselergebnisse:

Der Sozialvertrag ist
gebrochen

Haushalte bereits vor Covid-19 in finanziellen Schwierigkeiten



Unmittelbar vor der weltweiten Covid-19-Krise war die finanzielle Situation privater Haushalte überall auf der Welt extrem prekär.

Fast die Hälfte der Menschen (47%) gibt an, kaum über die Runden zu kommen oder nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens zu haben. Jede zehnte im Rahmen dieser Umfrage befragte Person (10%) gibt an, nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens zu haben. Jede/r zweite Befragte hat kein finanzielles Polster, keine Möglichkeit, etwas für die harten Zeiten, die vor uns liegen, zurückzulegen und ist auf jede Lohnzahlung angewiesen, um zu überleben.

Nahezu die Hälfte der Befragten (43%) gibt an, dass ihr Haushaltseinkommen hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückbleibt. Insgesamt drei Viertel (75%) der im Rahmen dieser Umfrage befragten Personen (mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung) geben an, dass ihr Einkommen etwa gleich viel gestiegen oder hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben ist. Diese Zahlen sind seit dem Beginn der Weltweiten Umfragen des IGB im Jahr 2012 konstant geblieben und machen deutlich, dass es erwerbstätigen Menschen einfach nicht gelingt, ihre Situation zu verbessern.

Weltweit sind viele Familien bereits von Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung betroffen, und mehr als ein Drittel der Menschen (39%) geben an, dass sie oder jemand in ihrem Haushalt in den letzten beiden Jahren arbeitslos gewesen ist oder auf Kurzarbeit gesetzt wurde.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, dass ein beträchtlicher Anteil der Weltbevölkerung Mühe hat, genügend Geld zum Leben aufzubringen, und das bereits vor der Massenarbeitslosigkeit und Finanzkrise infolge von Covid-19. Unmittelbar vor dieser Katastrophe war Zukunftspessimismus weit verbreitet, und fast die Hälfte der Befragten (42%) hält es für unwahrscheinlich, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird.

Angesichts desolater Beschäftigungsaussichten glauben drei Viertel der Menschen (76%) nicht, dass der Mindestlohn ausreicht, um ein menschenwürdiges Leben zu führen.

2.1. Überall auf der Welt stecken arbeitende Menschen in Schwierigkeiten

Wie würden Sie Ihre finanzielle Situation beschreiben?

“Armut und der Kampf ums Überleben sind in der Weltbevölkerung weit verbreitet.”

Insgesamt gibt fast die Hälfte der Befragten (47%) an, nur gerade so über die Runden zu kommen oder nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens zu haben. Darin enthalten sind die 10% (jede/r Zehnte), die angeben, nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens wie Wohnung und Lebensmittel zu haben.

Wie würden Sie Ihre finanzielle Situation beschreiben?

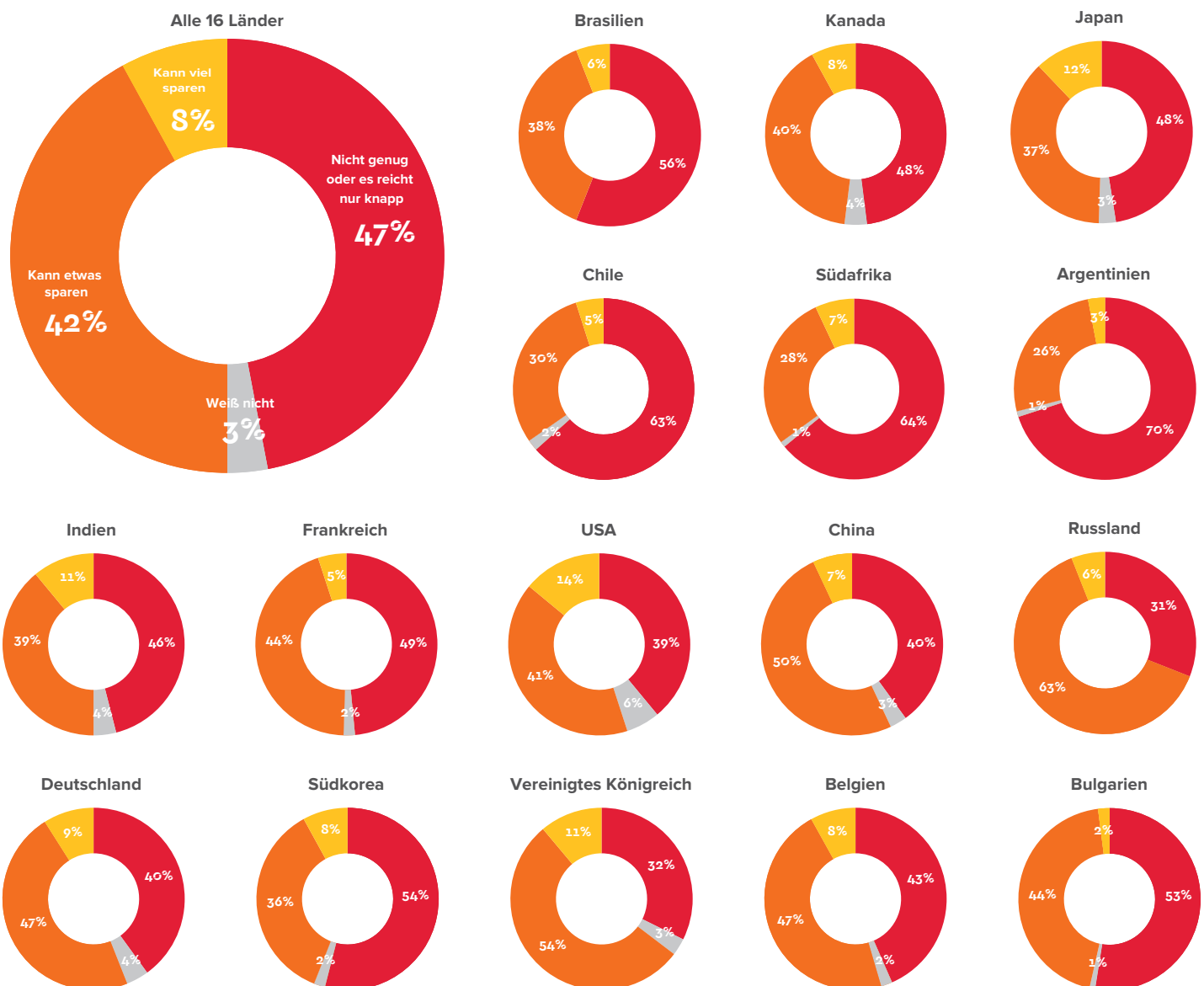


Abb. 1 Frage 2 Wie würden Sie Ihre finanzielle Situation beschreiben? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292).

“Die Menschen in Argentinien, Chile und Südafrika befinden sich in einer finanziellen Krise.”

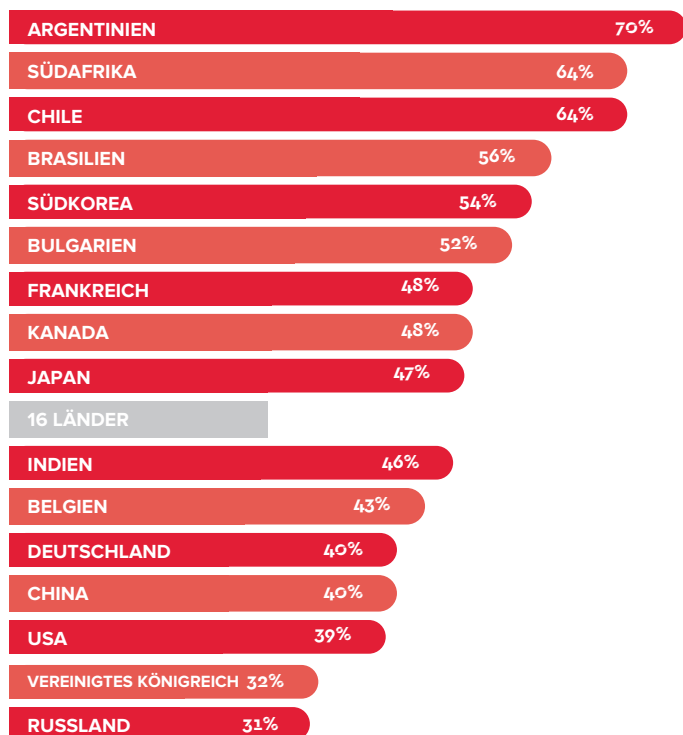
Die Bevölkerung Argentiniens (70%), Chiles (64%) und Südafrikas (64%) hat am meisten mit den Lebenshaltungskosten zu kämpfen. In diesen Ländern geben rund zwei von drei Befragten an, nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens zu haben oder nur knapp über die Runden zu kommen. Ein beträchtlicher Prozentsatz kann dort seine Grundbedürfnisse nicht decken: Fast eine von fünf Personen (18%) in Argentinien, 16% in Südafrika und 13% in Chile haben nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens.

“Die Ergebnisse für die regionalen Gruppierungen Gesamtamerika, BRICS, G20 und Asien machen deutlich, dass die finanzielle Not nicht auf eine Region beschränkt ist.”

Fast die Hälfte der Menschen in den BRICS-Staaten (47%), in asiatischen Staaten (47%) und in G20-Staaten (46%) hat Mühe, genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens aufzubringen. Noch schlechter sieht es in Gesamtamerika aus, wo nahezu zwei von drei Befragten (54%) nur knapp über die Runden kommen oder nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens haben.

Wie würden Sie Ihre finanzielle Situation beschreiben?

Es reicht nur knapp und ich habe nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens wie Wohnung, Lebensmittel und Strom (2)



Zielgruppenspezifische Ergebnisse



Es reicht nur knapp und ich habe nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens wie Wohnung, Lebensmittel und Strom (3)

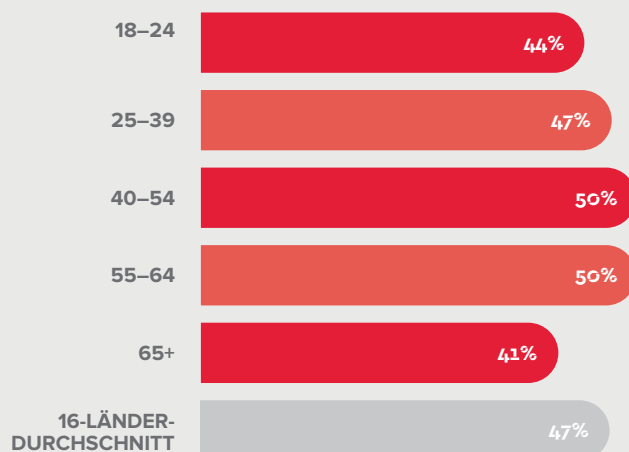


Abb. 2 & Abb. 3 Frage 2 Wie würden Sie Ihre finanzielle Situation beschreiben? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von der größten bis zur geringsten Zustimmung zu den zusammengefassten Aussagen ‘nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens’ und ‘es reicht nur knapp’.

2.2 Familieneinkommen in der Krise

Ist Ihr Haushaltseinkommen hinter den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben?

“Weltweit stehen die Menschen weiter unter erheblichem finanziellen Druck.”

Annähernd die Hälfte (43 Prozent) der Befragten (knapp die Hälfte der Weltbevölkerung) gibt an, dass ihr Haushaltseinkommen hinter den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben ist. Zusammen mit denen, die sagen, dass ihr Einkommen etwa gleich viel gestiegen ist wie die Lebenshaltungskosten (32%), verfügen drei Viertel (75%) der Weltbevölkerung über ein Haushaltseinkommen, das entweder stagniert oder hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben ist, und das bereits vor der Covid-19-Wirtschaftskrise.

“Die Bevölkerung mehrerer Länder in verschiedenen Regionen der Welt hat sogar in noch größerer Zahl Mühe, über die Runden zu kommen.”

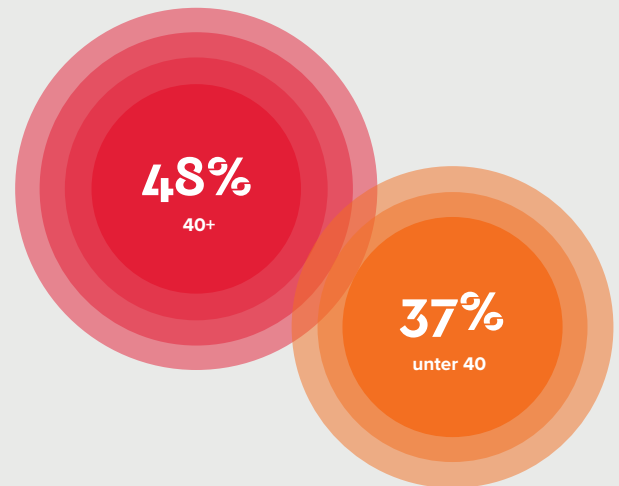
Obwohl die Gesamtzahl der Menschen, die weltweit bereits finanzielle Schwierigkeiten haben, alarmierend hoch ist, sind die Aussichten in einigen spezifischen Ländern sogar noch trüber. In Argentinien geben zwei von drei Befragten (70%) an, dass ihr Haushaltseinkommen nicht mit den Lebenshaltungskosten Schritt halten kann. Andere Länder in ganz verschiedenen Regionen der Welt, in denen die Hälfte der Bevölkerung oder mehr sagen, dass sie nicht Schritt halten können, sind u.a. Belgien (57%), Südafrika (55%), Frankreich (54%), Chile und Kanada (beide 52%) sowie Brasilien (50%).

In vielen Ländern haben die Menschen Mühe, über die Runden zu kommen, aber am stärksten betroffen sind diejenigen in Gesamtamerika (51%) und Europa (48%), wo über die Hälfte angeben, nicht Schritt halten zu können.

Zielgruppenspezifische Ergebnisse



Ältere Befragte geben häufiger an, dass ihr Einkommen hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben ist (48% der über 40-Jährigen gegenüber 37% der unter 40-Jährigen).



Ist Ihr Haushaltseinkommen hinter den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben? Ländervergleich

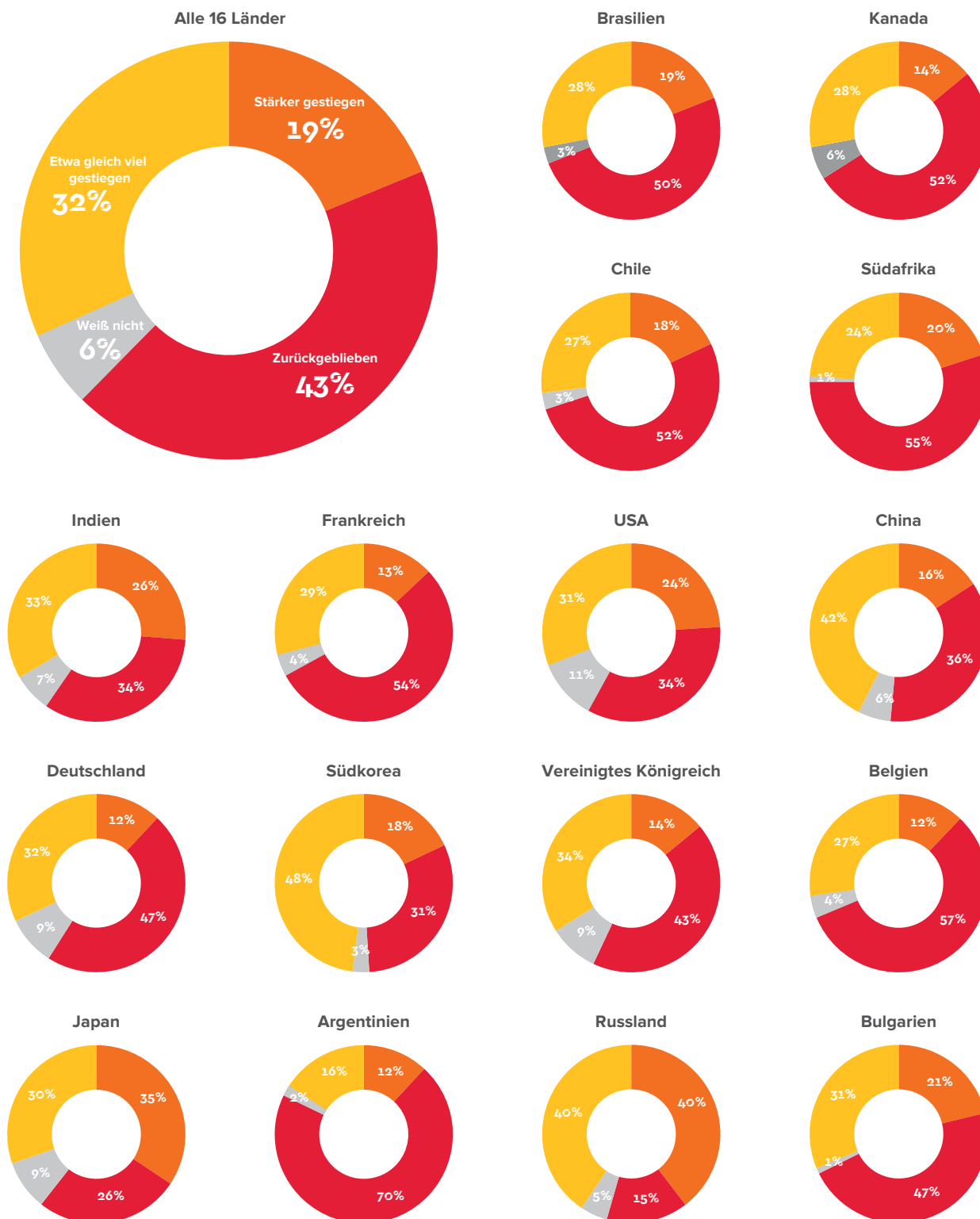


Abb. 4 Frage 3 Würden Sie sagen, dass Ihr Einkommen und das Einkommen Ihres Haushalts in den letzten zwei Jahren stärker gestiegen ist als die Lebenshaltungskosten, hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben ist oder etwa gleich viel gestiegen ist wie die Lebenshaltungskosten? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292).

2.3 Nicht genügend Arbeitsplätze

Sind Sie oder ist jemand in Ihrer Familie arbeitslos gewesen?

“Eine weltweite Beschäftigungskrise vor der Pandemie.”

In den letzten beiden Jahren war mehr als ein Drittel (39%) der Befragten oder jemand in ihrem Haushalt arbeitslos oder wurde auf Kurzarbeit gesetzt. Unmittelbar vor der Covid-19-Weltwirtschaftskrise sind Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung bereits überall auf der Welt weit verbreitet.

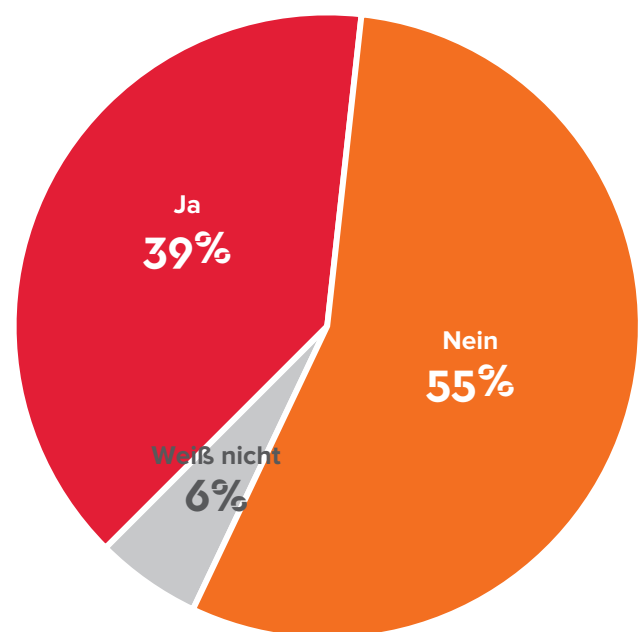
“In mehreren Ländern Gesamtamerikas und in Südafrika machen die Menschen bereits eine schwere Beschäftigungskrise durch.”

In Südafrika (72%), Chile (67%), Argentinien (59%) und Brasilien (57%) sind die meisten Menschen bereits von weitverbreiteter Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betroffen. In diesen Ländern sind zwischen der Hälfte und drei Vierteln der Bevölkerung in den letzten beiden Jahren arbeitslos oder unterbeschäftigt gewesen. Im Einklang mit diesen Ergebnissen haben mehr als die Hälfte der Menschen in den BRICS-Staaten (52%) und in Gesamtamerika (51%) in den letzten beiden Jahren Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung gemacht.

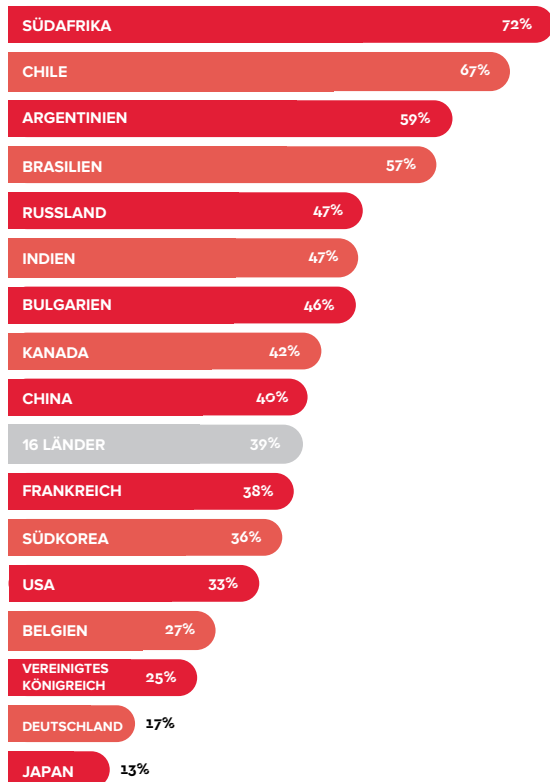
“Europa ist nicht immun: Ein Drittel der dortigen Bevölkerung berichtet über Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.”

Überall in Europa herrscht erhebliche Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, wovon mehr als ein Viertel der Befragten (28%) betroffen ist. Bulgarien (46%) und Frankreich (38%) sind die beiden am stärksten betroffenen Länder.

Sind Sie oder ist jemand in Ihrer Familie arbeitslos gewesen?



Sind Sie oder ist jemand in Ihrer Familie arbeitslos gewesen?

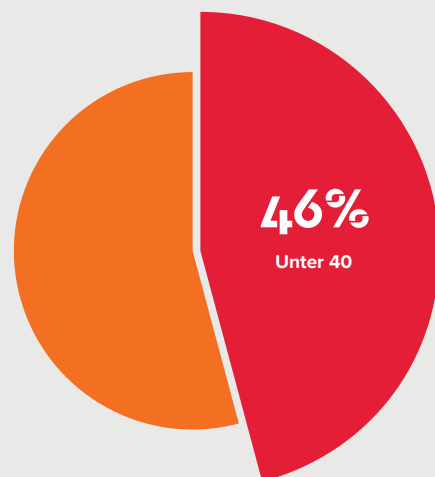


Zielgruppenspezifische Ergebnisse



“Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind nicht auf eine bestimmte Altersgruppe begrenzt: Betroffen sind sowohl jüngere als auch ältere Menschen.”

Obwohl keine Altersgruppe von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung verschont bleibt, sind jüngere Menschen stärker betroffen: 46% bzw. fast die Hälfte aller Befragten unter 40 sind entweder selbst oder in ihrem Haushalt von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen gewesen.



2.4 Nicht genügend Arbeitsplätze für die nächste Generation

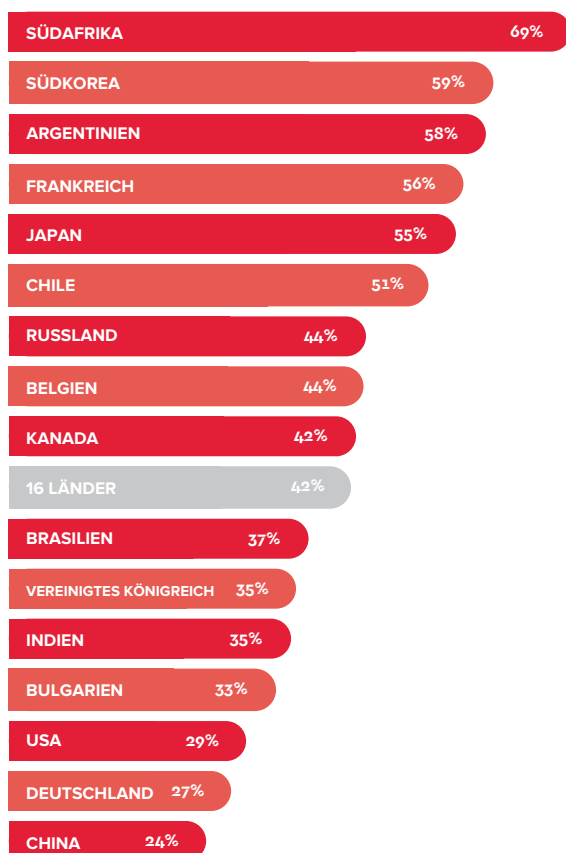
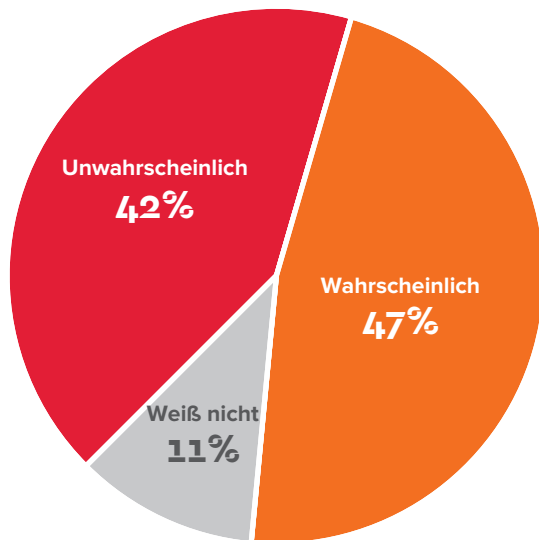
Wird die nächste Generation eine gute Arbeit finden?

“Fast die Hälfte hält es für unwahrscheinlich, dass die nächste Generation eine gute Arbeit findet.”

Mit Blick auf die Beschäftigungsaussichten für die nächste Generation herrscht weltweit Pessimismus, da es fast die Hälfte der Befragten (42%) für unwahrscheinlich hält, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird.

Abb. 6 Frage 11 Sind Sie oder ist jemand in Ihrem Haushalt in den letzten zwei Jahren arbeitslos gewesen oder wurde auf Kurzarbeit gesetzt? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von den meisten bis zu den wenigsten 'Ja'-Antworten.

Wird die nächste Generation eine gute Arbeit finden?



“Pessimismus ist in allen in dieser Umfrage erfassten Regionen vorhanden und weit verbreitet.”

Dieser Pessimismus ist nicht auf eine Region der Welt begrenzt, wobei es die Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas (69%), Südkoreas (59%), Argentiniens (58%), Frankreichs (56%) und Japans (55%) für unwahrscheinlich hält, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird.

“Optimismus herrscht eher in den größeren BRICS-Staaten.”

Die Menschen in den drei größten BRICS-Staaten – China (65%), Indien (59%) und Brasilien (59%) – sind optimistischer und halten es mehrheitlich für wahrscheinlich, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird. Der Pessimismus der Menschen in Südafrika (69% halten es für unwahrscheinlich, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird) steht erneut (wie bereits bei der Weltweiten Umfrage des IGB 2017 festgestellt) in krassem Widerspruch zu dem Optimismus der größeren BRICS-Staaten. In Russland halten sich Optimismus und Pessimismus nahezu die Waage: 49% der Menschen halten es für wahrscheinlich, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird, und 44% halten es für unwahrscheinlich.

“Ein Drittel der Europäer hält es ebenfalls für unwahrscheinlich, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird.”

In Europa halten es über ein Drittel der Befragten (37%) für unwahrscheinlich, dass die nächste Generation eine angemessene Arbeit finden wird. Am größten ist dieser Pessimismus in Frankreich (56%) und Belgien (44%).

Zielgruppenspezifische Ergebnisse



Die Antworten sind über alle Altersgruppen und Geschlechter hinweg erstaunlich homogen, was unterstreicht, dass die künftigen Beschäftigungsaussichten der nächsten Generation durchgängig pessimistisch gesehen werden.

Abb. 7 & Abb. 8 Frage 12 Wenn Sie an die nächste Generation denken, wie wahrscheinlich ist es Ihrer Meinung nach, dass ihre Mitglieder eine angemessene Arbeit finden werden? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von den meisten bis zu den wenigsten Antworten mit ‘unwahrscheinlich’.

2.5 Lohnsorgen

Reicht der Mindestlohn für ein menschenwürdiges Leben?

“Der Mindestlohn reicht nicht.”

Drei Viertel (76%) der Weltbevölkerung glauben, dass der Mindestlohn in ihrem Land nicht ausreicht, um ein menschenwürdiges Leben zu führen. Lediglich 15% sind der Ansicht, dass der Mindestlohn arbeitenden Menschen ein angemessenes Auskommen ermöglicht.

“Die Bevölkerung in BRICS-Staaten ist fast durchgängig der Ansicht, dass der Mindestlohn nicht ausreicht, um ein menschenwürdiges Leben zu führen.”

In dieser Staatengruppe haben 82% der Befragten angegeben, dass der Mindestlohn in ihrem Land nicht ausreicht, um davon zu leben. In Mexiko sind die meisten Befragten dieser Ansicht (95%), gefolgt von Argentinien (92%), Chile (92%) und Brasilien (91%). Obwohl erheblich weniger Menschen in den USA (63%) und in Kanada (73%) den Mindestlohn für zu gering zum Leben halten, sind es immer noch sehr viel mehr als die Hälfte der dortigen Bevölkerung.

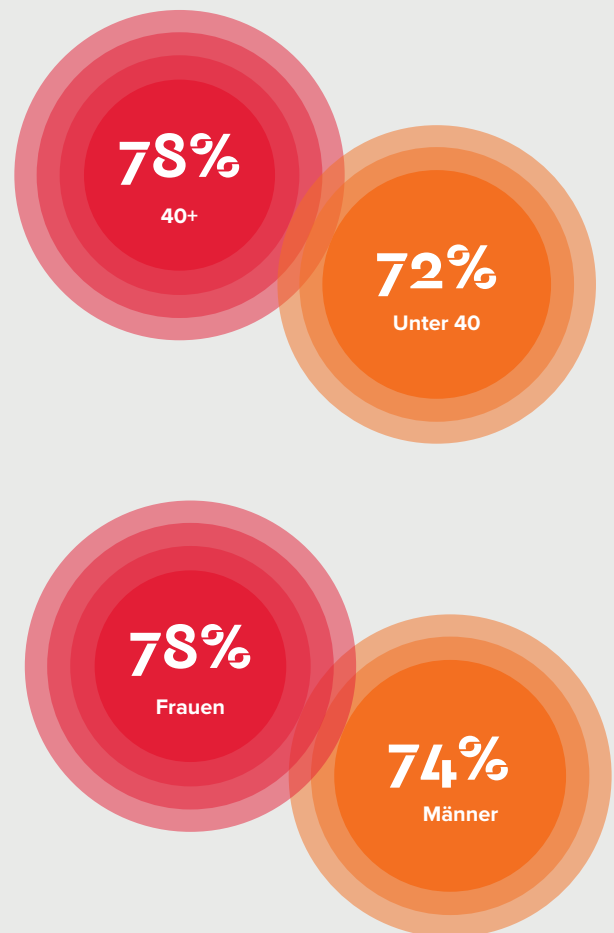
“Russland und Europa sind sich einig, dass der Mindestlohn nicht zum Leben ausreicht.”

Auch in Russland (94%) und Bulgarien (94%) sind die Menschen fast durchgängig der Meinung, dass der Mindestlohn in ihrem Land nicht ausreicht, um ein menschenwürdiges Leben zu führen. In den erfassten europäischen Ländern sind insgesamt 74% der Befragten der Ansicht, dass der Mindestlohn in ihrem Land nicht ausreicht, um davon zu leben, wobei die große Mehrheit jedes Landes in dieser Gruppe angibt, dass der Mindestlohn nicht zum Leben ausreicht, u.a. in Frankreich (80%), Deutschland (73%), Belgien (69%) und dem Vereinigten Königreich (64%).

Zielgruppenspezifische Ergebnisse



Rund drei Viertel der Befragten, ungeachtet ihres Alters oder Geschlechts, sind der Ansicht, dass der Mindestlohn nicht ausreicht, um davon zu leben. Leicht pessimistischer sehen dies diejenigen in der Gruppe ab 40 und Frauen.



Reicht der Mindestlohn für ein menschenwürdiges Leben?

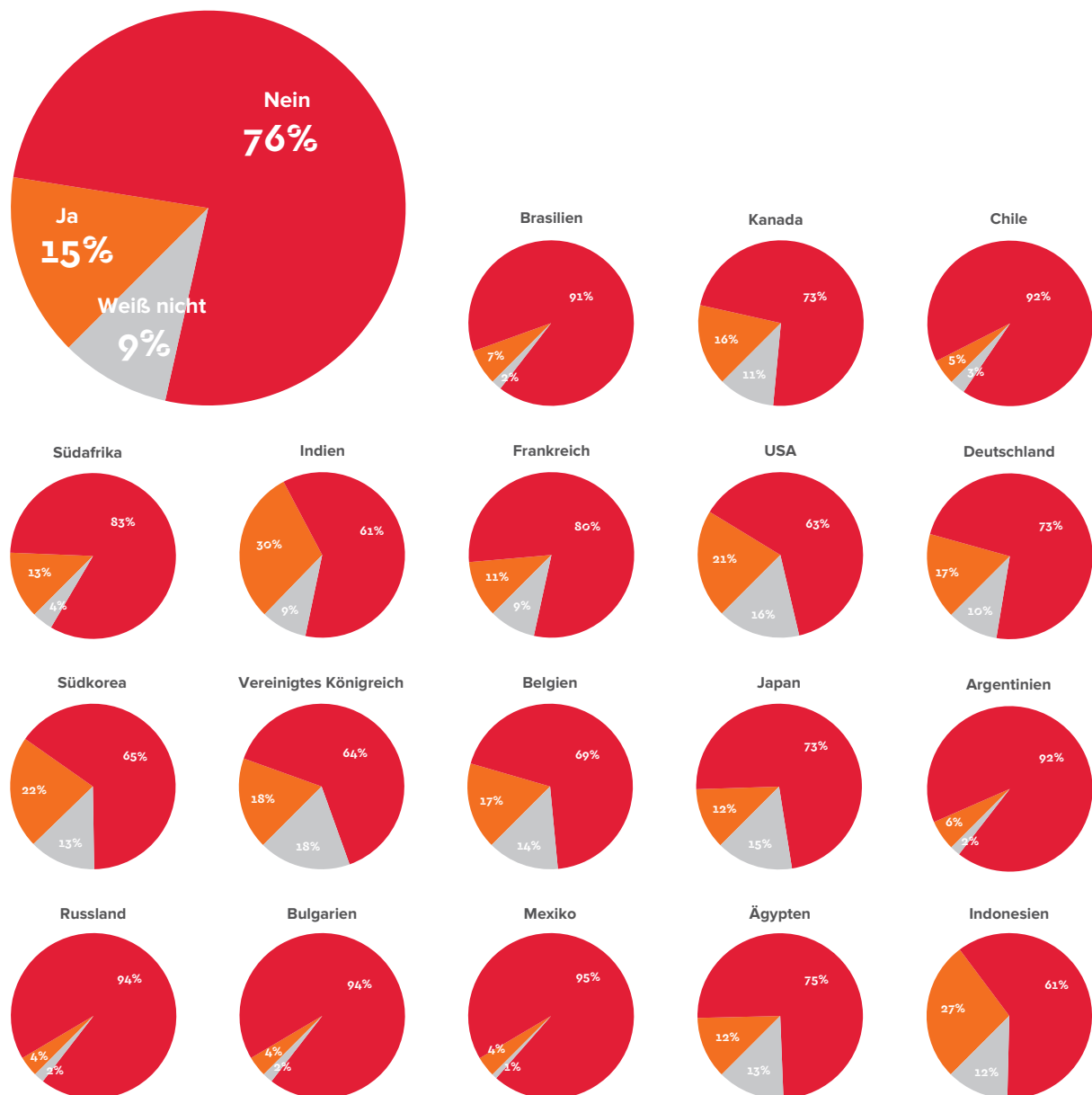


Abb. 10 Frage 13 Sind die in [Land] gezahlten Mindestlöhne Ihrer Meinung nach hoch genug, um Arbeitnehmern ein angemessenes Auskommen zu ermöglichen? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Diese Frage wurde in China nicht gestellt, sondern stattdessen in Mexiko (N=1008), Ägypten (N=1053) und Indonesien (N=2034).

2.6 An Wochenenden wird jetzt gearbeitet

Üben Sie mehr bezahlte Arbeit am Wochenende aus?

“Mehr Menschen arbeiten am Wochenende.”



Weltweit übt fast jede fünfte befragte Person (17%) mehr bezahlte Arbeit an Wochenenden aus als vor fünf Jahren.



Die Mehrheit der Befragten (60%) gibt an, dass es keinen Unterschied gibt (entweder üben sie dieselbe Menge an bezahlter Arbeit am Wochenende aus oder sie arbeiten nicht am Wochenende und haben das auch nie getan).

“Dieser Trend ist in einigen BRICS-Staaten offenkundiger.”

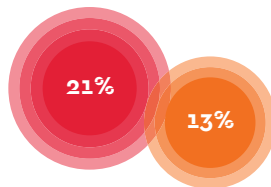


In zwei der BRICS-Staaten ist der Anteil leicht höher: In Indien (25%) und Russland (22%) geben die Befragten eher an, mehr bezahlte Wochenendarbeit zu verrichten.



Wesentlich geringer ist der Anteil derjenigen, die mehr bezahlte Wochenendarbeit verrichten, in Südkorea (9%), Belgien (10%) und Japan (10%).

“Junge Menschen üben zunehmend bezahlte Arbeit am Wochenende aus.”



Jüngere Menschen verrichten eher bezahlte Arbeit am Wochenende: 21% der unter 40-Jährigen geben an, mehr am Wochenende zu arbeiten als vor fünf Jahren gegenüber 13% derjenigen über 40.



Auch diejenigen mit einer kürzeren Ausbildung verrichten eher mehr Wochenendarbeit als vor fünf Jahren, wobei 29% – bzw. fast jede/r Dritte – der Befragten mit 15 oder weniger Ausbildungsjahren mehr bezahlte Arbeit am Wochenende verrichten. Dieser Anteil ist sogar noch höher als im Falle derjenigen, die noch studieren (23% der Studierenden verrichten mehr bezahlte Wochenendarbeit als vor fünf Jahren).

A grayscale photograph of a person, likely a farmer, kneeling in a field of potatoes. The person is wearing a light-colored long-sleeved shirt and dark trousers. They are reaching out with both hands to touch a row of harvested potatoes lying on the ground. The field is filled with potato plants and soil. The text '3.0 Schlüsselergebnisse: Weltweite Angst um die Welt der Arbeit' is overlaid on the image in white and red colors.

3.0 Schlüsselergebnisse:

Weltweite Angst um
die Welt der Arbeit

Die Welt ist besorgt



Weltweit haben die Menschen Angst und sind besorgt, und das war auch schon vor der Covid-19-Gesundheits- und Wirtschaftskrise der Fall. Mehr als zwei Drittel der Befragten geben an, besorgt über den Klimawandel, die wachsende Ungleichheit, den Missbrauch ihrer personenbezogenen Daten im Internet und den Verlust ihres Arbeitsplatzes zu sein (jeweils 69%).

In den Ländern, in denen sich die Menschen weltweit die größten Sorgen machen, wiegt die Beschäftigungslage jedoch besonders schwer. Mindestens acht von zehn Befragten in den fünf am meisten besorgten Ländern (Südafrika, Bulgarien, Indien, Brasilien und Chile) machen sich Sorgen um den Verlust ihres Arbeitsplatzes.

Diese Besorgnis kommt zu einer Zeit Anfang 2020, zu der nur jede zweite befragte Person (52%) die Wirtschaftslage ihres eigenen Landes für schlecht hielt. Darin enthalten sind die weniger als 17%, die sie für 'sehr schlecht' hielten (weniger als eine von fünf Personen).

Die Menschen fühlen sich zudem machtlos, wobei zwei von drei Befragten (66%) in allen berücksichtigten Ländern der Ansicht sind, dass sie kaum Einfluss auf die Weltwirtschaft haben. Fast ebenso viele (63%) glauben, dass die Arbeitnehmerschaft zu wenig Einfluss hat. Im Gegensatz dazu ist die Mehrheit der Menschen der Ansicht, dass das reichste Prozent (65%) und Firmeninteressen (57%) zu viel Einfluss haben.

Diese Meinungen gipfeln in der Überzeugung (von 71% oder nahezu drei Vierteln der Befragten), dass das Wirtschaftssystem ihres Landes die Reichen begünstigt. Dieser Ansicht ist die Mehrheit der Menschen in jedem bei der Umfrage berücksichtigten Land.

3.1 Die Menschen sind besorgt

Was bereitet Ihnen Sorgen?

Die Befragten sollten angeben, ob. bzw. wie besorgt sie über die neun aufgelisteten Themenbereiche in ihrem Land sind.

“Die Welt ist besorgt über die Dinge, die Auswirkungen auf sie haben: Klimawandel, wachsende Ungleichheit und Missbrauch ihrer personenbezogenen Daten.”

Die vier Themenbereiche, über die sich die Befragten weltweit die größten Sorgen machen, sind:

1. Klimawandel (69%)
2. Wachsende Ungleichheit (69%)
3. Missbrauch ihrer personenbezogenen Daten im Internet (69%)
4. Verlust des Arbeitsplatzes (67%)

Mehr als zwei Drittel der Befragten (zwischen 37% und 40%) geben bezüglich dieser vier Themenbereiche an, ‘sehr besorgt’ zu sein, was die tiefe Besorgnis deutlich macht.

Obwohl zweitrangige Anliegen, geben mehr als die Hälfte der Befragten an, besorgt über die Schwächung oder Aufhebung von Arbeitsgesetzen (58%), die Einkommens- und Chancenungleichheit zwischen Männern und Frauen (52%) sowie unfaire Konkurrenz aufgrund billigerer ausländischer Arbeitskräfte (51%) zu sein.

Einschränkungen in Bezug auf das Recht, friedlich zu protestieren, bereiten weniger als der Hälfte der Befragten (47%) Sorgen, ebenso wie die Gefahr eines Atomkrieges (42%).

Was bereitet Ihnen Sorgen?

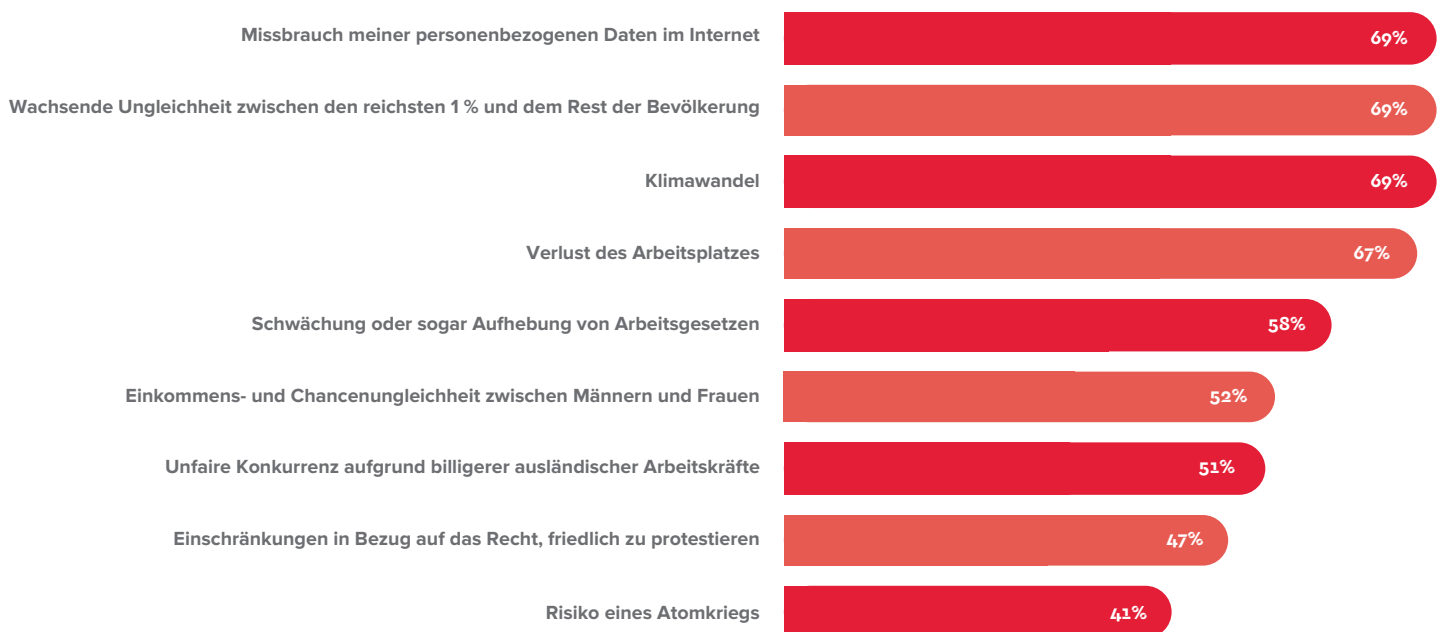







Abb. 11 Frage 4 Wie besorgt sind Sie persönlich über die folgenden Themenbereiche in [Land]? Anm. N=18281. In der Abbildung wurden die Antworten mit ‘sehr’ und ‘eher’ besorgt zusammengefasst.






“Südafrika, Bulgarien, Indien, Brasilien und Chile sind die am meisten besorgten Länder.”

Die am meisten bzw. am wenigsten besorgten Länder mit Blick auf die neun aufgelisteten Themenbereiche (gegenüber einem weltweiten Durchschnitt von 58%) sind:

Besorgter

 Südafrika (74%)
 Bulgarien (74%)
 Indien (72%)
 Brasilien (72%)
 Chile (70%)

Weniger besorgt

 Vereinigtes Königreich (43%)
 China (48%)
 USA (48%)
 Deutschland (49%)
 Belgien (49%)

















In BRICS-Staaten machen sich die Befragten vergleichsweise etwas mehr Sorgen (65% gegenüber einem weltweiten Durchschnitt von 58%).

“Die Sicherheit des Arbeitsplatzes bereitet den am meisten besorgten Ländern der Welt die größten Sorgen.”

In den fünf am meisten besorgten Ländern wurde als zentrales Anliegen durchgängig der ‘Verlust des

Arbeitsplatzes’ genannt (durchschnittlich 87%), verglichen mit einem weltweiten Durchschnitt von 67% der Befragten, die sich Sorgen über den Verlust des Arbeitsplatzes machen. Die Sorge um die Sicherheit des Arbeitsplatzes ist in diesen Ländern somit bereits vor der Covid-19-Krise ganz offensichtlich.

Land (von am meisten besorgt bis am wenigsten besorgt)**Hauptsorge**

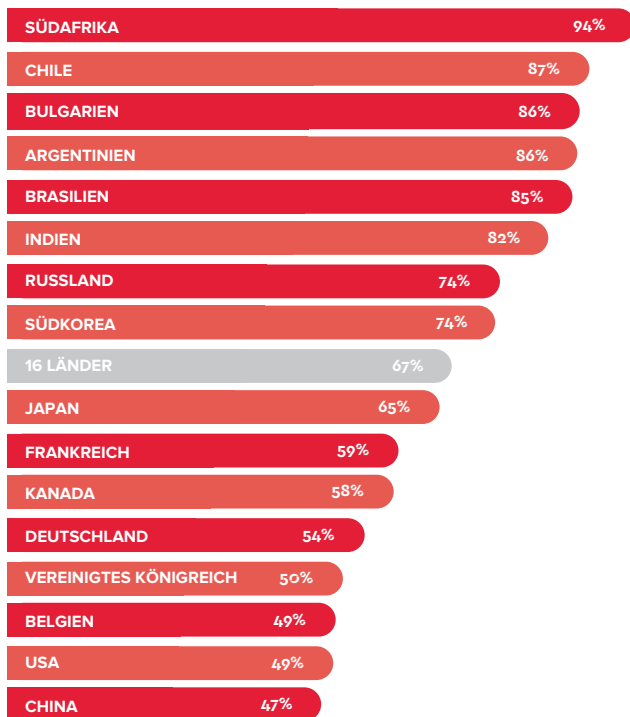
 Südafrika (74%)	Arbeitsplatzverlust (94%)
 Bulgarien (74%)	Arbeitsplatzverlust (86%)
 Indien (72%)	Arbeitsplatzverlust (82%)
 Brasilien (72%)	Arbeitsplatzverlust (85%)
 Chile (70%)	Arbeitsplatzverlust (87%)
 Japan (67%)	Klimawandel (84%)
 Argentinien (62%)	Arbeitsplatzverlust (86%)
 Frankreich (61%)	Klimawandel (77%)
 Russland (59%)	Wachsende Ungleichheit (79%)
 Südkorea (55%)	Arbeitsplatzverlust (74%)
 Kanada (52%)	Wachsende Ungleichheit (67%)
 Belgien (49%)	Wachsende Ungleichheit (64%)
 Deutschland (49%)	Wachsende Ungleichheit (66%)
 USA (48%)	Missbrauch meiner personenbezogenen Daten im Internet (65%)
 China (48%)	Missbrauch meiner personenbezogenen Daten im Internet (70%)
 Vereinigtes Königreich (43%)	Klimawandel (64%)

“Der Klimawandel ist in vielen Ländern überall auf der Welt ein zentrales Anliegen, u.a. auch in den Ländern mit Sorgen bezüglich der Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Wirtschaftslage.”

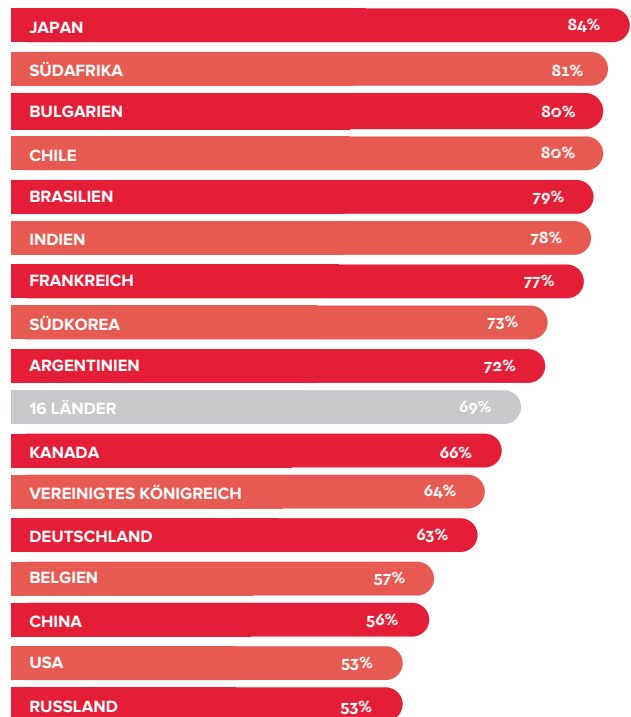
Zu den Ländern, in denen die Menschen am ehesten über den Klimawandel besorgt sind, gehören Japan (84%), Südafrika (81%), Chile (80%), Bulgarien (80%), Brasilien (79%), Indien (78%) und Frankreich (77%). In dieser Liste finden sich Länder aus allen Teilen der Welt, woraus das schiere Ausmaß der Besorgnis über diese globale Krise hervorgeht.

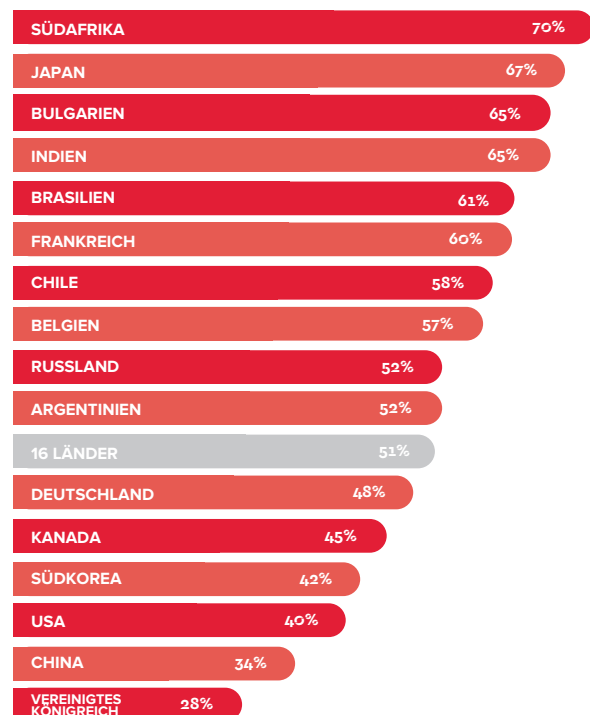
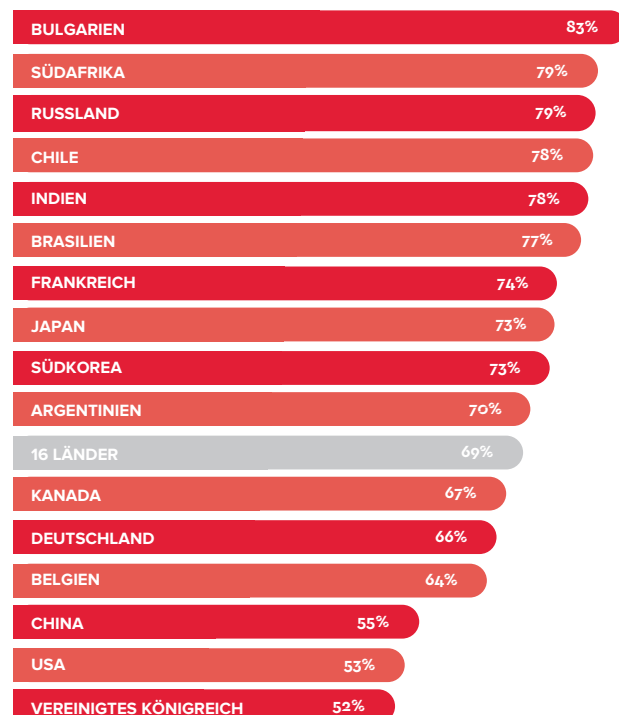
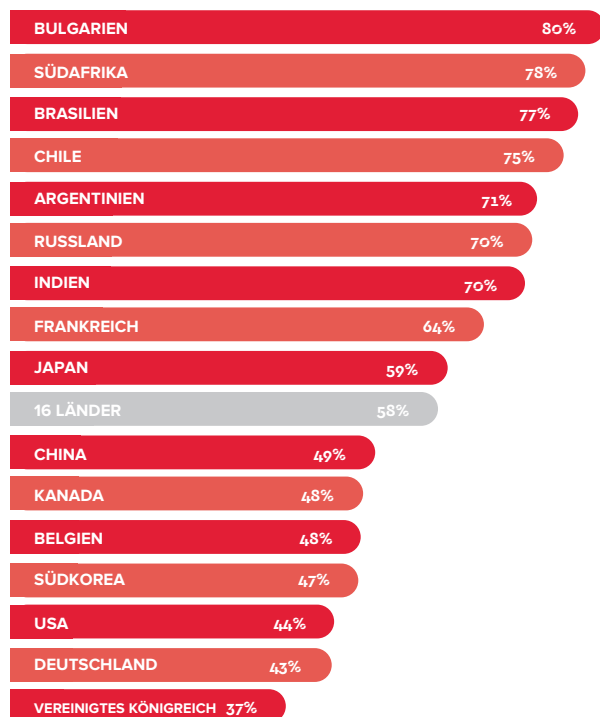
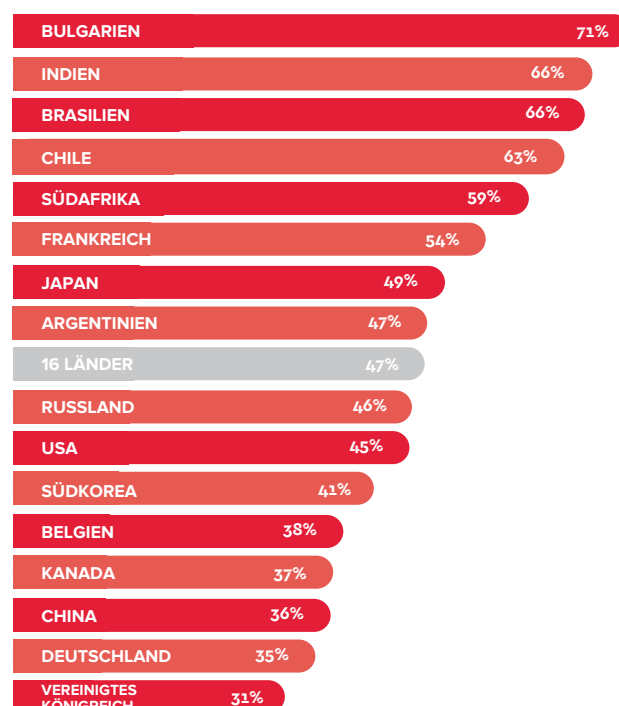
Was bereitet Ihnen Sorgen? Ländervergleich

Verlust des Arbeitsplatzes (12a)

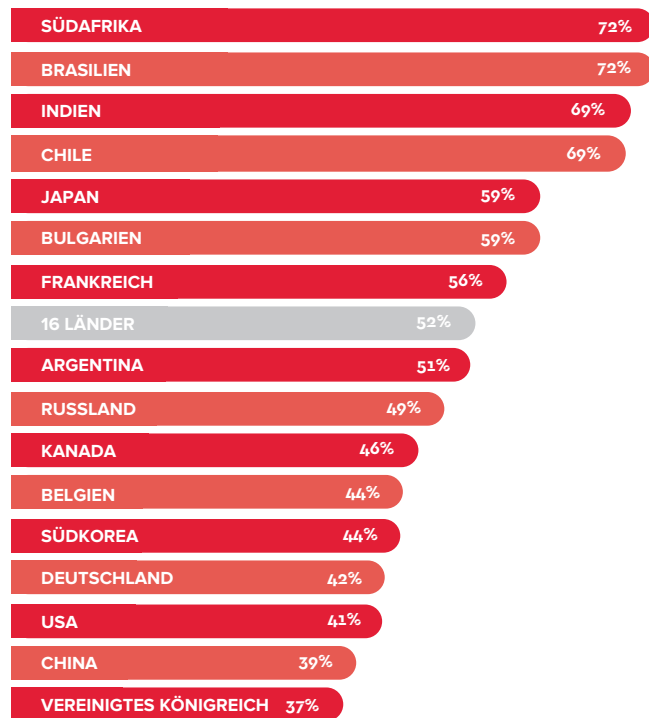


Klimawandel (12b)

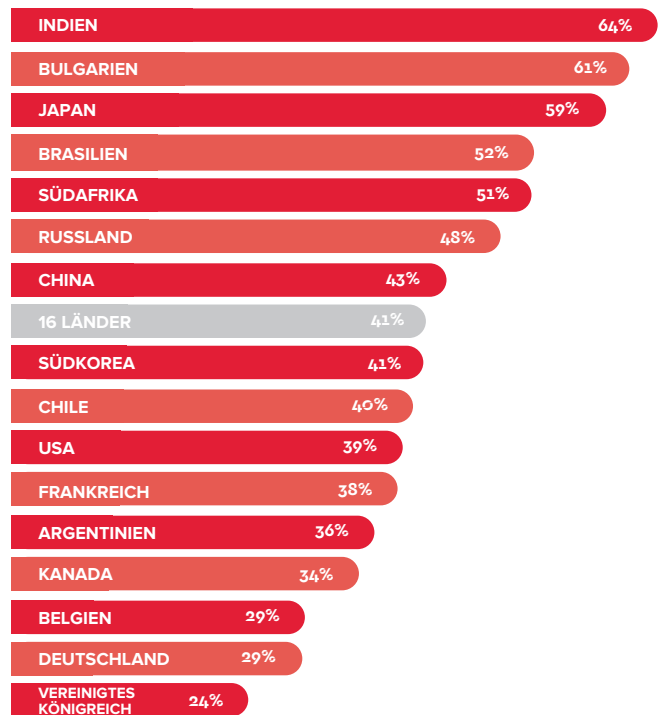


Unfaire Konkurrenz aufgrund billigerer ausländischer Arbeitskräfte (12c)**Wachsende Ungleichheit (12d)****Schwächung von Arbeitsgesetzen (12e)****Einschränkungen in Bezug auf das Recht, friedlich zu protestieren (12f)**

Ungleichheit zwischen Männern und Frauen (12g)



Risiko eines Atomkriegs (12h)



Missbrauch meiner personenbezogenen Daten im Internet (12i)

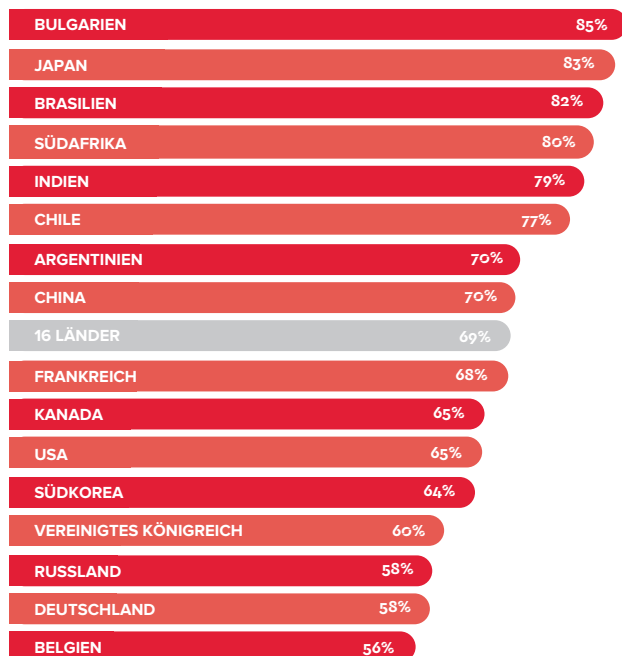


Abb. 12g-i Frage 4 Wie besorgt sind Sie persönlich über die folgenden Themenbereiche in [Land]? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von den am meisten bis zu den am wenigsten 'besorgten'.

“Frauen und junge Menschen sind eher besorgt.”

- Überall auf der Welt und im Durchschnitt aller neun aufgelisteten Themenbereiche neigen Frauen (61%) etwas eher zu Besorgnis als Männer (55%).
- Auch jüngere Befragte neigen eher zu Besorgnis (60% der unter 40-Jährigen gegenüber 56% der über 40-Jährigen).

Die drei Hauptsorgen von Männern, Frauen und denjenigen unter und über 40 sind:

Männer	Frauen	Unter 40	Über 40
Wachsende Ungleichheit (67%)	Klimawandel (73%)	Klimawandel (70%)	Missbrauch meiner personenbezogenen Daten im Internet (69%) & Wachsende Ungleichheit (69%)
Missbrauch meiner personenbezogenen Daten im Internet (67%)	Missbrauch meiner personenbezogenen Daten im Internet (71%)	Verlust des Arbeitsplatzes (69%) & Missbrauch meiner personenbezogenen Daten im Internet (69%)	Klimawandel (68%)
Klimawandel (64%) & Verlust des Arbeitsplatzes (64%)	Verlust des Arbeitsplatzes (70%) & Wachsende Ungleichheit (70%)	Wachsende Ungleichheit (68%)	Verlust des Arbeitsplatzes (65%)

Was bereitet Ihnen Sorgen? (Männer/Frauen)



Abb. 13 Frage 4 Wie besorgt sind Sie persönlich über die folgenden Themenbereiche in [Land]? Anm. N=18281. In der Abbildung wurden die Antworten mit 'sehr' und 'eher' besorgt zusammengefasst.

3.2 Kontrollverlust

Haben Sie Kontrolle über ihre Arbeit und Einkommen?

Die Befragten sollten angeben, ob sie das Gefühl haben, mehr oder weniger Kontrolle über verschiedene Bereiche Ihres Lebens zu haben als vor 5 Jahren.

“Die Menschen verlieren die Kontrolle über wichtige Aspekte ihrer Arbeit.”

Aus den Antworten auf diese Frage geht hervor, dass ein erheblicher Prozentsatz, im Durchschnitt etwa ein Drittel (31%), der Weltbevölkerung die Kontrolle über wichtige Aspekte ihrer Arbeit verliert, und das bereits vor der weltweiten Beschäftigungskrise aufgrund von Covid-19.

Insgesamt 35% der Befragten geben an, weniger Kontrolle über ihr Einkommen zu haben, während 33% einen Kontrollverlust bezüglich der Auswahl guter Arbeitsplätze empfinden. 28% bzw. mehr als ein Viertel haben weniger Kontrolle über ihre Arbeitszeiten.

Knapp ein Drittel (30%) der Befragten in Arbeit gibt an, weniger Kontrolle über die Onlineüberwachung ihrer Person am Arbeitsplatz zu haben.

Mit Blick auf alle vier aufgelisteten Aspekte gibt im Durchschnitt fast jede dritte befragte Person (31%) an, weniger Kontrolle über ihre Arbeit als vor fünf Jahren zu haben.

Haben Sie weniger Kontrolle darüber, wie Sie arbeiten und wie viel Sie verdienen?

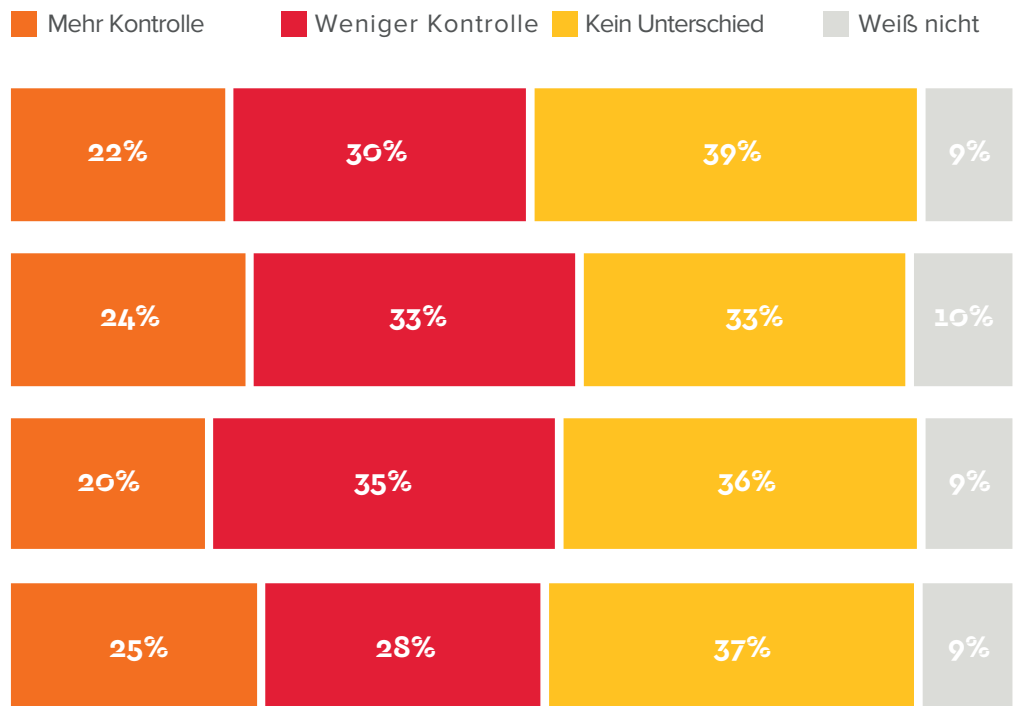


Abb. 14 Frage 6 Haben Sie das Gefühl, mehr oder weniger Kontrolle über die folgenden Bereiche Ihres Lebens zu haben als noch vor 5 Jahren, oder gibt es da keinen Unterschied? Anm. N=18281 [Nach 'Onlineüberwachung meiner Person am Arbeitsplatz' wurden nur diejenigen gefragt, die in Arbeit waren (N=9800).]

“Die Menschen in Südafrika, Argentinien, Chile und Brasilien haben am ehesten das Gefühl, die Kontrolle zu verlieren.”

Die Länder, in denen die Menschen den größten Kontrollverlust empfinden, sind Südafrika (im Durchschnitt 47%), Argentinien (39%), Chile (38%) und Brasilien (37%).

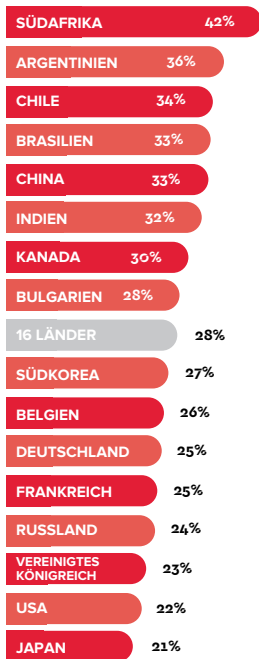
In all diesen Ländern, mit Ausnahme Brasiliens, berichten die Menschen vor allem über einen Kontrollverlust in zwei zentralen Bereichen:

- Wie viel ihnen für ihre Arbeit gezahlt wird: Im Durchschnitt sagt das jede zweite befragte Person (51%) in Südafrika, Chile und Argentinien.
- Ihre Auswahl an guten Arbeitsplätzen: Im Durchschnitt sagt das fast die Hälfte (46%) der Menschen in Südafrika, Chile und Argentinien.

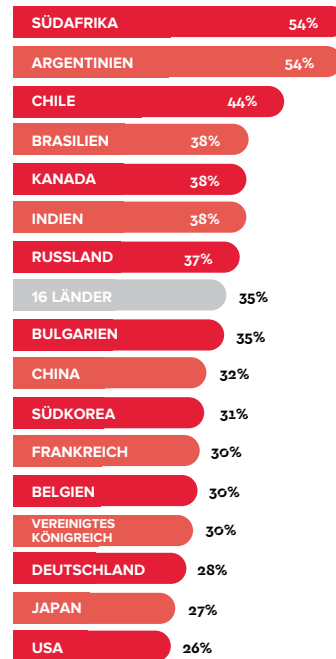
Trotz eines höheren Durchschnittswertes für einen Kontrollverlust in Arbeitsfragen generell berichten die Menschen in Brasilien eher über weniger Kontrolle bezüglich Onlineüberwachung (43% gegenüber einem weltweiten Durchschnitt von 30%) als mit Blick auf ihre Bezahlung oder gute Arbeit.

Haben Sie weniger Kontrolle darüber, wie Sie arbeiten und wie viel Sie verdienen? Ländervergleich

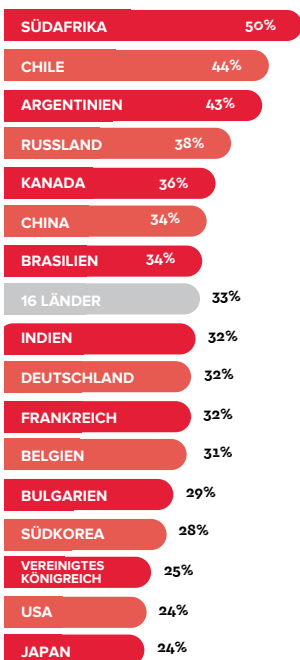
Arbeitszeiten (15a)



Gehalt (15b)



Auswahl an anständigen Arbeitsplätzen (15c)



Onlineüberwachung meiner Person am Arbeitsplatz (15d)

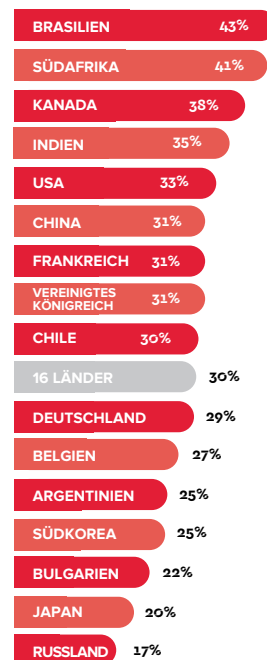


Abb. 15 a-d Frage 6 Haben Sie das Gefühl, mehr oder weniger Kontrolle über die folgenden Bereiche Ihres Lebens zu haben als noch vor 5 Jahren, oder gibt es da keinen Unterschied? Anm. N=18281 [Nach 'Onlineüberwachung meiner Person am Arbeitsplatz' wurden nur diejenigen gefragt, die in Arbeit waren (N=9800)]. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von den am meisten bis zu den am wenigsten von 'weniger Kontrolle' Betroffenen.

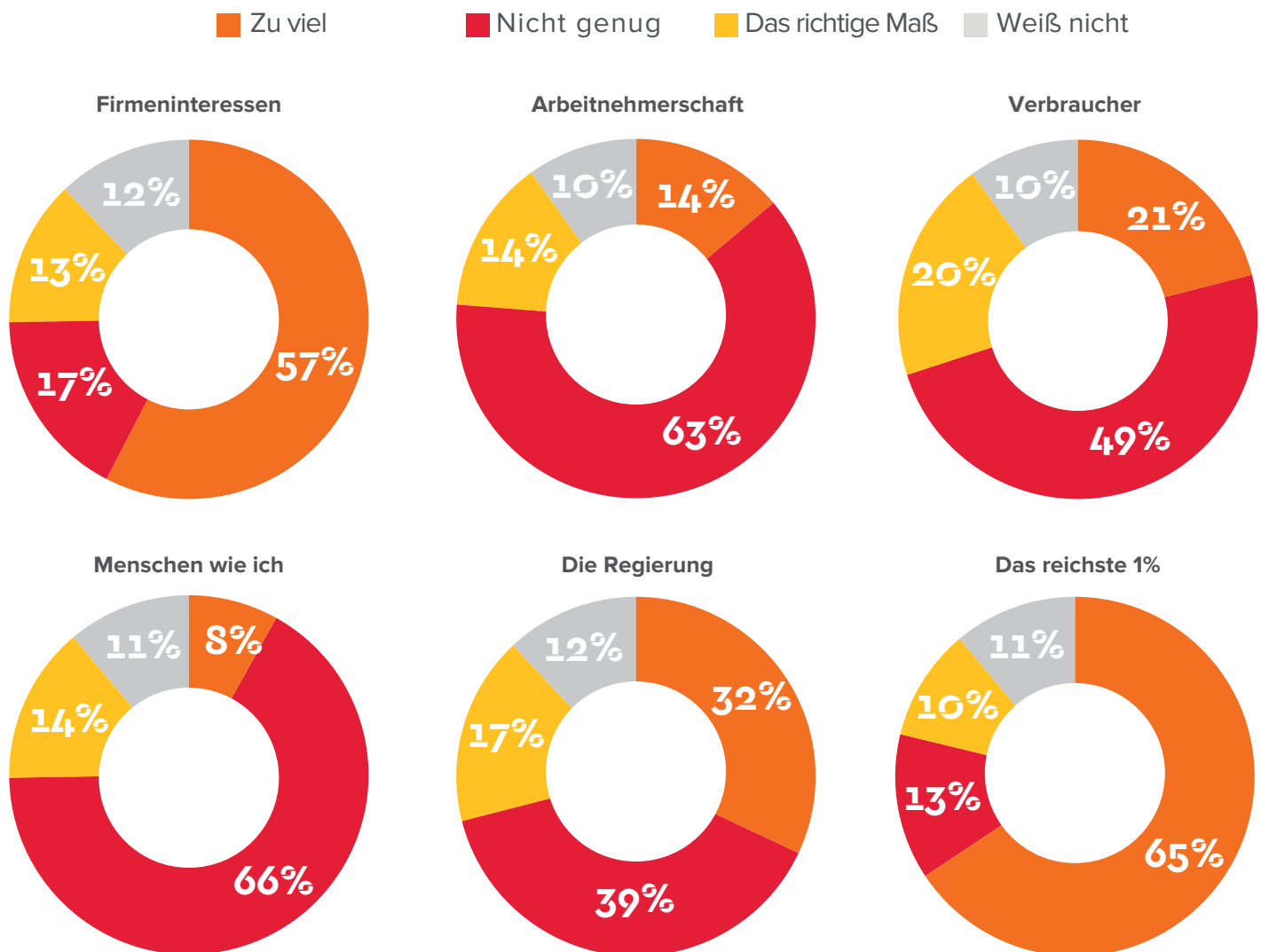
3.3 Unternehmen und Eliten an den Hebeln der Macht

Wer entscheidet über die Wirtschaftspolitik?

Die Befragten sollten angeben, wer ihrer Meinung nach zu viel oder nicht genug Einfluss auf die Weltwirtschaft hat.

“Unternehmen und Reiche haben zu großen Einfluss auf die Weltwirtschaft und Menschen wie sie viel zu wenig.”

Weltweit glauben fast zwei Drittel der Menschen (65%), dass das reiste Prozent zu viel Einfluss auf die Weltwirtschaft hat. Mehr als die Hälfte (57%) sind der Ansicht, dass Firmeninteressen zu großen Einfluss haben. Zwei von drei Befragten (66%) meinen, dass Menschen wie sie nicht genug Einfluss haben, während fast genauso viele (63%) glauben, dass arbeitende Menschen nicht genug Einfluss haben. Knapp die Hälfte der Befragten (49%) hält zudem den Einfluss von Verbrauchern für zu gering.



“Die Mehrheit der Menschen in fast allen Ländern glaubt, dass das reichste eine Prozent der Bevölkerung und Firmeninteressen zu viel Einfluss haben.”






In allen Ländern außer Japan (40%) glaubt die Mehrheit der Befragten, dass das reichste eine Prozent der Bevölkerung zu viel Einfluss hat. Außer in Japan (36%), China (41%) und

Russland (42%) glaubt zudem die Mehrheit der Befragten in jedem Land, dass Firmeninteressen zu viel Einfluss haben. Es gibt jedoch auch einige Länder, in denen die Menschen wesentlich stärker davon überzeugt sind, dass das reichste eine Prozent und Firmeninteressen zu viel Einfluss haben.




Die Länder, in denen die Menschen eher glauben, dass das reichste eine Prozent und Firmeninteressen zu viel Einfluss haben, sind:

Zu viel Einfluss

Das reichste 1% (weltweiter Durchschnitt 66%)

 Chile (79%)
 Bulgarien (75%)
   Kanada, Frankreich und Südkorea (alle 72%)

Firmeninteressen (weltweiter Durchschnitt 58%)

 Chile (78%)
 Argentinien (74%)
 Bulgarien (73%)

“Mehr als die Hälfte der Menschen in fast allen Ländern glauben, dass die Arbeitnehmerschaft und Menschen wie sie nicht genug Einfluss haben, wobei die Meinungen bezüglich des Einflusses der Verbraucher jedoch auseinandergehen.”







In allen Ländern außer Indien (47%) und Japan (46%) glaubt die Mehrheit der Befragten, dass Menschen wie sie nicht genug Einfluss haben. Dasselbe gilt für die Arbeitnehmerschaft, von der mehr als die Hälfte der Menschen glauben, dass sie nicht genug Einfluss hat. Davon abweichende Meinungen werden lediglich in China (32%), Indien (41%) und Japan (44%) vertreten.

In sieben Ländern (d.h. in knapp der Hälfte der 16 Länder, in denen die Umfrage durchgeführt wurde) ist die Mehrheit der Menschen der Ansicht, dass die Verbraucher nicht genug Einfluss haben: Frankreich (66%), Deutschland (66%), Belgien (65%), Kanada (58%), Südafrika (57%), Südkorea (54%) und Vereinigtes Königreich (51%). Obwohl in den übrigen Ländern möglicherweise auch viele der Ansicht sind, dass die Verbraucher nicht genug Einfluss haben, so ist dies nicht die Mehrheit.





Die Länder, in denen die Menschen eher glauben, dass Menschen wie sie, die Arbeitnehmerschaft und die Verbraucher nicht genug Einfluss haben, sind:

Nicht genug Einfluss





Menschen wie ich (weltweiter Durchschnitt 67%)

 Bulgarien (74%)
   Südkorea, Frankreich und Kanada (alle 73%)
  Südafrika und Belgien (beide 72%)

Arbeitnehmerschaft (weltweiter Durchschnitt 62%)

  Bulgarien und Frankreich (73%)
 Kanada (72%)
 Vereinigtes Königreich (70%)

Verbraucher (weltweiter Durchschnitt 49%)

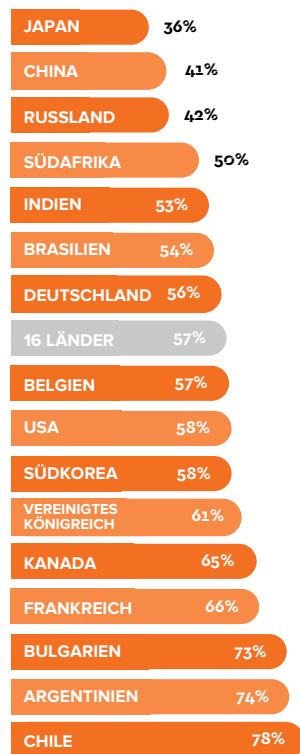
  Frankreich und Deutschland (beide 66%)
 Belgien (65%)
 Kanada (58%)

“Länder, in denen die Meinungen erheblich von der Norm abweichen.”

- Lediglich 20% der Befragten in China glauben, dass die Verbraucher nicht genug Einfluss haben, gegenüber einem weltweiten Durchschnitt von 49%, und mehr als die Hälfte der Befragten in China (52%) sind der Ansicht, dass die Verbraucher zu viel Einfluss haben.
- Ebenso glauben nur 32% der Menschen in China, dass die Arbeitnehmerschaft nicht genug Einfluss hat, gegenüber einem weltweiten Durchschnitt von 64%.
- Lediglich 46% der Befragten in Japan glauben, dass Menschen wie sie nicht genug Einfluss auf die globale Wirtschaft haben (-20% im Vergleich zum weltweiten Durchschnitt). In Indien (47%, -19% im Vergleich zum weltweiten Durchschnitt) und China (52%, -14% im Vergleich zum weltweiten Durchschnitt) ist dieser Prozentsatz ähnlich.

Wer entscheidet über die Wirtschaftspolitik? Ländervergleich

Firmeninteressen “Zu viel Einfluss” (17a)



Das reichste 1% “Zu viel Einfluss” (17b)

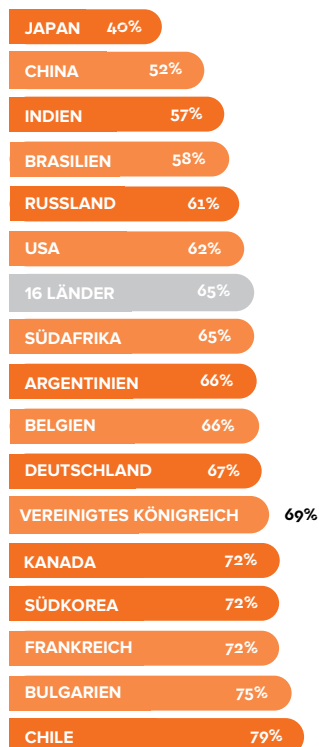
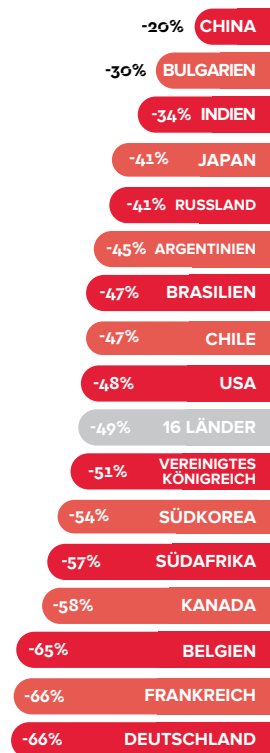
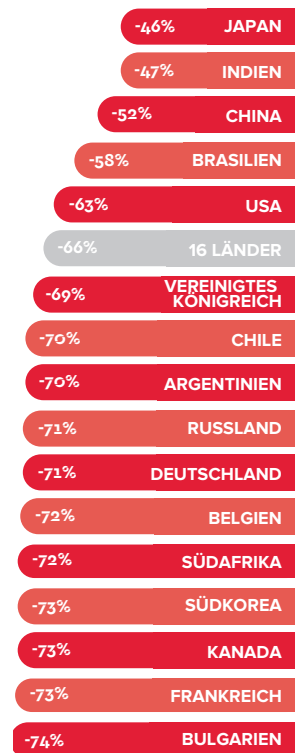


Abb. 17a-b Frage 15 Wie viel Einfluss auf die globale Wirtschaft haben Ihrer Meinung nach die Folgenden? Anm. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder jeweils in der Reihenfolge von den meisten bis zu den wenigsten Antworten mit ‘Zu viel Einfluss’ bzw. ‘Nicht genug Einfluss’.

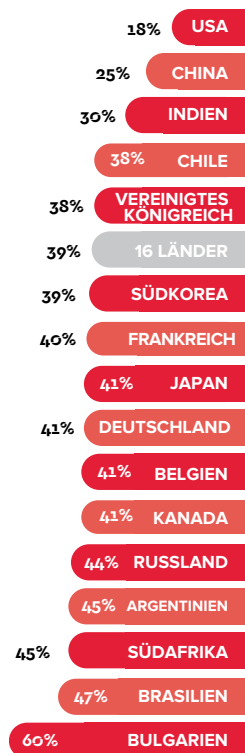
Verbraucher “Nicht genug Einfluss” (17c)



Menschen wie ich “Nicht genug Einfluss” (17d)



Die Regierung “Nicht genug Einfluss” (17e)



Arbeitnehmerschaft “Nicht genug Einfluss” (17f)

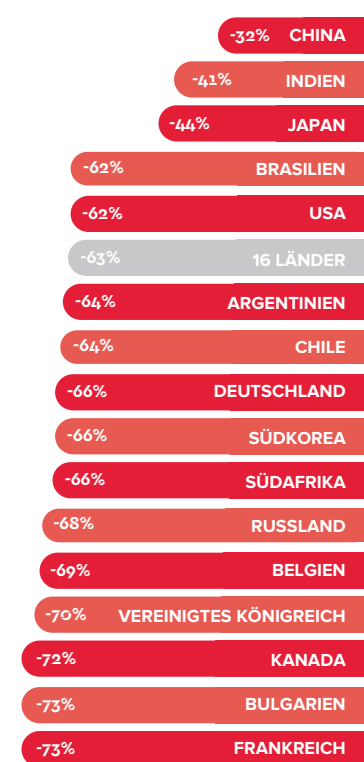


Abb. 17c-f Frage 15 Wie viel Einfluss auf die globale Wirtschaft haben Ihrer Meinung nach die Folgenden? Anm. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder jeweils in der Reihenfolge von den meisten bis zu den wenigsten Antworten mit 'Zu viel Einfluss' bzw. 'Nicht genug Einfluss'.

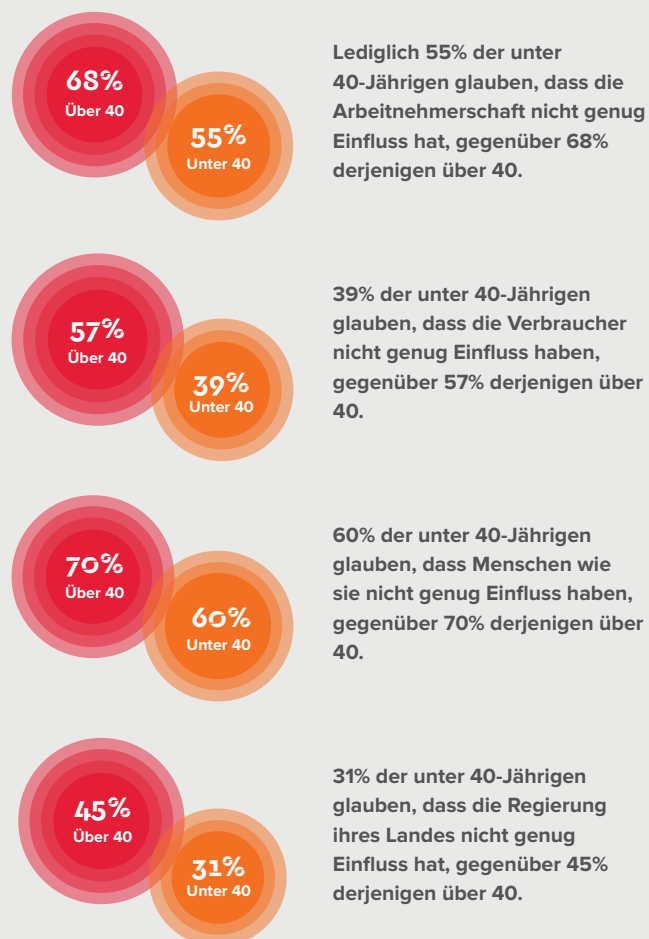
“Die Befragten sind weltweit geteilter Meinung, wenn es um die Frage geht, ob ihre Regierung genug Einfluss hat.”

39%, d.h. mehr als ein Drittel der Befragten, sind der Ansicht, dass die Regierung ihres Landes nicht genug Einfluss hat. Allerdings glauben fast genauso viele (32%), dass ihre Regierung zu viel Einfluss hat. Ein geringerer Prozentsatz (17%) hält den Einfluss der Regierung für gerade richtig.

Zielgruppenspezifische Ergebnisse



Während es keine nennenswerten Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt, weichen die Meinungen jüngerer Befragter zum Teil erheblich von denen älterer Befragter ab:



3.4 Das reichste Prozent legt die Regeln für die Weltwirtschaft fest

Ist das Wirtschaftssystem den meisten Menschen gegenüber gerecht?

“Wirtschaftssysteme begünstigen die Reichen.”

Weltweit glauben fast drei Viertel der Menschen (71%), dass das Wirtschaftssystem ihres Landes die Reichen begünstigt. Weniger als jede fünfte befragte Person (19%) hält es für gegenüber den meisten Menschen gerecht.

“Die Mehrheit der Menschen in jedem bei der Umfrage berücksichtigten Land glaubt, dass ihr Wirtschaftssystem die Reichen begünstigt.”

In jedem einzelnen Land, das in diese Umfrage einbezogen wurde, glaubt die Mehrheit der Befragten, dass ihr Wirtschaftssystem die Reichen begünstigt. In Bulgarien sind sogar 88% der Ansicht, dass ihr Wirtschaftssystem die Reichen begünstigt. In den Ländern, in denen dieser Prozentsatz am niedrigsten ist (Indien und USA, beide 59%), glauben immer noch über die Hälfte der Menschen, dass ihr Wirtschaftssystem die Reichen begünstigt. Indonesien ist das Land, in dem die Menschen am ehesten der Ansicht sind, dass ihr Wirtschaftssystem gegenüber den meisten Menschen gerecht ist, aber auch dort sind es nur 29% der Befragten.

Ist das Wirtschaftssystem den meisten Menschen gegenüber gerecht?

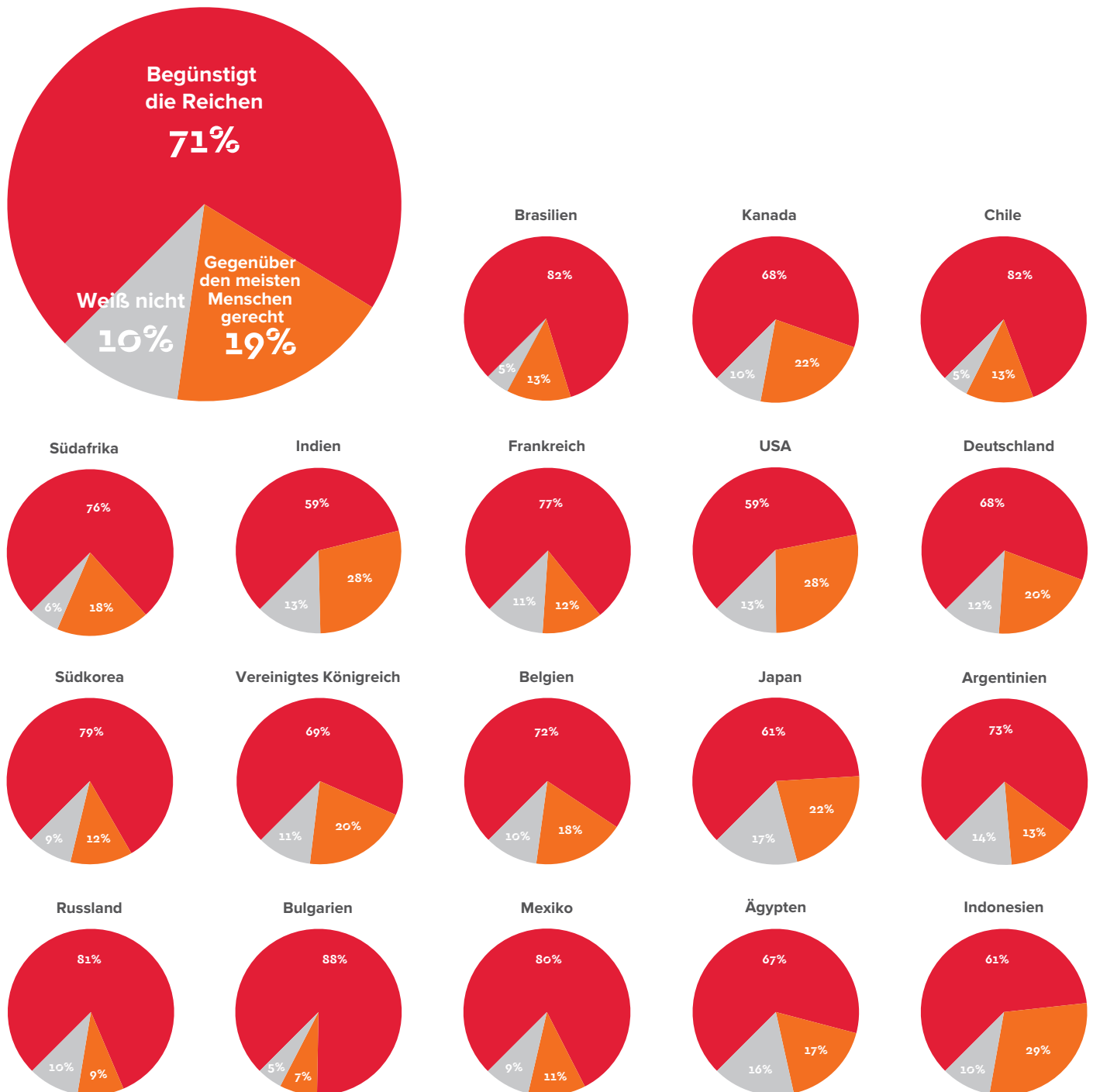


Abb. 18 Frage 14 Sind Sie der Meinung, dass das [nationale] Wirtschaftssystem generell die Reichen begünstigt oder den meisten Menschen in [Land] gegenüber gerecht ist? Anm. N=21346. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Diese Frage wurde in China nicht gestellt, sondern stattdessen in Mexiko (N=1008), Ägypten (N=1053) und Indonesien (N=2034).

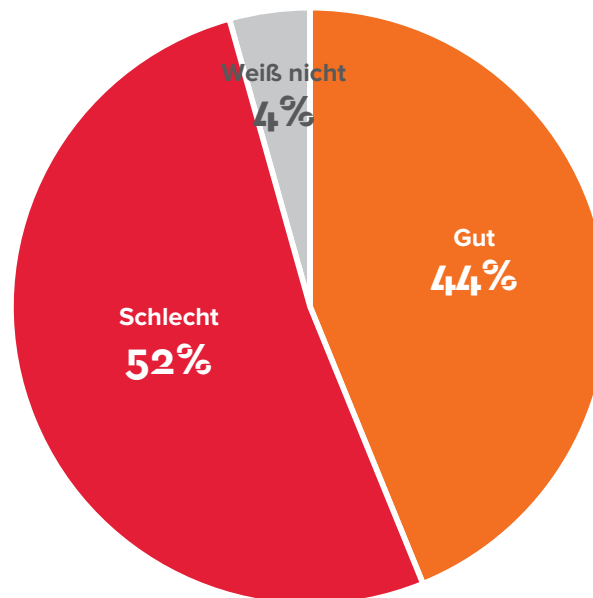
3.5 Die Globalisierung wird in Frage gestellt

Ist die wirtschaftliche Situation gut oder schlecht?

“Bereits vor der Covid-19-Wirtschaftskrise hielten über die Hälfte der Menschen die wirtschaftliche Situation in ihrem Land für ‘schlecht’.”

Jede zweite befragte Person (52%) würde die aktuelle (vor der Covid-19-Wirtschaftskrise) wirtschaftliche Situation in ihrem Land als schlecht bezeichnen. Darin ist das knappe Fünftel (17%) enthalten, das sie für ‘sehr schlecht’ hält.

Wie sieht die wirtschaftliche Situation in Ihrem Land aus?



“Die Menschen in Argentinien, Südkorea, Südafrika, Japan und Chile halten ihre Volkswirtschaften für angeschlagen.”

In Argentinien (83%), Südkorea (80%), Südafrika (78%), Japan (71%) und Chile (67%) bezeichnen zwischen zwei Dritteln und drei Vierteln der Menschen die wirtschaftliche Situation in ihrem Land bereits als schlecht.

Die Länder, in denen die Menschen optimistischer sind und die Wirtschaftslage eher als gut bezeichnen, sind China (77%), Deutschland (68%) und die USA (60%).

“Vor der Covid-19-Krise hatten die Menschen in Europa eine positivere Sicht der Wirtschaftslage.”

Genau die Hälfte (50%) der Befragten in Europa hält die aktuelle wirtschaftliche Situation ihres Landes für gut, verglichen mit nur 41% in Gesamtamerika, 44% in den BRICS-Staaten, 44% in Asien und 45% in den G20-Staaten.

“Die USA weichen vom Rest Gesamtamerikas ab.”

In ganz Gesamtamerika würden nur 41% der Befragten ihre Volkswirtschaft als gut bezeichnen. Die USA weichen davon erheblich ab: Dort halten 60% der Menschen ihre Wirtschaftslage für gut.

“G20, Asien und BRICS entsprechen weitgehend dem weltweiten Durchschnitt.”

Obwohl es in jeder Gruppierung ein Land gibt, das erheblich vom weltweiten Durchschnitt abweicht, entsprechen die Ergebnisse für die G20 (45% gut, 51% schlecht), Asien (44% gut, 53% schlecht) und die BRICS-Staaten (44% gut, 51% schlecht) dem weltweiten Durchschnitt.

Wie sieht die wirtschaftliche Situation in Ihrem Land aus? Ländervergleich

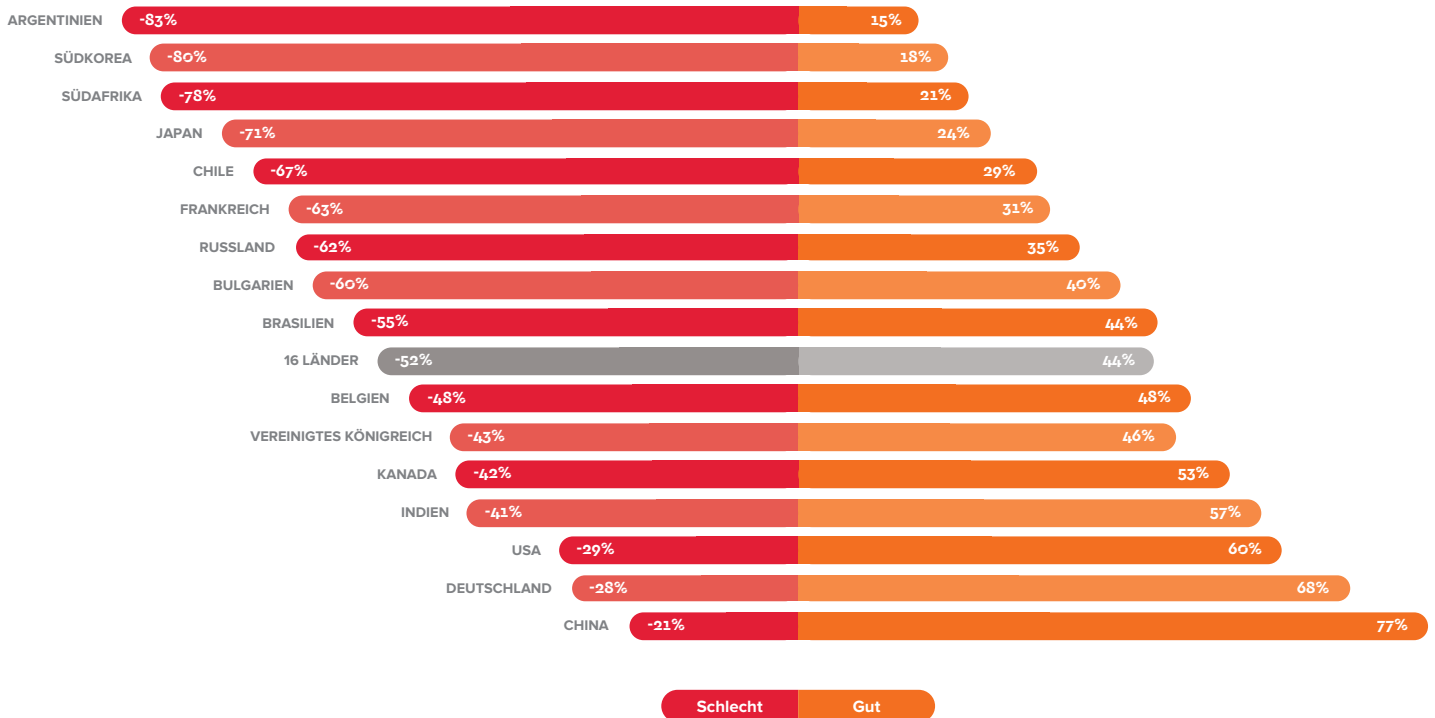


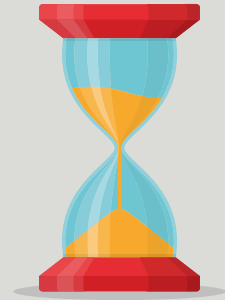
Abb. 20 Frage 1 Wie würden Sie die derzeitige wirtschaftliche Situation in [Land] beschreiben – ist sie sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von den meisten bis zu den wenigsten Antworten mit 'schlecht'.



4.0 Schlüsselergebnisse:

Vertrauen schaffen in die Regierungen

Die Menschen wollen, dass ihre Regierung etwas tut



Überall auf der Welt sind die Menschen wütend und verzweifelt. Im Durchschnitt haben mehr als ein Drittel der Befragten (38%) angegeben, dass die Maßnahmen ihrer Regierung in jedem der sechs genannten Politikfelder sie entweder wütend oder verzweifelt machen. Das ist eine von drei Personen, die auf die Maßnahmen ihrer Regierung in einer Reihe wichtiger Fragen extrem negativ reagiert.

Am wahrscheinlichsten ist eine wütende Reaktion der Weltbevölkerung auf das, was ihre Regierung gegen die wachsende Ungleichheit unternimmt: Fast ein Viertel der Menschen (22%) gibt an, dass die diesbezüglichen Maßnahmen ihrer Regierung sie wütend machen. Andere Ergebnisse spiegeln das Gefühl einer Demokratiekrise wider: Eine von drei befragten Personen (36%) gibt an, wütend oder verzweifelt zu sein, wenn man sie danach fragt, ob sie das Gefühl hat, dass ihre Regierung ihre Bedürfnisse und die ihrer Familie berücksichtigt.

Die Menschen wollen, dass etwas unternommen wird. Nach neun spezifischen Politikfeldern gefragt, wollen im Durchschnitt mehr als zwei Drittel der Menschen (67%), dass ihre Regierung mehr tut. Am häufigsten wünschen sie sich mehr Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Investitionen in Senioren-, Behinderten- und Vorschulkinderbetreuung (74%) und dass sichergestellt wird, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil an Steuern zahlen (73%).

Die Menschen wollen, dass mehr für Lohn- und Gehaltserhöhungen (70%), staatliche Programme für lebenslanges Lernen (69%) und die Regulierung der digitalen Wirtschaft (61%) getan wird. Sie wollen, dass ihre Regierung neue Regeln für multinationale Unternehmen einführt, um die Missstände für Arbeitnehmer*innen in deren Lieferketten zu beenden (66%) und dass sie für sichere Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte für inländische und zugewanderte Arbeitskräfte sorgt (57%). Außerdem wollen sie, dass ihre Regierung auf internationaler Ebene Verantwortung übernimmt und etwas gegen den Klimawandel tut, indem sie einen gerechten Übergang in eine Zukunft ohne Kohlenstoffemissionen fördert (63%) und mit anderen Staaten zusammenarbeitet, um Frieden, Arbeitsplätze und Menschenrechte zu fördern (64%).

Maßnahmen in diesen und anderen Bereichen würden es einfacher für die Menschen machen, das Vertrauen in ihre Regierung zurückzugewinnen und wiederherzustellen, da (im Durchschnitt) die Hälfte der Befragten (52%) angegeben hat, ihrer Regierung mehr vertrauen zu können, wenn sie Maßnahmen in sieben aufgelisteten Bereichen ergreifen würde.

4.1 Das Zeitalter der Wut und Verzweiflung

Gefühl gegenüber der Regierung

Die Befragten sollten angeben, welches Gefühl ihre Meinung über die Maßnahmen ihrer Regierung in sechs spezifischen Bereichen am besten beschreibt (zufrieden, optimistisch, neutral, verzweifelt oder wütend).

“Mehr als ein Drittel der Menschen sind wütend oder verzweifelt über die Maßnahmen ihrer Regierung.”

Im Hinblick auf die sechs aufgelisteten Bereiche geben im Durchschnitt 38% der Befragten an, entweder wütend oder verzweifelt über das zu sein, was ihre Regierung unternimmt.

Der Bereich, in dem die Menschen am ehesten ein negatives Gefühl haben, sind Maßnahmen der Regierung zur Reduzierung der Ungleichheit zwischen den Reichen und dem Rest der Bevölkerung, wobei fast ein Viertel der Menschen (22%) angegeben hat, dass das diesbezügliche Vorgehen der Regierung sie wütend macht. Dies war auch der Bereich, auf den die meisten kombinierten negativen Reaktionen entfielen: 45% der Befragten sagen, dass die diesbezüglichen Maßnahmen ihrer Regierung in ihnen entweder Wut (22%) oder Verzweiflung (23%) auslösen.

Welches Gefühl lösen die Maßnahmen der Regierung in Ihnen aus?

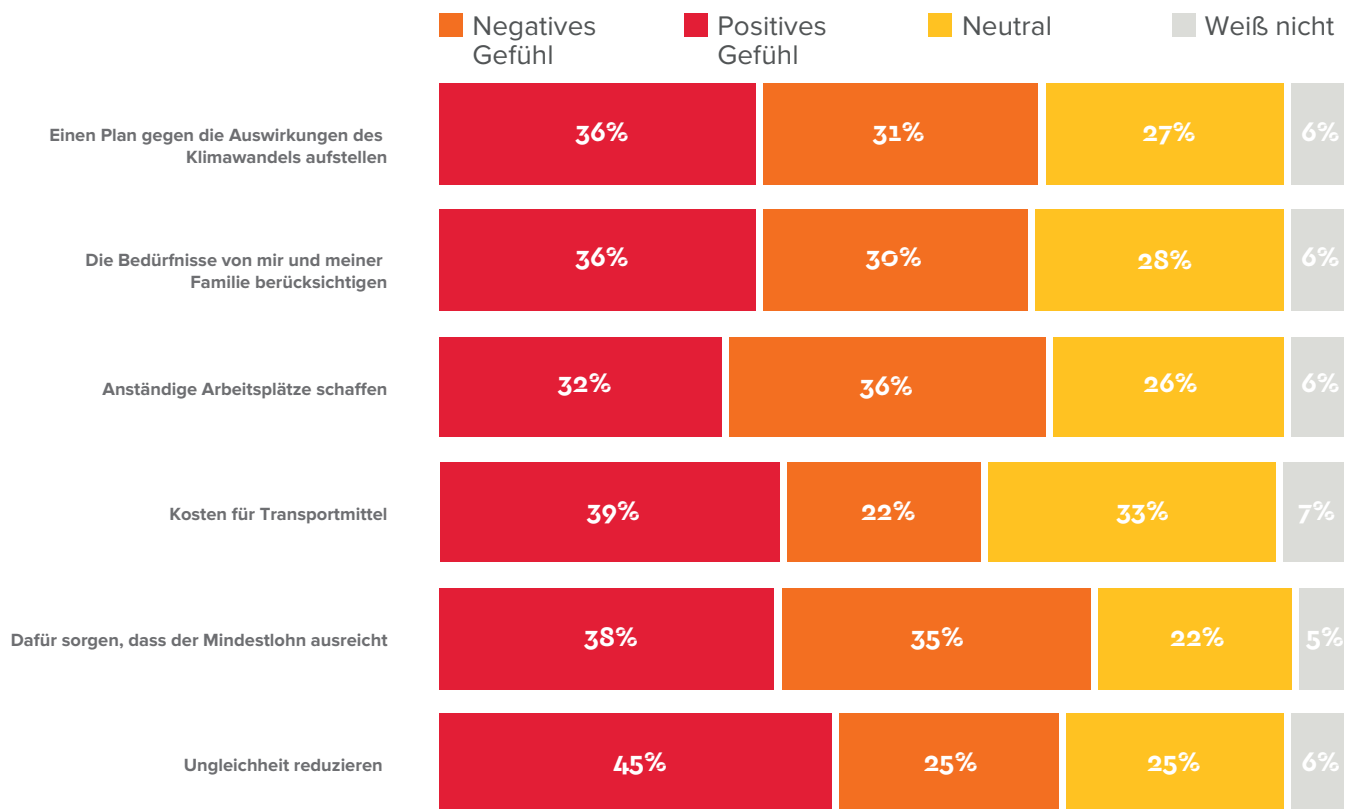


Abb. 21 Frage 8 Inwieweit setzt sich die [nationale] Regierung Ihrer Ansicht nach für Folgendes ein? Welches Gefühl beschreibt Ihre Meinung über die Regierung in Bezug auf die verschiedenen Bereiche am besten? Anm. N=18281. 'Negatives Gefühl' umfasst die Antworten mit 'wütend' und 'verzweifelt'. 'Positives Gefühl' umfasst die Antworten mit 'zufrieden' und 'optimistisch'.

Die Ungleichheit zwischen den Reichen und dem Rest der Bevölkerung reduzieren

Insgesamt hat fast die Hälfte (45%) der Menschen weltweit ein negatives Gefühl, wenn es um die Maßnahmen ihrer Regierung zur Reduzierung der Ungleichheit zwischen den Reichen und dem Rest der Bevölkerung geht. Knapp ein Viertel gibt an, diesbezüglich verzweifelt zu sein (23%), und fast ebenso viele Befragte machen diese Maßnahmen wütend (22%).

Die Länder, in denen die Befragten am ehesten negativ reagiert haben, sind Frankreich (57% negativ), Südkorea (57%), Bulgarien (54%), Deutschland (53%) und Japan (53%). Die Befragten in Europa (50%) haben eher ein negatives Gefühl als der weltweite Durchschnitt (45%).

Einen Plan gegen die Auswirkungen des Klimawandels aufstellen

Mehr als jede dritte befragte Person (36%) gibt an, ein negatives Gefühl zu haben, wenn es um einen Plan ihrer Regierung gegen die Auswirkungen des Klimawandels geht. 14% sagen, dass die diesbezüglichen Maßnahmen ihrer Regierung sie wütend machen, und 22%, d.h. mehr als ein Fünftel, reagieren verzweifelt.

Die Länder mit den meisten negativen Reaktionen sind Frankreich (45%), Japan (44%), Deutschland (43%) und Belgien (41%). Europa insgesamt steht den Klimaschutzmaßnahmen der Regierungen mit 40% weitaus negativer gegenüber.

Die Bedürfnisse von mir und meiner Familie berücksichtigen

Mehr als ein Drittel der Befragten (36%) geben an, dass die Maßnahmen ihrer Regierung im Hinblick auf die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und der ihrer Familie sie wütend (15%) oder verzweifelt (21%) machen.

Die Länder mit den meisten negativen Reaktionen sind Bulgarien (51%), Südafrika (49%) und Russland (43%).

Dafür sorgen, dass der Mindestlohn für einen angemessenen Lebensstandard ausreicht

Weltweit gibt knapp ein Fünftel der Befragten (17%) an, dass die Maßnahmen ihrer Regierung zur Gewährleistung eines angemessenen Mindestlohns sie wütend machen. Insgesamt haben mehr als ein Drittel der Menschen (38%) ein negatives Gefühl (21% verzweifelt, 17% wütend), wenn es um die diesbezüglichen Maßnahmen ihrer Regierung geht.

Die Länder mit den meisten negativen Reaktionen sind Bulgarien (52%), Russland (46%), Frankreich (46%), Südafrika (45%) und Belgien (44%).

Kosten für Transportmittel

Mehr als ein Drittel der Befragten (39%) haben ein negatives Gefühl (18% wütend, 21% verzweifelt), wenn es um die Maßnahmen ihrer Regierung bezüglich der Kosten öffentlicher Transportmittel geht.

Die Länder mit den meisten negativen Reaktionen sind Südafrika (57%), Chile (53%), Russland (52%), das Vereinigte Königreich (51%), Brasilien (48%) und Bulgarien (47%). Staatliche Maßnahmen bezüglich der Kosten öffentlicher Transportmittel scheinen in ganz Asien weniger problematisch zu sein, da lediglich 22% in dieser Staatengruppe negativ reagiert haben, gegenüber einem weltweiten Durchschnitt von 39%.

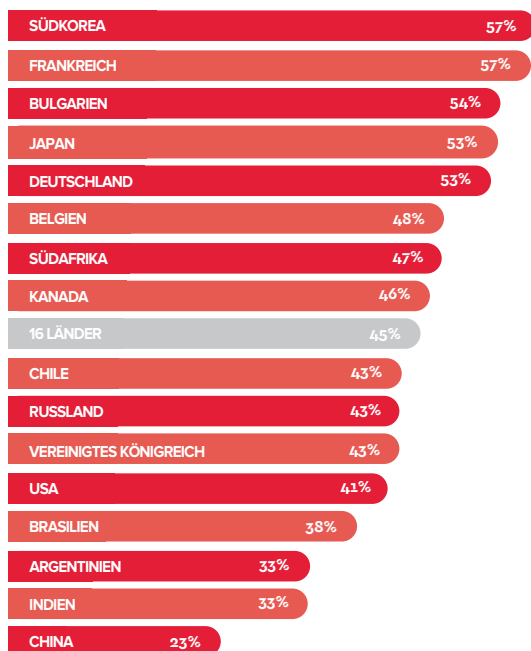
Anständige Arbeitsplätze schaffen

Knapp ein Drittel der Befragten (32%) hat ein negatives Gefühl (12% wütend, 20%, d.h. genau ein Fünftel, verzweifelt), wenn es um die Maßnahmen ihrer Regierung zur Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze geht.

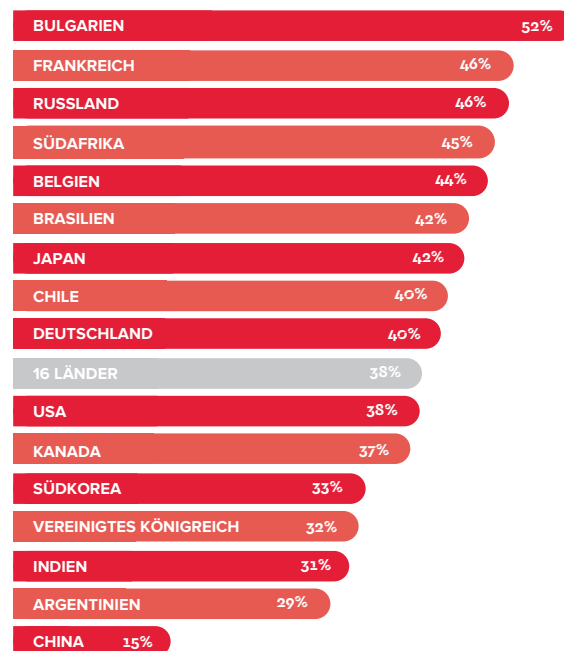
Die Länder mit den meisten negativen Reaktionen sind Südkorea (51%), Südafrika (50%) und Russland (40%).

Inwieweit setzt sich die [nationale] Regierung Ihrer Ansicht nach für Folgendes ein? Welches Gefühl beschreibt Ihre Meinung über die Regierung in Bezug auf die verschiedenen Bereiche am besten? Ländervergleich (Negative Gefühle)

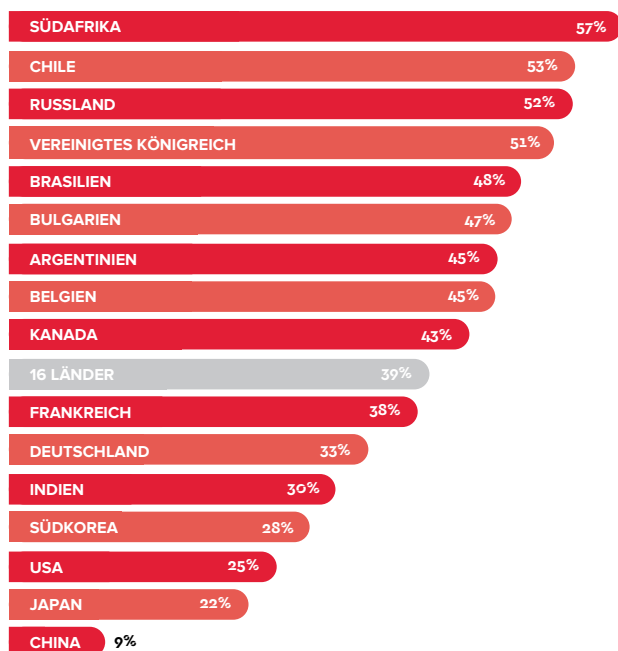
Die Ungleichheit reduzieren (22a)



Dafür sorgen, dass der Mindestlohn ausreicht (22b)



Kosten für Transportmittel (22c)



Anständige Arbeitsplätze schaffen (22d)

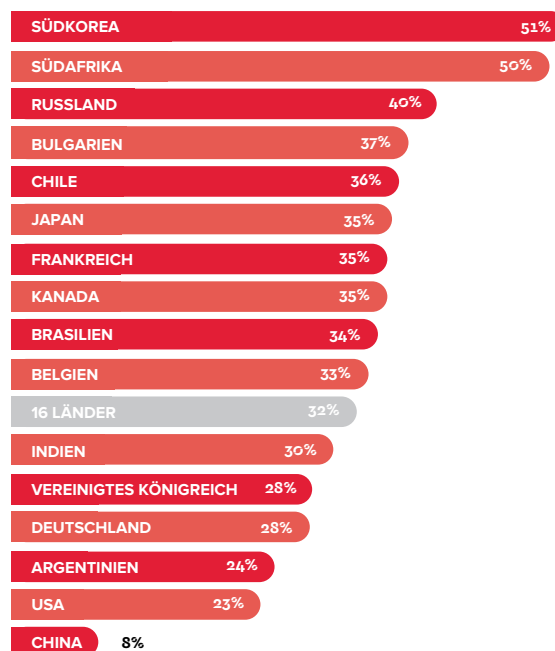
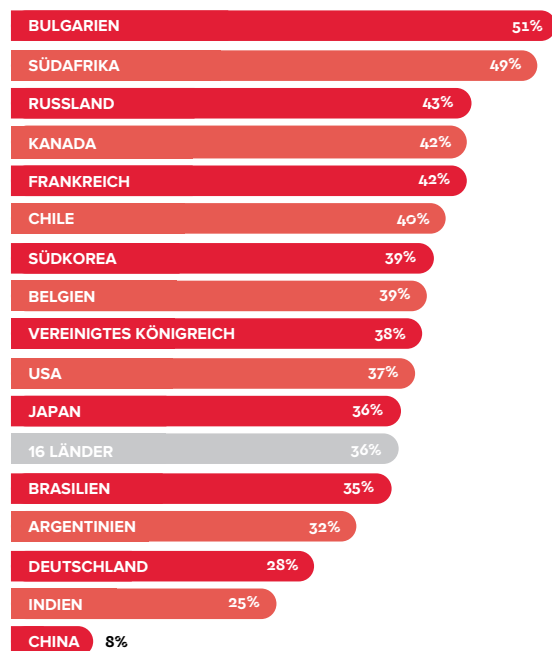


Abb. 22a-d Frage 8 Inwieweit setzt sich die [nationale] Regierung Ihrer Ansicht nach für Folgendes ein? Welches Gefühl beschreibt Ihre Meinung über die Regierung in Bezug auf die verschiedenen Bereiche am besten? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von den meisten bis zu den wenigsten 'negativen Gefühlen' ('wütend' und 'verzweifelt' zusammen).

Meine Bedürfnisse berücksichtigen (22e)



Die Auswirkungen des Klimawandels reduzieren (22f)

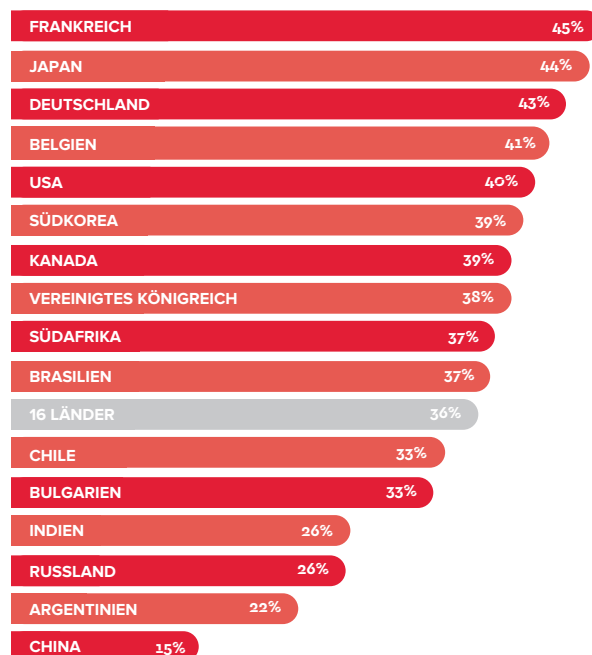


Abb. 22e-f Frage 8 Inwieweit setzt sich die [nationale] Regierung Ihrer Ansicht nach für Folgendes ein? Welches Gefühl beschreibt Ihre Meinung über die Regierung in Bezug auf die verschiedenen Bereiche am besten? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von den meisten bis zu den wenigsten 'negativen Gefühlen' ('wütend' und 'verzweifelt' zusammen).

4.2 Ein Aktionsplan für Regierungen

Sollte Ihre Regierung in Bezug auf Arbeitsplätze, Löhne, Arbeitsbedingungen und Klimawandel mehr tun?

Die im Rahmen der Weltweiten Umfrage des IGB Befragten sollten angeben, ob ihre Regierung ihrer Ansicht nach in neun verschiedenen Bereichen im Zusammenhang mit Arbeitsplätzen, Löhnen, Arbeitsbedingungen, Klimawandel, Regeln und Rechten mehr oder weniger tun sollte. Für alle genannten Maßnahmen setzt sich die internationale Gewerkschaftsbewegung gegenüber der G20 und anderen internationalen Institutionen ein.

“Die Menschen wollen staatliche Maßnahmen.”

In allen aufgelisteten Bereichen will die Mehrheit der Weltbevölkerung mehr Maßnahmen ihrer Regierungen. Über die verschiedenen Bereiche hinweg fordern im Durchschnitt 67%, d.h. mehr als zwei von drei Befragten, mehr Maßnahmen von ihren Regierungen.

Von den neun aufgelisteten Bereichen halten die Menschen zwei mit Blick auf mehr Maßnahmen ihrer Regierung für besonders wichtig:

- Arbeitsplätze schaffen, indem in Senioren-, Behinderten- und Vorschulkinderbetreuung investiert wird (74%)
- Sichergehen, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil an Steuern bezahlen (73%)

Sollte Ihre Regierung in Bezug auf Arbeitsplätze, Löhne, Arbeitsbedingungen und Klimawandel mehr tun?



Abb. 23 Frage 9 Sollte Ihre Regierung Ihrer Ansicht nach in den folgenden Bereichen mehr oder weniger unternehmen? Anm. Nennung der Maßnahmen in der Reihenfolge von der größten bis zur geringsten Zustimmung zu 'mehr unternehmen'.

“BRICS-Staaten fordern am ehesten Maßnahmen.”

In allen neun Bereichen bis auf einen (Sichergehen, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil an Steuern bezahlen) sind die BRICS-Staaten die Gruppierung, die am ehesten Maßnahmen fordert. Im Durchschnitt sind 70%, d.h. fast drei Viertel der Menschen in den BRICS-Staaten, der Ansicht, dass ihre Regierung (in allen genannten Bereichen) mehr tun sollte (gegenüber einem weltweiten Durchschnitt von 67%). In Asien und Europa sind es 60%, in den G20-Staaten 62% und in Gesamtamerika 67%.

Sichergehen, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil an Steuern bezahlen

Fast drei Viertel der Weltbevölkerung (73%) sind der Ansicht, dass die Regierung ihres Landes mehr tun sollte, um dafür zu sorgen, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil an Steuern zahlen.

Noch höher ist der Prozentsatz in Chile (88%), im Vereinigten Königreich (83%), in Bulgarien (82%) und Argentinien (81%).

Obwohl der Prozentsatz in Asien geringer ist (im Durchschnitt 65% und nur 64% in Indien und in Japan), ebenso wie in den USA (63%), spricht sich auch dort immer noch eine klare Mehrheit dafür aus (rund zwei Drittel).

Arbeitsplätze schaffen, indem in Senioren-, Behinderten- und Vorschulkinderbetreuung investiert wird

Knapp drei Viertel der Menschen (74%) sind der Ansicht, dass die Regierung ihres Landes mehr tun sollte, um Arbeitsplätze zu schaffen, indem in die Pflege und Betreuung von Kindern und Schutzbedürftigen investiert wird. Die Mehrheit der Menschen in allen Ländern, in denen die Umfrage durchgeführt wurde, glaubt, dass ihre Regierung mehr tun sollte, um durch diese Art der Pflege bzw. Betreuung Arbeitsplätze zu schaffen. Die Ansicht, dass die Regierungen in diesem Bereich mehr tun sollten, ist in Chile (88%), Bulgarien (87%), Russland (86%), Argentinien (84%), Südafrika (85%) und Brasilien (81%) besonders verbreitet. Weniger wichtig ist dies den Menschen in den USA (58%) und in Japan (59%).

Obwohl Frauen (77%) eher der Ansicht sind, dass die Regierungen mehr tun sollten, vertreten fast genauso viele Männer (71%) dieselbe Meinung. Einer der wenigen nennenswerten Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Befragten besteht darin, dass 78% der über 40-Jährigen mehr Maßnahmen fordern, gegenüber 68% derjenigen unter 40.

Sich um eine Gehaltserhöhung für Arbeiter und Angestellte bemühen

Mehr als zwei Drittel der Menschen weltweit (70%) sind der Ansicht, dass die Regierungen mehr tun sollten, um arbeitenden Menschen eine Lohn- bzw. Gehaltserhöhung zu verschaffen.

Fast neun von zehn befragten Personen in Russland (89%), Chile (89%), Argentinien (87%) und Bulgarien (86%) glauben, dass sich ihre Regierungen mehr um Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen bemühen sollten. Auch in Brasilien (82%) und China (78%) fordert die große Mehrheit der Befragten mehr diesbezügliche Anstrengungen seitens ihrer Regierung.

Obwohl es in jedem Land, das in die Umfrage einbezogen wurde, eine klare Mehrheit für mehr diesbezügliche Anstrengungen der Regierung gibt, haben die Menschen in den USA (53%), in Deutschland (53%), Südkorea (55%) und im Vereinigten Königreich (59%) ein deutlich geringeres Interesse daran als der weltweite Durchschnitt.

Frauen (73%) haben gegenüber Männern (66%) ein deutlich stärkeres Interesse an Maßnahmen in diesem Bereich.

Beschäftigung und Arbeitsrechte fördern, indem der digitale Handel reguliert wird

Fast zwei von drei befragten Personen (61%) wollen, dass ihre Regierung in diesem noch relativ neuen Bereich mehr unternimmt. In Chile (80%), Russland (79%), Bulgarien (78%), Argentinien (74%) und China (73%) fordern die meisten Menschen diesbezügliche Maßnahmen.

Sichere Arbeitsplätze und Arbeiterrechte für inländische und zugewanderte Arbeitnehmer verteidigen

Mehr als die Hälfte der Menschen (57%) wollen, dass ihre Regierung mehr in diesem Bereich tut. Jede/r fünfte Befragte (21%) will, dass die Regierung so viel unternimmt wie bisher, und nur 12% wollen, dass sie weniger unternimmt.

Zu den Ländern, in denen eher verstärkte Anstrengungen gefordert werden, gehören die meisten BRICS-Staaten, darunter China (76%), Russland (74%), Brasilien (73%) und Südafrika (70%). Insgesamt fordern 73%, d.h. fast drei Viertel der Menschen in den BRICS-Staaten, diesbezügliche Maßnahmen. Auch in Bulgarien (77%) fordert die große Mehrheit der Befragten mehr Maßnahmen in diesem Bereich.

Einen gerechten Übergang in eine Zukunft ohne Kohlenstoffemissionen fördern

Fast zwei Drittel der Menschen (63%) sind der Ansicht, dass ihre Regierung mehr tun sollte, um einen gerechten Übergang in eine Zukunft ohne CO₂-Emissionen zu fördern. Lediglich 10% meinen, dass ihre Regierung weniger tun sollte. Zu den Ländern, in denen die Menschen eher Maßnahmen fordern, gehören Chile (82%), Brasilien (79%), China (78%), Argentinien (75%) und Bulgarien (74%).

Neue Regeln für multinationale Unternehmen einführen, um die Missstände für Arbeitnehmer in deren Lieferketten zu beenden

Zwei von drei Befragten (66%) sind der Ansicht, dass ihre Regierung mehr tun sollte, um neue Regeln einzuführen und den Missbrauch von Arbeitskräften entlang der Lieferketten zu beenden. Noch höher ist dieser Prozentsatz in Chile (85%), Brasilien (78%), Bulgarien (78%) und Argentinien (77%).

Mit anderen Staaten zusammenarbeiten, um Frieden, Arbeitsplätze und Menschenrechte zu fördern

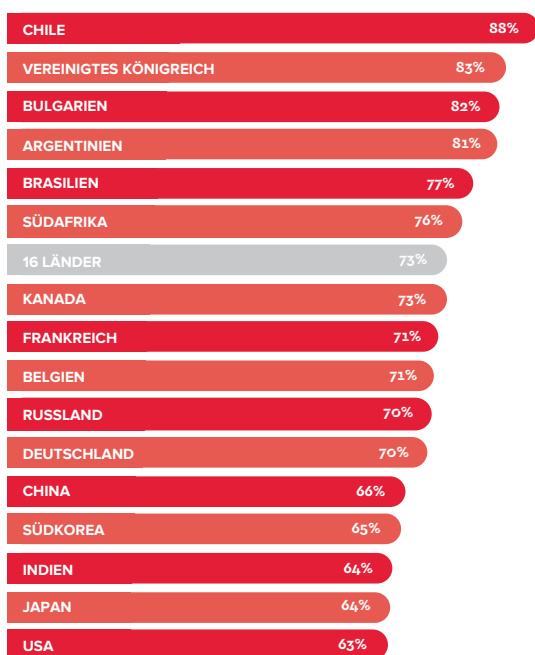
Etwas weniger als zwei von drei Befragten (64%) glauben, dass ihre Regierung mehr tun sollte, um mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten, um Frieden, Arbeitsplätze und Menschenrechte zu fördern. Diese Ansicht wird zwar von der Mehrheit der Befragten in allen Ländern geteilt, aber in Südafrika (79%), Bulgarien (79%), Brasilien (78%) und Argentinien (75%) fällt dies am deutlichsten aus.

Ausbildungsplätze und Programme für lebenslanges Lernen ermöglichen

Mehr als zwei Drittel der Menschen weltweit (69%) sind der Ansicht, dass ihre Regierung in diesem Bereich mehr tun sollte. Lediglich 7% meinen, dass ihre Regierung weniger tun sollte. Zu den Ländern, in denen eher verstärkte Anstrengungen gefordert werden, gehören Argentinien (87%), Chile (84%), Brasilien (83%), Südafrika (82%) und Bulgarien (81%).

Sollte Ihre Regierung in Bezug auf Arbeitsplätze, Löhne, Arbeitsbedingungen und Klimawandel mehr tun? Ländervergleich

Sichergehen, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil an Steuern bezahlen (24a)



Arbeitsplätze durch Investitionen im Pflegebereich schaffen (24b)

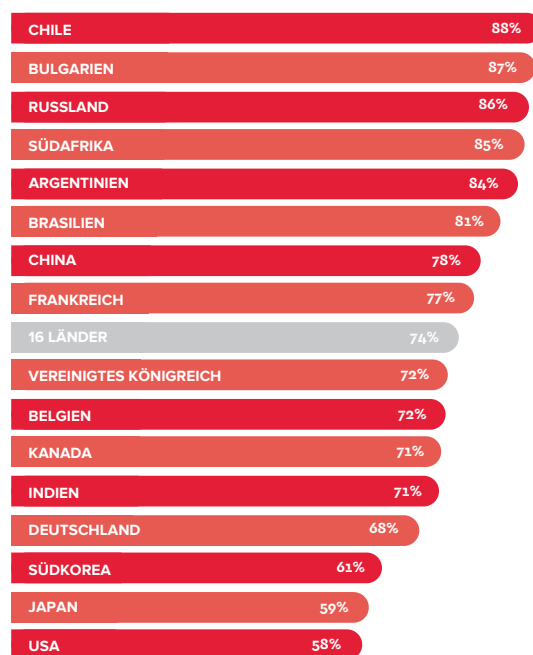


Abb. 24a-b Frage 9 Sollte Ihre Regierung Ihrer Ansicht nach in den folgenden Bereichen mehr oder weniger unternehmen? Anm. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von der größten bis zur geringsten Zustimmung zu 'mehr unternehmen'.

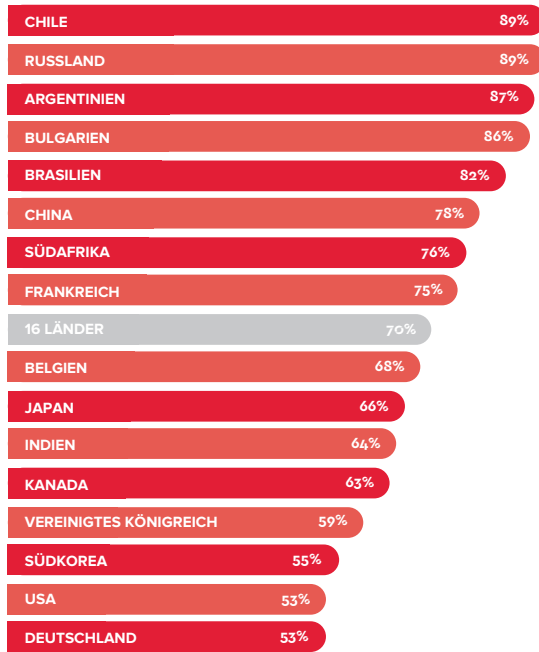
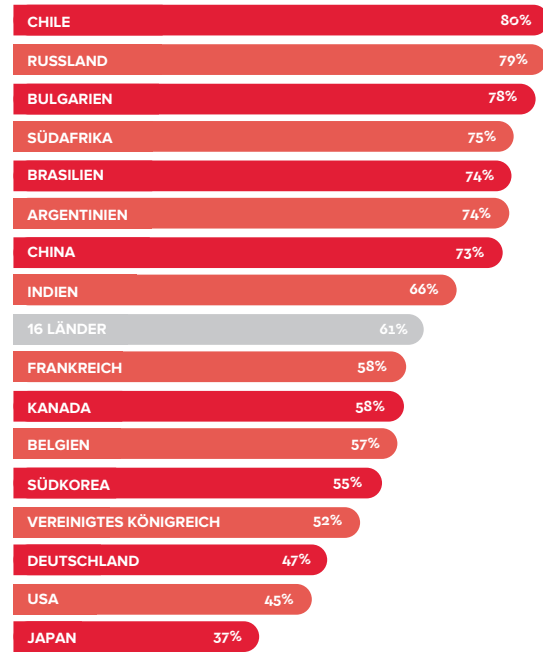
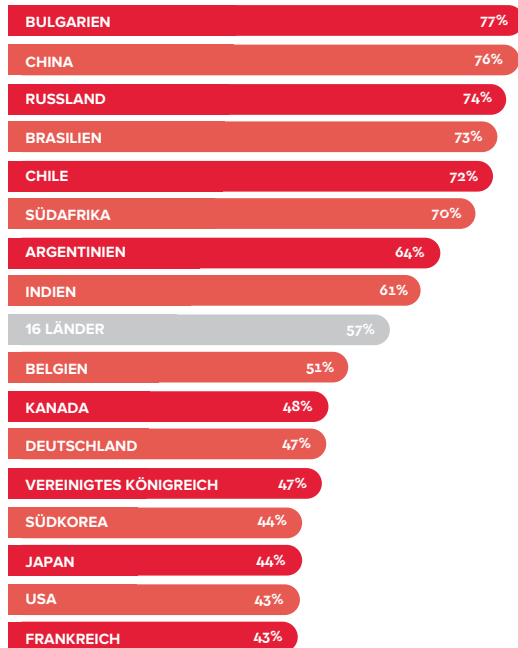
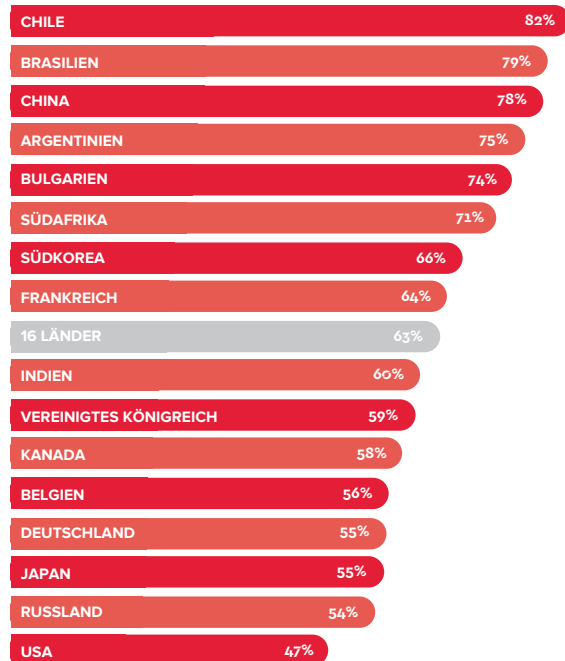
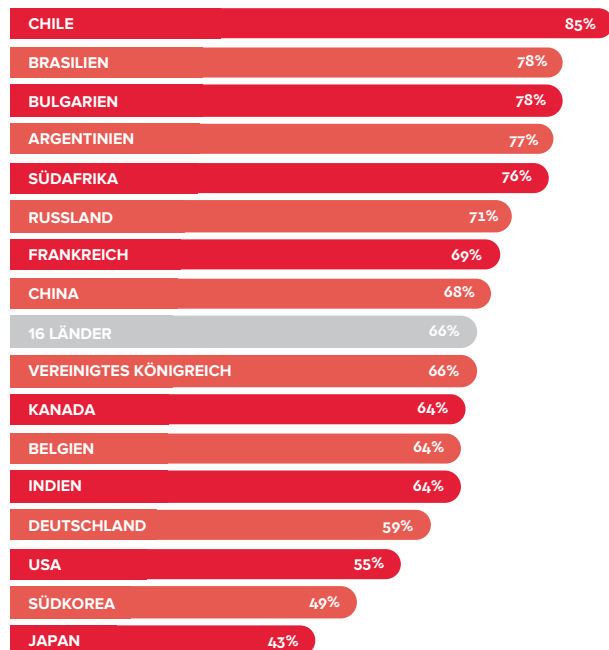
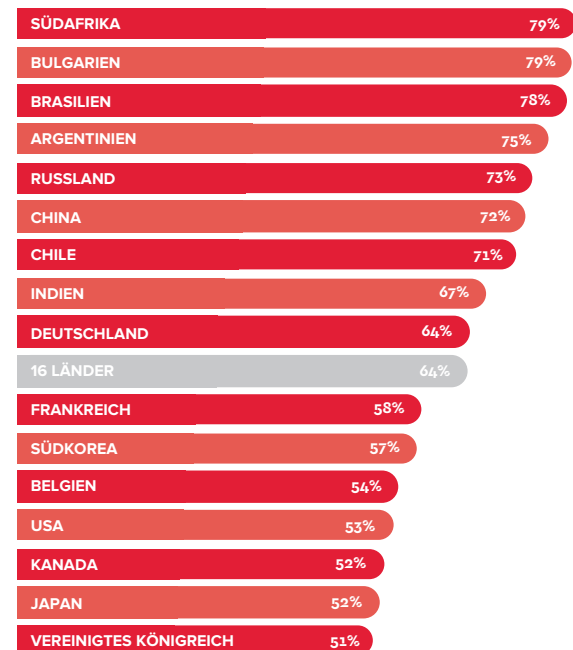
Lohn- und Gehaltserhöhungen (24c)**Regulierung des digitalen Handels zur Förderung der Arbeitnehmerrechte (24d)****Die Rechte inländischer und zugewanderter Arbeitskräfte schützen (24e)****Einen gerechten Übergang in eine Zukunft ohne Kohlenstoffemissionen fördern (24f)**

Abb. 24c-f Frage 9 Sollte Ihre Regierung Ihrer Ansicht nach in den folgenden Bereichen mehr oder weniger unternehmen? Anm. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von der größten bis zur geringsten Zustimmung zu 'mehr unternehmen'.

Neue Regeln für Multis, um die Missstände für Arbeitnehmer in deren Lieferketten zu beenden (24g)



Mit anderen Staaten zusammenarbeiten, um Frieden, Arbeitsplätze und Menschenrechte zu fördern (24h)



Ausbildungsplätze und lebenslanges Lernen (24i)

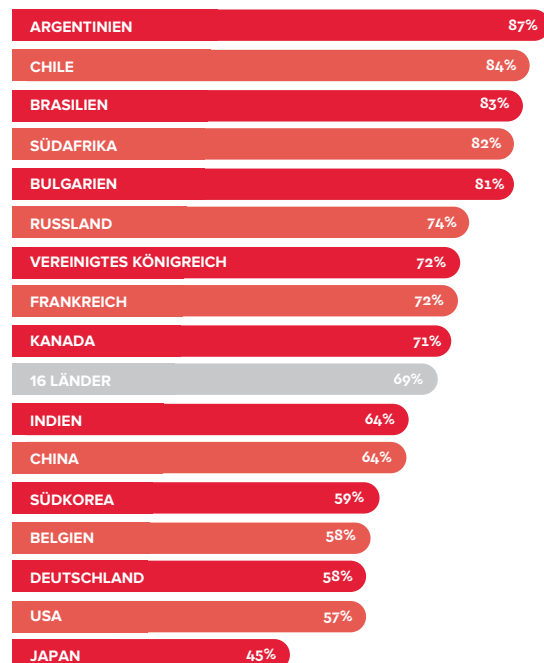


Abb. 24g-i Frage 9 Sollte Ihre Regierung Ihrer Ansicht nach in den folgenden Bereichen mehr oder weniger unternehmen? Anm. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von der größten bis zur geringsten Zustimmung zu 'mehr unternehmen'.

Zielgruppenspezifische Ergebnisse



Die drei Hauptanliegen von Männern, Frauen und denjenigen unter und über 40 sind:

Männer	Frauen	Unter 40	Über 40
Sichergehen, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil an Steuern bezahlen (73%)	Arbeitsplätze durch Investitionen im Pflegebereich schaffen (77%)	Sich um eine Gehaltserhöhung für Arbeiter und Angestellte bemühen (70%)	Sichergehen, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil an Steuern bezahlen (78%)
Arbeitsplätze durch Investitionen im Pflegebereich schaffen (71%)	Sichergehen, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil an Steuern bezahlen (73%) & Sich um eine Gehaltserhöhung für Arbeiter und Angestellte bemühen (73%)	Arbeitsplätze durch Investitionen im Pflegebereich schaffen (68%)	Arbeitsplätze durch Investitionen im Pflegebereich schaffen (78%)
Ausbildungsplätze und lebenslanges Lernen ermöglichen (68%)	Ausbildungsplätze und lebenslanges Lernen ermöglichen (70%)	Ausbildungsplätze und lebenslanges Lernen ermöglichen & Sichergehen, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil an Steuern bezahlen (jeweils 66%)	Ausbildungsplätze und lebenslanges Lernen ermöglichen (71%)

4.3 Vertrauen wiederherstellen, um die Demokratie zu schützen

Würden Sie Ihrer Regierung vertrauen, wenn sie in globalen und nationalen Fragen aktiv würde?

“Die Menschen wollen Taten sehen.”

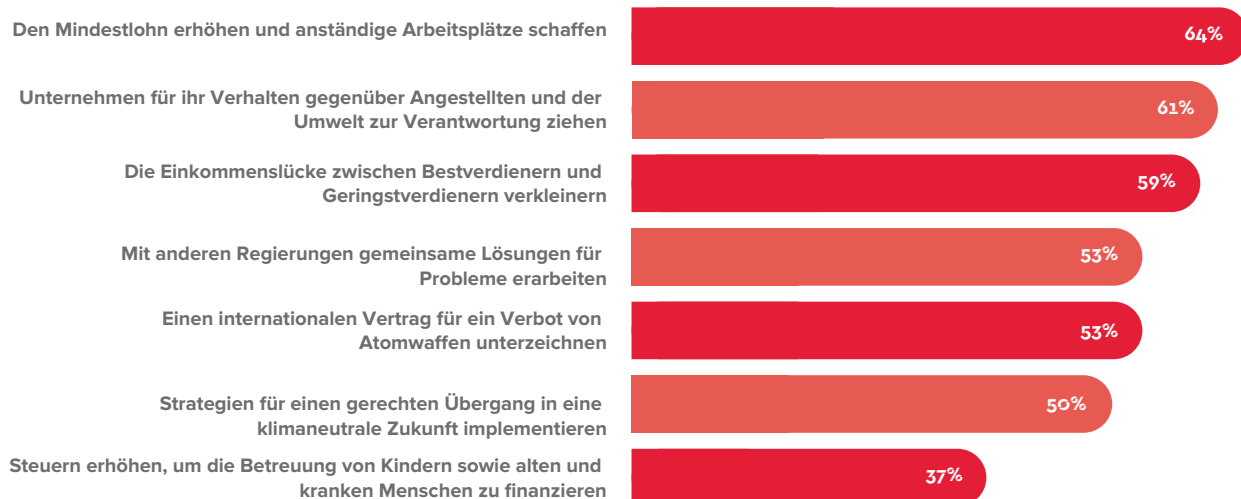
Mit Ausnahme einer Kategorie (Steuern erhöhen, um die Betreuung von Kindern sowie alten und kranken Menschen zu finanzieren) würde die Mehrheit der Menschen weltweit ihrer Regierung mehr vertrauen, wenn sie die aufgelisteten Maßnahmen ergreifen würde.

Im Falle aller sieben genannten Maßnahmen sagen im Durchschnitt 52%, d.h. mehr als die Hälfte der Befragten, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würden, wenn sie die jeweilige Maßnahme ergreifen würde. Im Durchschnitt geben lediglich 16% an, dass sie ihrer Regierung weniger vertrauen würden.

Die Bereiche, in denen Regierungsmaßnahmen mehr Vertrauen bei den Befragten erwecken würden, sind:

- Den Mindestlohn erhöhen und anständige Arbeitsplätze schaffen (64%)
- Unternehmen für ihr Verhalten gegenüber Angestellten und der Umwelt zur Verantwortung ziehen (61%)

Würden Sie einer Regierung mehr oder weniger vertrauen, wenn sie Folgendes täte, oder würde es keinen Unterschied machen?



Die Einkommenslücke zwischen Bestverdienern und Geringstverdienern verkleinern

Mehr als die Hälfte der Befragten (59%) geben an, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würden, wenn sie die Einkommenslücke zwischen Bestverdienern und Geringstverdienern verkleinern würde. Lediglich 16% würden ihrer Regierung weniger vertrauen, wenn sie dies täte.

Die Befragten in Brasilien (79%), Russland (77%), Chile (72%) und China (68%) wären eher bereit, ihrer Regierung mehr zu vertrauen. In Südkorea würden die Menschen ihrer Regierung am ehesten weniger vertrauen, wobei dies lediglich 30% angeben, 15% weniger als der Prozentsatz derjenigen, die sagen, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würden (45%).

Unternehmen für ihr Verhalten gegenüber Angestellten und der Umwelt zur Verantwortung ziehen

Fast zwei von drei Befragten (61%) geben an, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würden, wenn sie die Unternehmen für ihr Verhalten gegenüber den Beschäftigten und der Umwelt zur Verantwortung ziehen würden. Lediglich 14% würden ihr weniger vertrauen.

In Brasilien (82%), Bulgarien (73%), Chile (70%) und dem Vereinigten Königreich (70%) sind die Menschen deutlich eher geneigt, ihrer Regierung mehr zu vertrauen, wenn sie in diesem Bereich aktiv würde. Abgesehen von Südkorea (36%) und Japan (34%) gibt die Mehrheit der Menschen in allen Ländern an, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würde, wenn sie diese Maßnahme ergreifen würde.

Einen internationalen Vertrag für ein Verbot von Atomwaffen unterzeichnen

Die Mehrheit der Befragten (53%) gibt an, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würde, wenn sie einen internationalen Vertrag für ein Verbot von Atomwaffen unterzeichnen würde.

Überraschenderweise besteht kaum ein Unterschied zwischen den durchschnittlichen Antworten der Bevölkerung von Atommächten (Indien, Frankreich, USA, China, Vereinigtes Königreich und Russland) und der von Staaten ohne Atomwaffen (Brasilien, Kanada, Chile, Südafrika, Deutschland, Südkorea, Belgien, Japan, Argentinien und Bulgarien): 53% bzw. 52% geben an, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würden, wenn sie Atomwaffen verbieten würde.

Strategien für einen gerechten Übergang in eine klimaneutrale Zukunft implementieren

Die Hälfte der Befragten (50%) gibt an, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würde, wenn sie Strategien für einen gerechten Übergang in eine klimaneutrale Zukunft umsetzen würde. Lediglich 14% würden ihrer Regierung weniger vertrauen.

In allen Ländern, in denen diese Umfrage durchgeführt wurde, gibt mindestens eine von drei befragten Personen an, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würde, wenn sie Strategien für einen gerechten Übergang hätte (der geringste Prozentsatz sind 37% in Japan). In mehreren Ländern würde weit mehr als Hälfte eine solche Maßnahme befürworten, wobei die Menschen in Brasilien (74%), China (66%) und Chile (61%) am ehesten geneigt sind, ihrer Regierung mehr zu vertrauen, wenn sie diesbezüglich aktiv würde. Obwohl die Antworten in den verschiedenen Ländern erhebliche Unterschiede aufweisen, gibt es selbst in den Ländern mit den geringsten Zustimmungsraten – Japan (37%), USA (38%) und Deutschland (40%) – noch viele in der Bevölkerung, die angeben, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würden, wenn sie diese Maßnahme ergreifen würde.

Steuern erhöhen, um die Betreuung von Kindern sowie alten und kranken Menschen zu finanzieren

Mehr als ein Drittel der Befragten (37%) geben an, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würden, wenn sie die Steuern erhöhen würde, um die Betreuung von Kindern sowie alten und kranken Menschen zu finanzieren. Obwohl weniger Menschen für diese Maßnahme sind als für andere auf der Liste, so würde dennoch ein erheblicher Prozentsatz in jedem Land sie befürworten. Interessant ist, dass es keine nennenswerten Unterschiede zwischen Männern und Frauen oder verschiedenen Altersgruppen gibt, was darauf hindeutet, dass die Befürwortung dieser Maßnahmen nicht von den persönlichen Umständen abhängt.

Die Mehrheit der Befragten in China (61%) und Chile (50%) gibt an, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würde, wenn sie in diesem Bereich etwas täte.

Den Mindestlohn erhöhen und anständige Arbeitsplätze schaffen

Fast zwei Drittel der Befragten (64%) geben an, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würden, wenn sie den Mindestlohn erhöhen und für gute Arbeit sorgen würde. Lediglich 13% würden ihrer Regierung weniger vertrauen.

Brasilien ist auch hier wieder ein Sonderfall, da 83% der Befragten (19% mehr als der weltweite Durchschnitt) angeben, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würden, wenn sie in diesem Bereich etwas tun würde. Auch Russland (ebenfalls 83%), Argentinien (76%), Chile (76%) und Bulgarien (75%) liegen weit über dem weltweiten Durchschnitt.

Mit anderen Regierungen gemeinsame Lösungen für Probleme erarbeiten

Knapp über die Hälfte der Befragten (53%) geben an, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würden, wenn sie mit anderen Regierungen gemeinsame Lösungen erarbeiten würde. Lediglich 13% würden ihr weniger vertrauen.

In Brasilien (74%) sind die Menschen im Vergleich zum weltweiten Durchschnitt wesentlich eher bereit, ihrer Regierung mehr zu vertrauen, wenn sie dies täte. Die 74% Zustimmung in Brasilien sind 9% mehr als in dem Land mit der zweithöchsten Zustimmung, Argentinien (65%), und 21% mehr als der weltweite Durchschnitt.

“In Brasilien sind die Menschen wesentlich eher bereit als in anderen Ländern, ihrer Regierung mehr zu vertrauen, wenn sie in diesen Bereichen aktiv wird.”

Im Durchschnitt geben 72%, d.h. fast drei Viertel, der Befragten in Brasilien für alle sieben Politikfelder an, dass sie ihrer Regierung mehr vertrauen würden, wenn sie diesbezügliche Maßnahmen ergreifen würde. Das sind ganze 20% mehr als der weltweite Durchschnitt von 52%. Der zweithöchste Länderdurchschnitt entfällt auf China (64%), aber Brasilien liegt immer noch um 8% darüber.

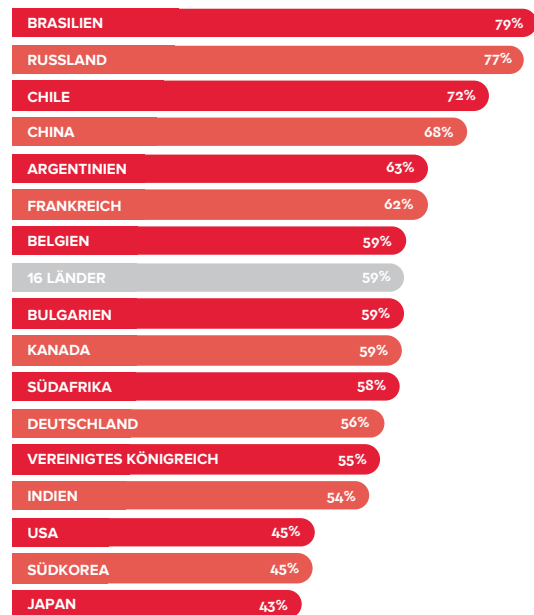
Mit Ausnahme eines Bereiches (Steuern erhöhen, um die Betreuung von Kindern sowie alten und kranken Menschen zu finanzieren) sind die Menschen in Brasilien eher bereit, ihrer Regierung mehr zu vertrauen, wenn sie die aufgelisteten Maßnahmen ergreifen würde.

Die beiden Bereiche, die die Brasilianerinnen und Brasilianer am ehesten zu mehr Vertrauen in ihre Regierung veranlassen würden, sind:

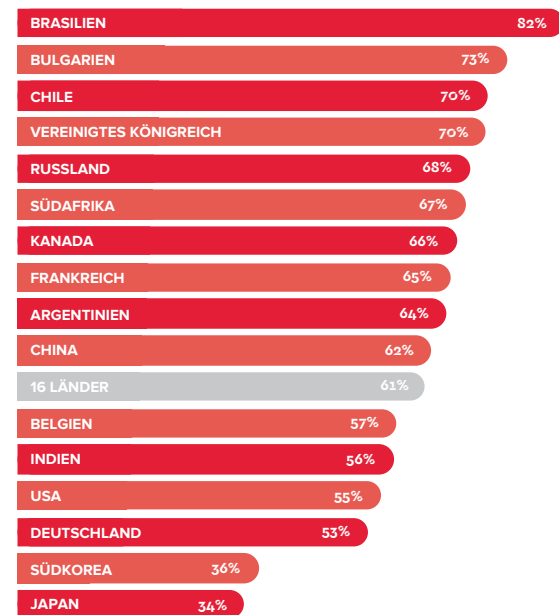
- Den Mindestlohn erhöhen und anständige Arbeitsplätze schaffen (83%)
- Unternehmen für ihr Verhalten gegenüber Angestellten und der Umwelt zur Verantwortung ziehen (82%)

Würden Sie einer Regierung mehr oder weniger vertrauen, wenn sie Folgendes täte? Ländervergleich

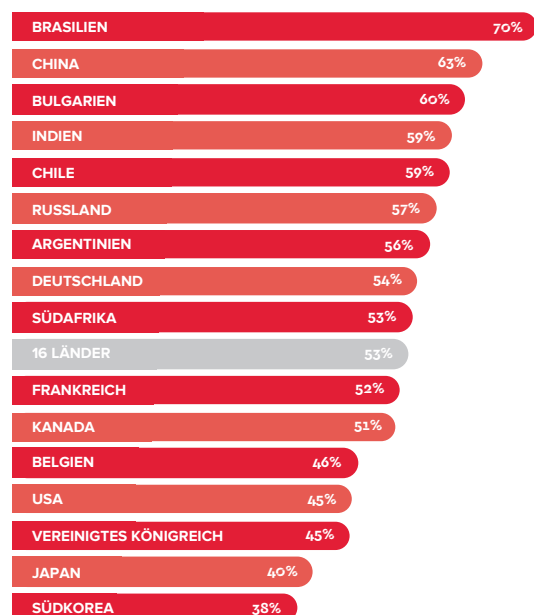
Die Einkommenslücke zwischen Bestverdienern und Geringstverdienern verkleinern (26a)



Unternehmen für ihr Verhalten gegenüber Angestellten und der Umwelt zur Verantwortung ziehen (26b)



Einen internationalen Vertrag für ein Verbot von Atomwaffen unterzeichnen (26c)



Strategien für einen gerechten Übergang in eine klimaneutrale Zukunft implementieren (26d)

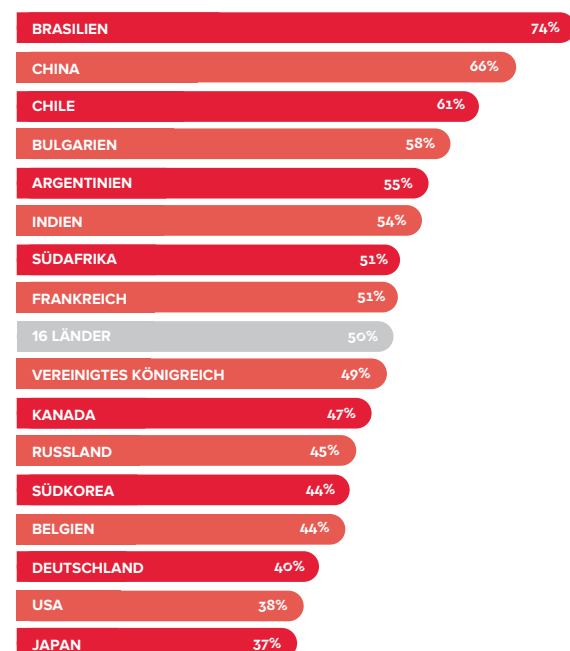
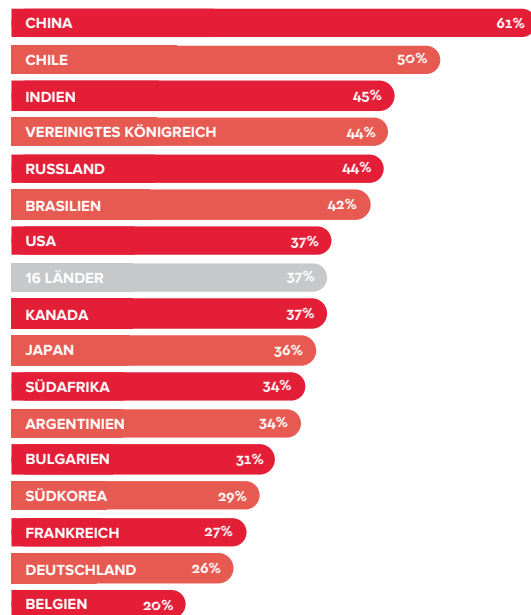
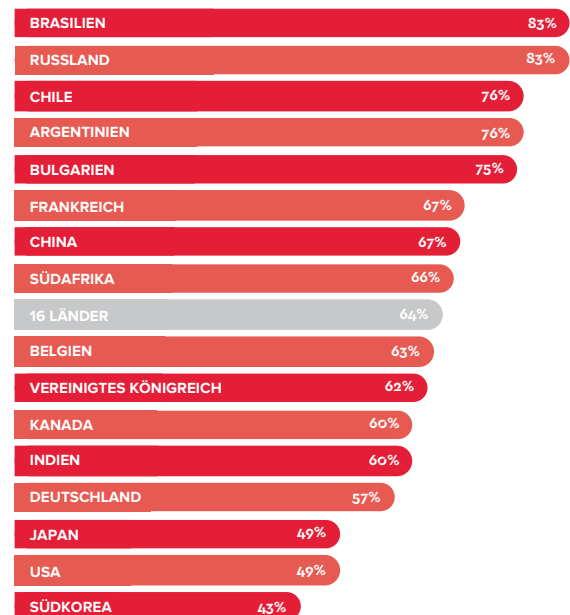


Abb. 26a-d Frage 16 Würden Sie einer Regierung mehr oder weniger vertrauen, wenn sie Folgendes täte, oder würde es keinen Unterschied machen? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von der größten bis zur geringsten Zustimmung zu 'mehr vertrauen'.

Steuern erhöhen, um die Betreuung von Kindern sowie alten und kranken Menschen zu finanzieren (26e)



Den Mindestlohn erhöhen und anständige Arbeitsplätze schaffen (26f)



Mit anderen Regierungen gemeinsame Lösungen für Probleme erarbeiten (26g)

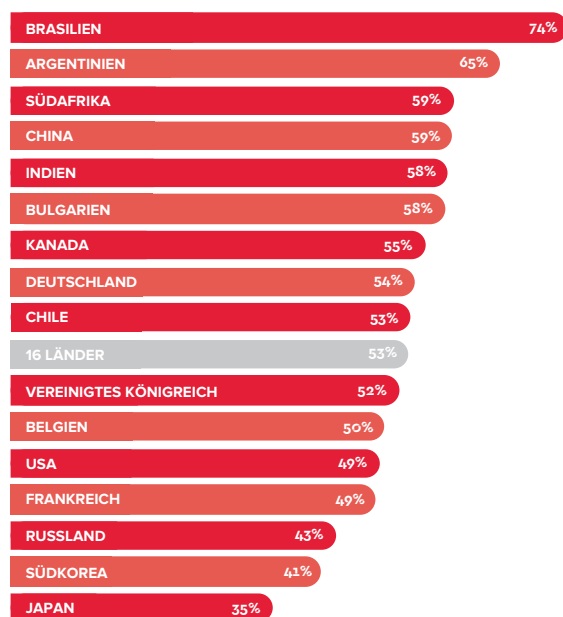


Abb. 26e-g Frage 16 Würden Sie einer Regierung mehr oder weniger vertrauen, wenn sie Folgendes täte, oder würde es keinen Unterschied machen? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von der größten bis zur geringsten Zustimmung zu 'mehr vertrauen'.



5.0 Schlüsselergebnisse:

Ein gerechter
Übergang mit Blick
auf Klimawandel
und technologische
Veränderungen

Globale Verschiebungen – Forderung nach umgehenden Maßnahmen



Anfang 2020 belastet der Klimawandel die Weltbevölkerung stark, und sie will, dass etwas dagegen unternommen wird.

Der Klimawandel ist einer der drei Bereiche, die den Menschen weltweit die größten Sorgen bereiten. Mehr als zwei Drittel der Menschen sind besorgt über den Klimawandel (69%), wobei 40% sehr besorgt sind. Knapp zwei Drittel der Menschen (63%) glauben, dass ihre Regierung mehr tun sollte, um einen gerechten Übergang in eine Zukunft ohne CO₂-Emissionen zu fördern, und mehr als jede dritte befragte Person (36%) reagiert wütend oder verzweifelt auf die Maßnahmen ihrer Regierung zur Eindämmung der Folgen des Klimawandels.

Wenn es um konkrete Maßnahmen geht, glauben mehr als drei Viertel der Menschen weltweit (79%), dass die Arbeitnehmer*innen das Recht haben sollten, zu erfahren, welche Maßnahmen ihr Arbeitgeber plant, um Jobs und Arbeitsplätze klimasicher zu machen.

Überall auf der Welt machen sich die Menschen zudem Sorgen über die Frage der Regulierung großer Technologieunternehmen und den Schutz ihrer häufig schutzlosen Arbeitskräfte. Die Mehrheit der Befragten (73%) ist zwar der Ansicht, dass große internationale Technologieunternehmen einen positiven Einfluss und ihnen das Leben erleichtert haben, aber das hat seinen Preis. Die Menschen werden sich zunehmend der negativen Auswirkungen bewusst, die diese Unternehmen auf Arbeitnehmer*innen haben könnten, wobei fast jede/r dritte Befragte (30%) der Meinung ist, dass diese Unternehmen einen negativen Einfluss auf arbeitende Menschen haben. Ein weiteres knappes Drittel (32%) glaubt, dass sie einen negativen Einfluss auf unsere Gesellschaft haben.

Der Aspekt, über den sich die meisten Menschen Sorgen machen, ist jedoch der, der sie direkt betrifft, der Schutz ihrer personenbezogenen Daten im Internet (47%), wobei knapp die Hälfte der Befragten der Ansicht ist, dass große internationale Technologieunternehmen einen negativen Einfluss darauf haben.

Mehr als zwei Drittel der Menschen (66%) wollen sogar, dass ihre Regierung Steuererhöhungen für diese Unternehmen beschließt, und ebenso viele (66%) würden eine größere staatliche Regulierung dieser Unternehmen befürworten.

5.1 Arbeitnehmer*innen haben ein Recht auf Unterrichtung

Haben Arbeitnehmer*innen das Recht, zu erfahren, wie ihr Arbeitgeber gedenkt, Arbeitsplätze klimasicher zu machen?

*“Arbeitnehmer*innen haben ein Recht auf Unterrichtung.”*

Mehr als drei Viertel der Menschen weltweit (79%) glauben, dass die Arbeitnehmer*innen das Recht haben sollten, zu erfahren, welche Maßnahmen ihr Arbeitgeber plant, um Jobs und Arbeitsplätze klimasicher zu machen. Lediglich 7% sind der Ansicht, dass sie kein Recht auf Unterrichtung haben sollten, und 15% haben keine Meinung dazu.

*“In allen Ländern befürworten die Menschen das Recht der Arbeitnehmer*innen auf Unterrichtung.”*

Die Befürwortung dieses Rechtes ist in den einzelnen Ländern ganz unterschiedlich, aber selbst dort, wo die wenigsten Menschen dafür sind, ist die große Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, dass Arbeitnehmer*innen das Recht auf Unterrichtung haben. Zu den Ländern, in denen die überwältigende Mehrheit der Befragten dieses Recht befürwortet, gehören Chile (93%), Südafrika (89%), Argentinien (88%), Bulgarien (88%) und China (87%).

Sollten Arbeitnehmer*innen das Recht haben, zu erfahren, was ihr Unternehmen tut, um Arbeitsplätze klimasicher zu machen?

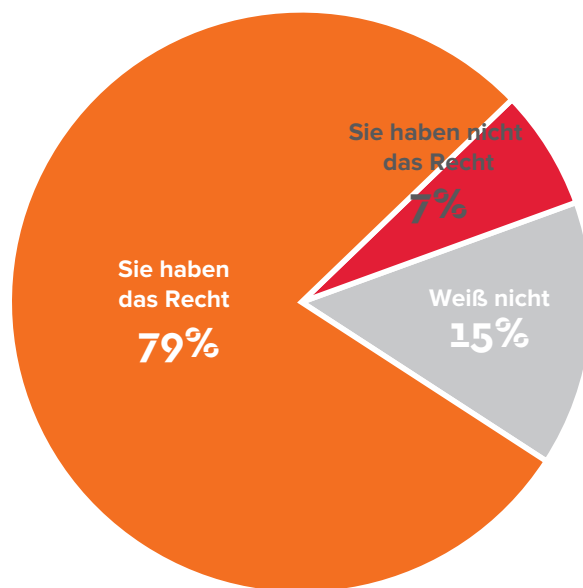
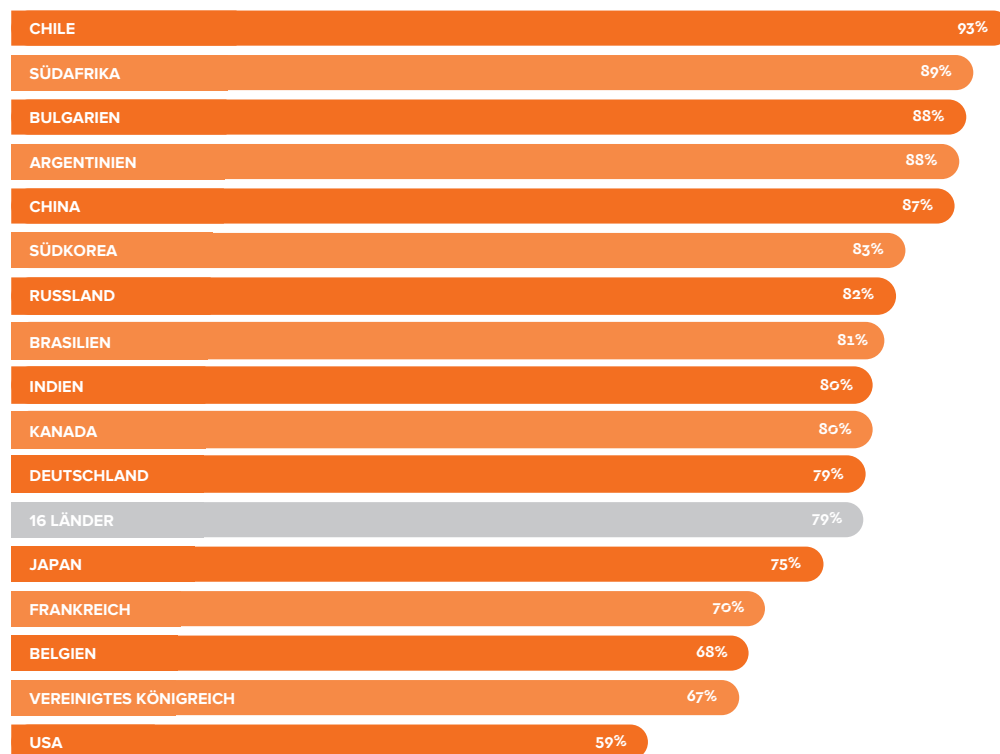


Abb. 27 Frage 10 Haben Angestellte Ihrer Meinung nach das Recht, zu wissen, welche Maßnahmen ihr Arbeitgeber plant, um Arbeitsplätze klimafreundlich zu gestalten? Anm. N=18281.

Sollten Arbeitnehmer*innen das Recht haben, zu erfahren, was ihr Unternehmen tut, um Arbeitsplätze klimasicher zu machen? Ländervergleich



Zielgruppenspezifische Ergebnisse

Die Befürwortung des Rechtes der Beschäftigten auf Unterrichtung ist über alle Altersgruppen hinweg durchweg hoch: **79%** der unter 40-Jährigen und **78%** der über 40-Jährigen (einschließlich **78%** der über 65-Jährigen) sind dafür. Männer (**77%**) und Frauen (**80%**) sind sich in dieser Frage ebenfalls nahezu einig.

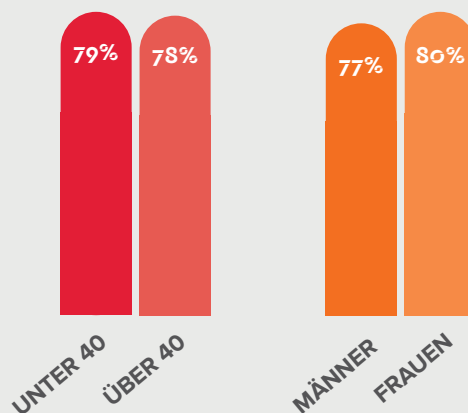


Abb. 28 Frage 10 Haben Angestellte Ihrer Meinung nach das Recht, zu wissen, welche Maßnahmen ihr Arbeitgeber plant, um Arbeitsplätze klimafreundlich zu gestalten? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von der größten bis zur geringsten Zustimmung zu 'Sie haben das Recht'.

5.2 Große Technologieunternehmen gefährden die Privatsphäre

Haben Technologieunternehmen einen positiven oder negativen Einfluss auf unser Leben?

Die Befragten sollten angeben, ob große internationale Technologieunternehmen in den letzten drei Jahren ihrer Meinung nach einen positiven oder negativen Einfluss auf die Menschen und die Gesellschaft gehabt haben.

“Ein erheblicher Prozentsatz der Befragten ist sich des negativen Einflusses bewusst, den diese Unternehmen auf die Sicherheit, die Beschäftigten, die Wirtschaft und die Gesellschaft haben könnten.”

Insgesamt sind fast drei Viertel der Menschen (73%) der Meinung, dass große internationale Technologieunternehmen einen positiven Einfluss haben, wenn es um Erleichterungen im Alltag geht. Viele Menschen sehen aber auch die negativen Folgen.

Obwohl die Befragten bis auf einen Themenbereich eher glauben, dass internationale Technologieunternehmen einen positiven Einfluss ausüben, sind zahlreiche Menschen auch der gegenteiligen Ansicht.

Fast eine von drei befragten Personen (30%) glaubt, dass internationale Technologieunternehmen einen negativen Einfluss auf arbeitende Menschen haben, und annähernd ein Drittel (32%) meint, dass sie einen negativen Einfluss auf unsere Gesellschaft haben.

Ein Fünftel der Befragten (21%) ist der Ansicht, dass Technologieunternehmen einen negativen Einfluss auf Menschen wie sie haben, und mehr als ein Viertel (29%) glauben, dass sie einen negativen Einfluss auf die Wirtschaft ihres Landes ausüben.

Die größte Sorge bereitet den Menschen der Schutz ihrer personenbezogenen Daten im Internet, wobei fast die Hälfte (47%) von ihnen glaubt, dass internationale Technologieunternehmen einen negativen Einfluss auf diesen Aspekt ihres Lebens haben. Knapp jede sechste befragte Person (16%) glaubt, dass diese Unternehmen den Schutz ihrer personenbezogenen Daten negativ beeinflussen.

Darüber hinaus befürchtet eine von fünf befragten Personen (22%), dass große internationale Technologieunternehmen einen negativen Einfluss auf die Sicherheit von Produkten, die sie online einkaufen, haben könnten.

*“Viele Umfrageteilnehmer*innen wissen nicht, wie sie den Einfluss dieser Unternehmen einschätzen sollen, was die Bedenken in der Gesellschaft unterstreicht.”*

Über alle in dieser Frage angesprochenen Themenbereiche hinweg hat etwas weniger als ein Fünftel der Befragten (18%) mit ‘Weiß nicht’ geantwortet, wesentlich mehr als bei den meisten anderen in dieser Umfrage gestellten Fragen.

Fasst man die Antworten mit ‘Weiß nicht’ und ‘Negativer Einfluss’ zusammen, so wird deutlich, dass im Durchschnitt etwas weniger als die Hälfte der Befragten (46%) nicht glaubt oder nicht überzeugt ist, dass diese Unternehmen einen positiven Einfluss auf die genannten Themenbereiche haben.

Beispielsweise sind 52% der Menschen nicht sicher oder glauben, dass diese Unternehmen einen negativen Einfluss auf arbeitende Menschen haben. Das bedeutet, dass jede/r Zweite gegenwärtig nicht glaubt, dass diese Technologieunternehmen einen positiven Einfluss auf arbeitende Menschen haben. Dasselbe gilt für ihren Einfluss auf die Wirtschaft des jeweiligen Landes (51% negativ oder unsicher) bzw. auf ihre Gesellschaft (47% negativ oder unsicher).

Haben große Technologieunternehmen einen positiven oder negativen Einfluss ausgeübt?

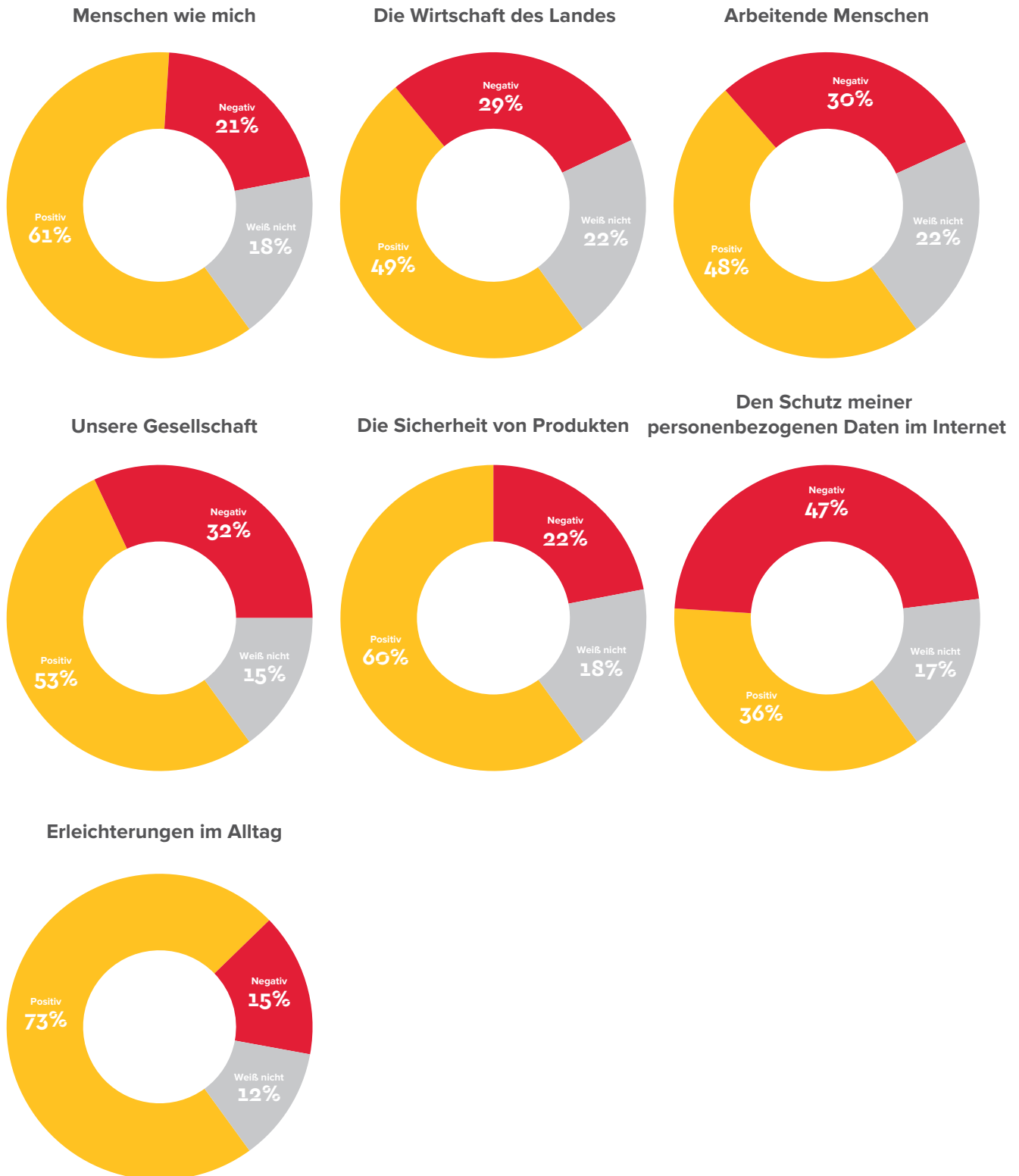


Abb. 29 Frage 17 Haben große internationale Technologieunternehmen (z. B. Amazon, Facebook, Google usw.) Ihrer Meinung nach in den letzten 3 Jahren allgemein einen positiven oder negativen Einfluss auf jede der folgenden Personengruppen bzw. jeden der folgenden Bereiche ausgeübt? Anm. N=18281.

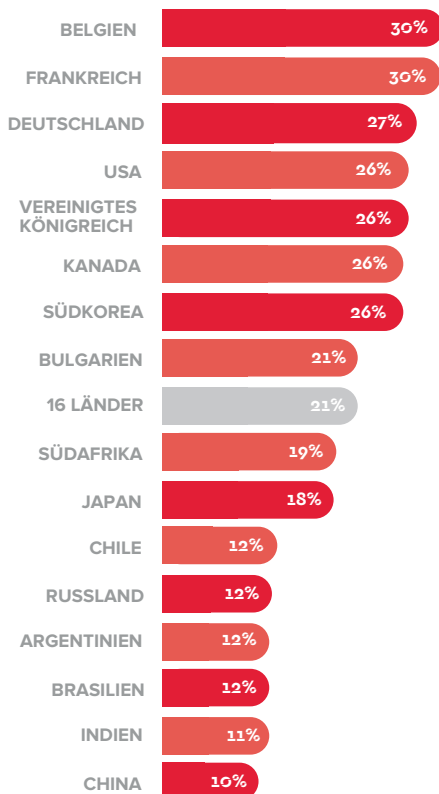
“Es besteht ein erheblicher Meinungsunterschied zwischen den Menschen in Europa und in den BRICS-Staaten, wenn es um den Einfluss internationaler Technologieunternehmen geht.”

Am meisten besorgt über den negativen Einfluss von Technologieriesen sind die Menschen in Europa, u.a. in Frankreich (im Durchschnitt glauben 41% bezüglich aller genannten Themenbereiche an einen negativen Einfluss), Belgien (38%), dem Vereinigten Königreich (36%) und Deutschland (36%).

Am wenigsten besorgt sind die Menschen in den größeren BRICS-Staaten, darunter China (im Durchschnitt glauben 13% bezüglich aller genannten Themenbereiche an einen negativen Einfluss), Brasilien (16%), Indien (18%) und Russland (18%).

Haben große Technologieunternehmen einen positiven oder negativen Einfluss ausgeübt? Ländervergleich

Menschen wie mich (30a)



Die Wirtschaft des Landes (30b)

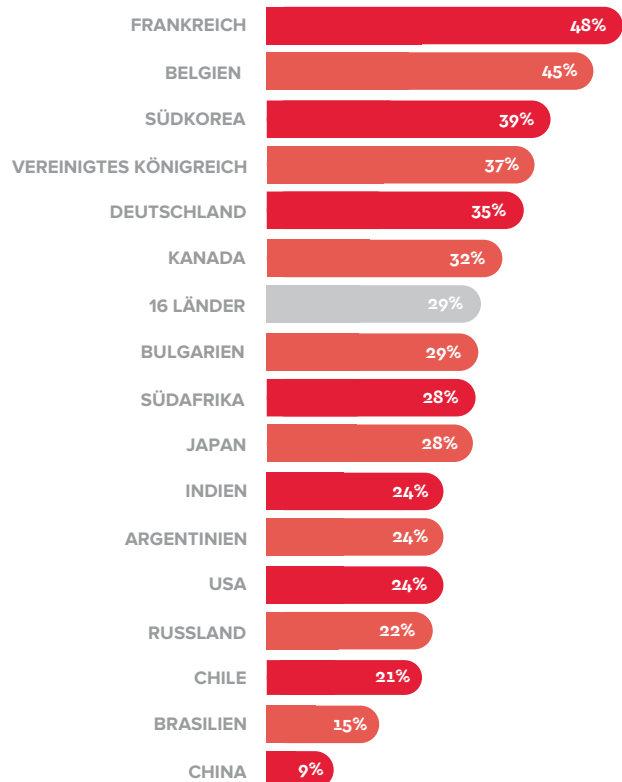
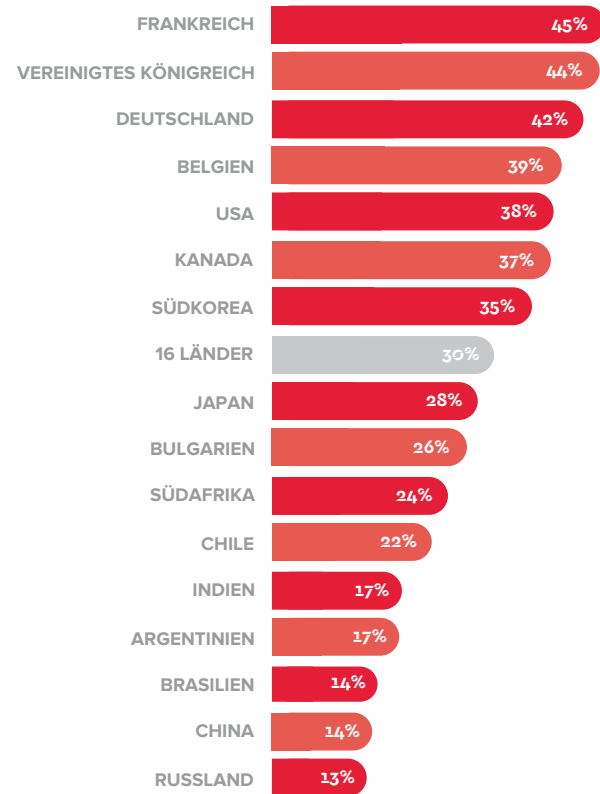
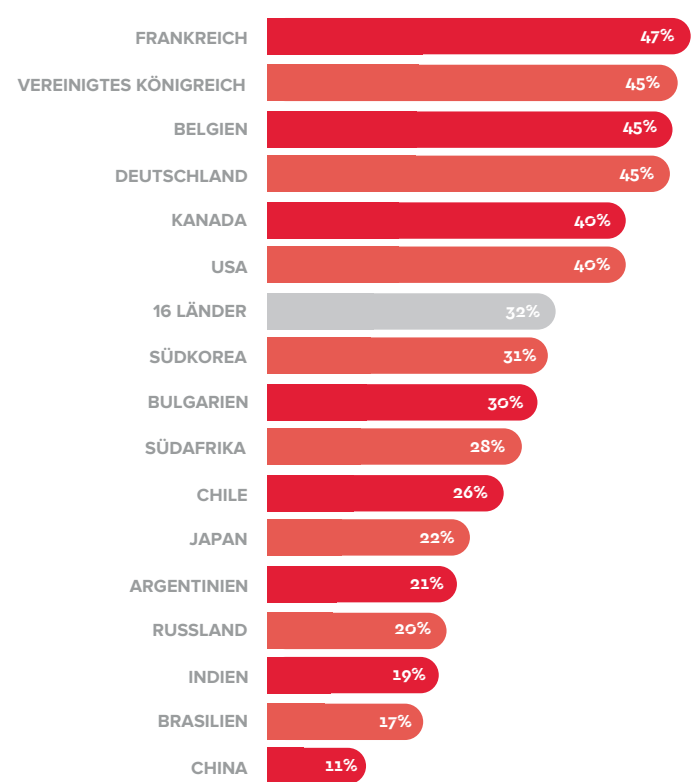


Abb. 30a-b Frage 17 Haben große internationale Technologieunternehmen (z. B. Amazon, Facebook, Google usw.) Ihrer Meinung nach in den letzten 3 Jahren allgemein einen positiven oder negativen Einfluss auf jede der folgenden Personengruppen bzw. jeden der folgenden Bereiche ausgeübt? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von den meisten bis zu den wenigsten Antworten mit 'negativer Einfluss'.

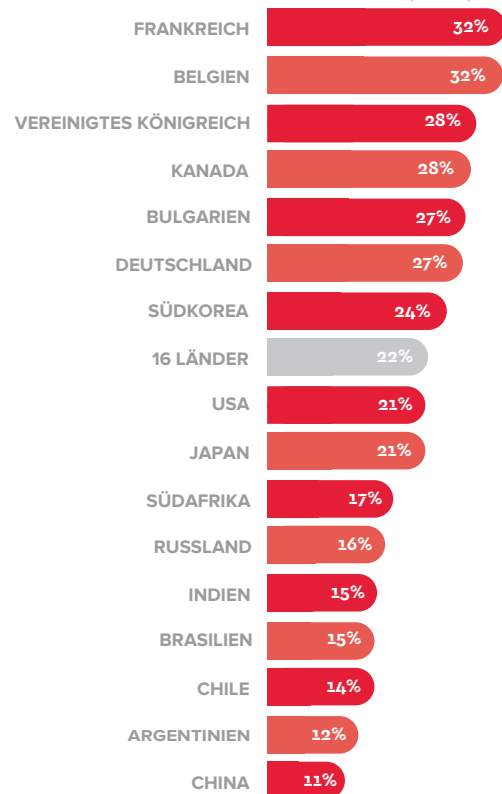
Arbeitende Menschen (30c)



Unsere Gesellschaft (30d)



Die Sicherheit von Produkten (30e)



Den Schutz meiner personenbezogenen Daten im Internet (30f)

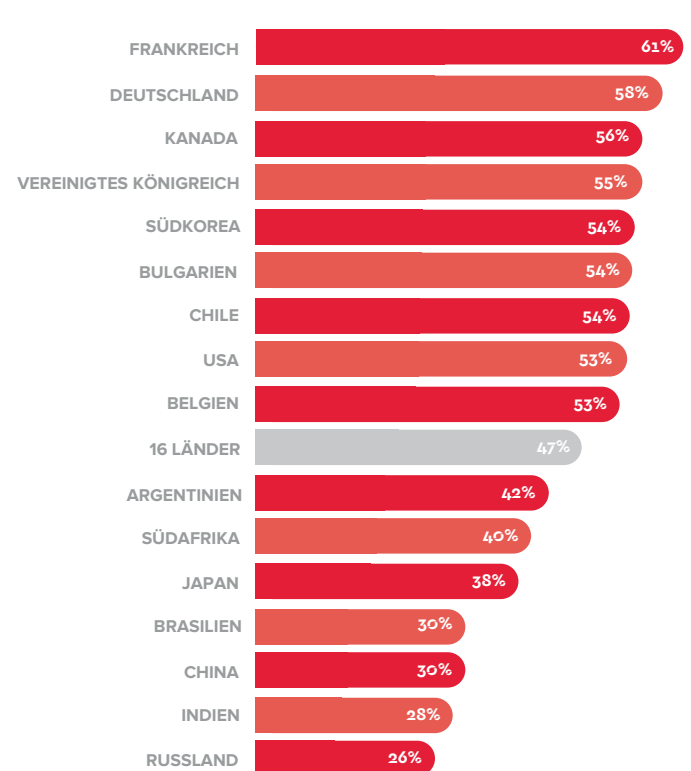
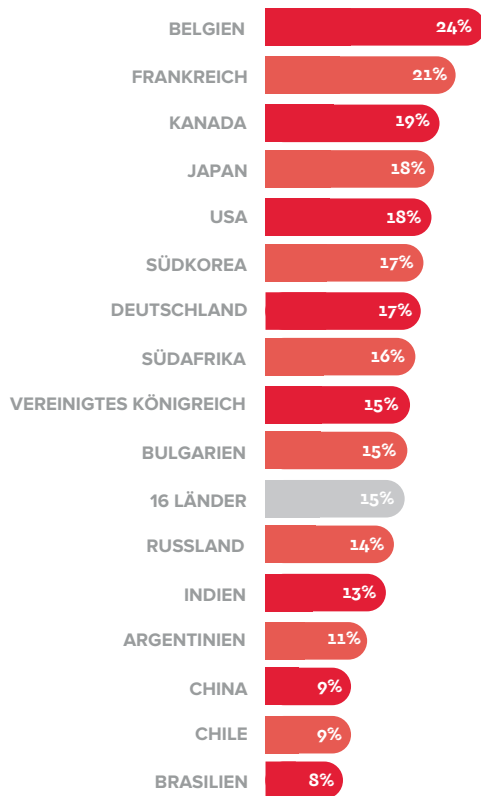
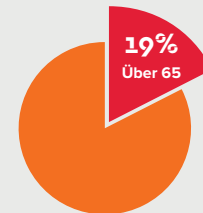


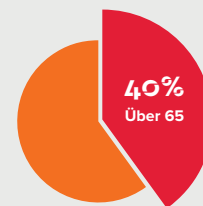
Abb. 30c-f Frage 17 Haben große internationale Technologieunternehmen (z. B. Amazon, Facebook, Google usw.) Ihrer Meinung nach in den letzten 3 Jahren allgemein einen positiven oder negativen Einfluss auf jede der folgenden Personengruppen bzw. jeden der folgenden Bereiche ausgeübt? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von den meisten bis zu den wenigsten Antworten mit 'negativer Einfluss'.

Erleichterungen im Alltag (30g)**Zielgruppenspezifische Ergebnisse**

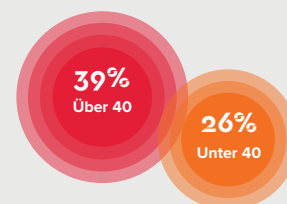
“Ältere Menschen machen sich größere Sorgen über den Einfluss internationaler Technologieunternehmen auf sie selbst und andere.”



Obwohl die Mehrheit der Befragten ungeachtet des Alters der Ansicht ist, dass große internationale Technologieunternehmen einen positiven Einfluss haben, wenn es um Erleichterungen im Alltag geht (75% der unter 40-Jährigen und 71% der über 40-Jährigen), neigen sie mit zunehmendem Alter eher zu der Ansicht, dass sie einen negativen Einfluss ausüben. Vor allem diejenigen über 65 vertreten eher diese Meinung (19% negativ).



Während 18% der unter 40-Jährigen der Meinung sind, dass diese Unternehmen einen negativen Einfluss auf Menschen wie sie haben, steigt dieser Anteil auf 26% (d.h. mehr als ein Viertel) im Falle der über 65-Jährigen. 35% der Befragten über 65 glauben, dass große Technologieunternehmen einen negativen Einfluss auf die Wirtschaft ihres Landes gehabt haben (gegenüber 25% der unter 40-Jährigen), und 40% meinen, dass sie einen negativen Einfluss auf unsere Gesellschaft gehabt haben (gegenüber 29% der unter 40-Jährigen).



Diese älteren Befragten sind sich auch des negativen Einflusses bewusst, den große internationale Technologieunternehmen auf arbeitende Menschen haben könnten, wobei 39% angeben, dass diese Unternehmen ihres Erachtens einen negativen Einfluss auf Arbeitnehmer*innen gehabt haben (gegenüber 26% der unter 40-Jährigen).

5.3 Regulierung großer Technologieunternehmen

Sollten internationale Technologieunternehmen reguliert werden?

Die Befragten sollten angeben, ob sie die aufgelisteten staatlichen Maßnahmen bezüglich internationaler Technologieunternehmen befürworten oder ablehnen würden.

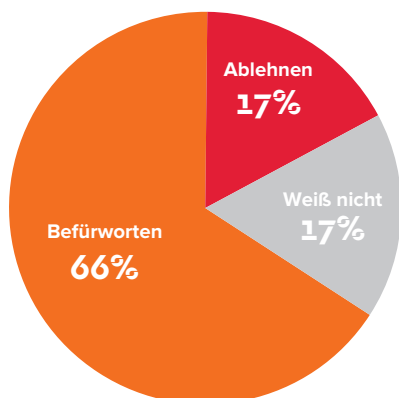
“Die Menschen wollen, dass die Regierungen etwas tun.”

Knapp zwei Drittel der Befragten in den Ländern, in denen diese Umfrage durchgeführt wurde, wollen, dass ihre Regierung mit Blick auf internationale Technologieunternehmen Maßnahmen in zwei zentralen Bereichen ergreift: 66%, d.h. zwei von drei Befragten, befürworten Steuererhöhungen für internationale Technologieunternehmen, und ebenso viele (66%) sind für eine stärkere Regulierung internationaler Technologieunternehmen.

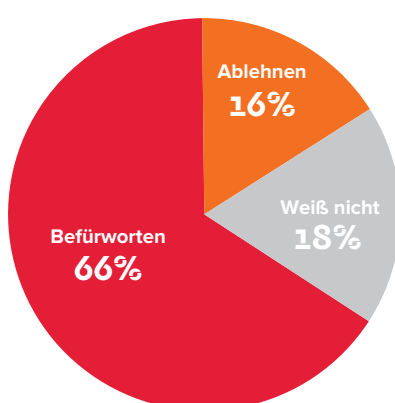
Obwohl dies eine radikalere Option wäre, würde es eine von drei befragten Personen (37%) befürworten, wenn ihre Regierung internationale Technologieunternehmen in kleinere Unternehmen aufteilen würde. Fast genauso viele Befragte (33%) sind sich bezüglich dieser Maßnahme nicht sicher, und 30% lehnen sie ab.

Würden Sie Steuererhöhungen und eine stärkere Regulierung großer internationaler Technologieunternehmen befürworten?

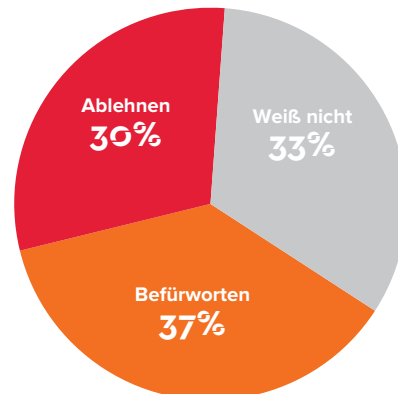
Steuererhöhungen für internationale Technologieunternehmen



Strengere Regulierung internationaler Technologieunternehmen



Aufteilung internationaler Technologieunternehmen in kleinere Unternehmen



“Die große Mehrheit der Befragten in allen in dieser Umfrage erfassten Ländern befürwortet Steuererhöhungen und eine stärkere Regulierung internationaler Technologieunternehmen.”

Obwohl diese Maßnahmen in allen Ländern mehrheitlich befürwortet werden, ist die Unterstützung in einigen Ländern größer und in anderen geringer.

Die Länder, in denen die Befragten Steuererhöhungen eher befürworten, sind u.a. das Vereinigte Königreich (82%), Kanada (75%), China (74%) und Frankreich (71%). Zu denjenigen Ländern, in denen diese Maßnahme weniger Anklang findet, gehören Brasilien (54%), Südkorea (58%), die USA und Argentinien (beide 59%).

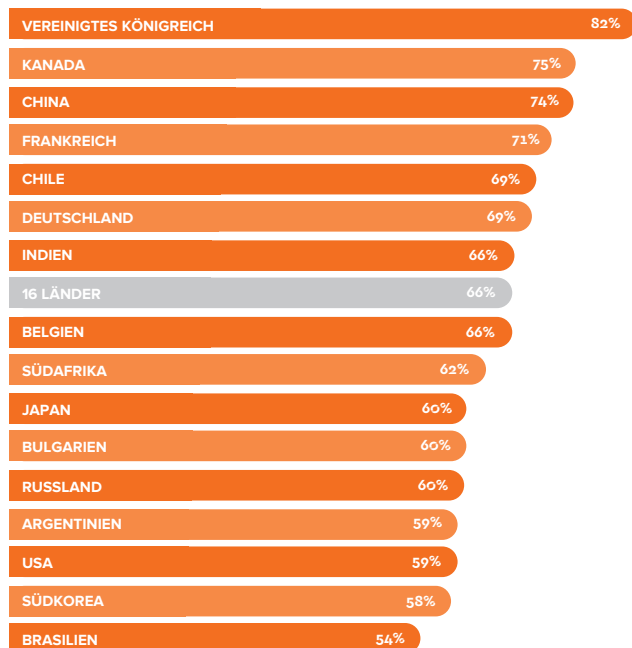
Die Länder, in denen die Befragten eine stärkere Regulierung eher befürworten, sind u.a. China (85%), Chile (75%), das Vereinigte Königreich und Frankreich (beide 72%). Zu denjenigen Ländern, in denen diese Maßnahme weniger Anklang findet, gehören Südkorea (43%), die USA (52%), Japan (57%) und Belgien (59%).

“Größere Befürwortung einer Aufteilung internationaler Technologieunternehmen in kleinere Unternehmen in Chile und Indien.”

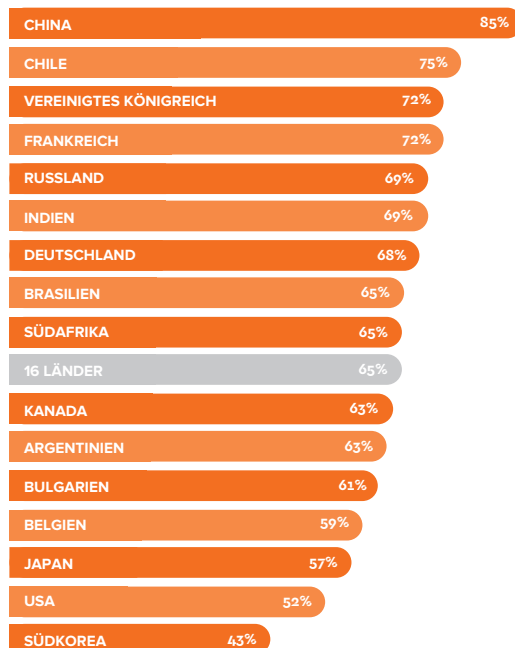
Mit genau bzw. etwas weniger als der Hälfte sind die Befragten in Indien (50%) und Chile (47%) eher geneigt, diese Maßnahme zu befürworten.

Würden Sie Steuererhöhungen und eine stärkere Regulierung großer internationaler Technologieunternehmen befürworten? Ländervergleich

Steuererhöhungen für internationale Technologieunternehmen (32a)



Strengere Regulierung internationaler Technologieunternehmen (32b)



Im Einklang mit ihrer größeren Besorgnis über den negativen Einfluss internationaler Technologieunternehmen tendieren die über 65-Jährigen eher dazu, zwei der Maßnahmen zu befürworten:

- 78% befürworten Steuererhöhungen für internationale Technologieunternehmen
- 73% befürworten eine strengere Regulierung internationaler Technologieunternehmen

Aufteilung internationaler Technologieunternehmen in kleinere Unternehmen (32c)

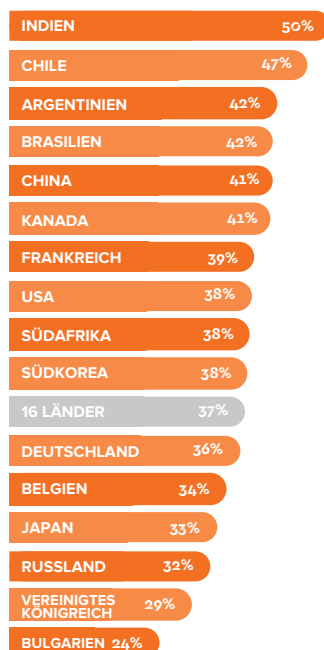


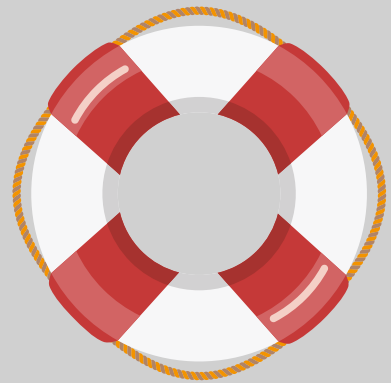
Abb. 32a-c Frage 18 Würden Sie die folgenden Regierungsmaßnahmen in Bezug auf große internationale Technologieunternehmen (z. B. Amazon, Facebook, Google usw.) befürworten oder ablehnen? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von den meisten bis zu den wenigsten Antworten mit 'befürworten'.

A grayscale photograph of two workers in safety gear standing next to a large industrial wheel. The worker on the left is wearing a dark cap and safety glasses, while the worker on the right is wearing a white hard hat and a face mask. They are both wearing high-visibility safety vests and pants. The background is dark and industrial.

6.6 Schlüsselergebnisse:

Arbeitsgesetze und Sozialschutz

Gewerkschaften und die Gesetze, die sie schützen, sind nach wie vor wichtig



In einer Zeit großer wirtschaftlicher Unsicherheit werden sich die Menschen überall auf der Welt bewusst, wie wichtig Gewerkschaften und die Arbeitsgesetze und soziale Absicherung sind, für deren Schutz sie kämpfen.

Weltweit sind zwei von drei befragten Personen (68%) der Ansicht, dass Gewerkschaften eine wichtige Rolle in der Gesellschaft zukommt. Dieser Meinung ist die Mehrheit der Menschen in jedem einzelnen Land, das in der Umfrage erfasst wurde. Mindestens 65% der Befragten in jeder analysierten Region und Gruppierung ist ebenfalls dieser Ansicht: BRICS (75%), Asien (69%), Europa (68%), G20 (67%) und Gesamtamerika (65%).

Früher wie heute werden Arbeitsgesetze zum Schutz erwerbstätiger Menschen weltweit befürwortet. Insbesondere sind die Menschen für Gesetze zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (92%), zum Schutz ihres Rechtes auf Tarifverhandlungen (85%) und zur Gewährleistung eines akzeptablen Mindestlohns (88%). Die Befragten sind mit überwältigender Mehrheit für Gesetze, die den Beschäftigten das Recht auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft (81%) und auf das Streikrecht (71%) verleihen. Jedes dieser Gesetze wird von der Mehrheit der Menschen in jedem der in dieser Umfrage erfassten Land befürwortet.

Diese Gesetze werden von allen Altersgruppen sowie von Männern und Frauen gleichermaßen befürwortet.

Neben Arbeitnehmerrechten befürworten die Menschen überall auf der Welt das Mindestmaß an Sozialschutz, für das die Gewerkschaften kämpfen: Mindestens 84% der Menschen sind für einen erschwinglichen Zugang zu Bildungsangeboten (90%) und zu medizinischer Versorgung (91%), für eine angemessene Altersversorgung (91%), bezahlten Mutterschaftsurlaub (87%) und Leistungen bei Arbeitslosigkeit (84%).

6.1 Öffentliche Unterstützung für Arbeitsgesetze und das Streikrecht

Sind Sie für oder gegen Arbeitsgesetze und das Streikrecht?

“Weltweite Befürwortung von Arbeitsgesetzen.”

Wenigstens sieben von zehn Befragten befürworten die in dieser Umfrage aufgelisteten Arbeitsgesetze. Im Durchschnitt sind 84% der Menschen dafür.

Nahezu durchweg befürwortet werden ‘Gesetze zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz’ (92% dafür) und ‘Gesetze zur Festlegung eines akzeptablen Mindestlohns’ (88%).

Große Unterstützung findet sich zudem für ‘Gesetze, die Beschäftigten das Recht auf Tarifverhandlungen verleihen, damit sich diese für gerechtere Löhne/ Gehälter und Arbeitsbedingungen zusammenschließen können’ (85%), und fast genauso viele befürworten ‘Gesetze, die Beschäftigten das Recht auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft verleihen’ (81%).

‘Gesetze zum Schutz des Streikrechts’ werden von nahezu drei Vierteln der Befragten (71%) befürwortet.

Sind Sie für oder gegen Arbeitsgesetze und das Streikrecht?

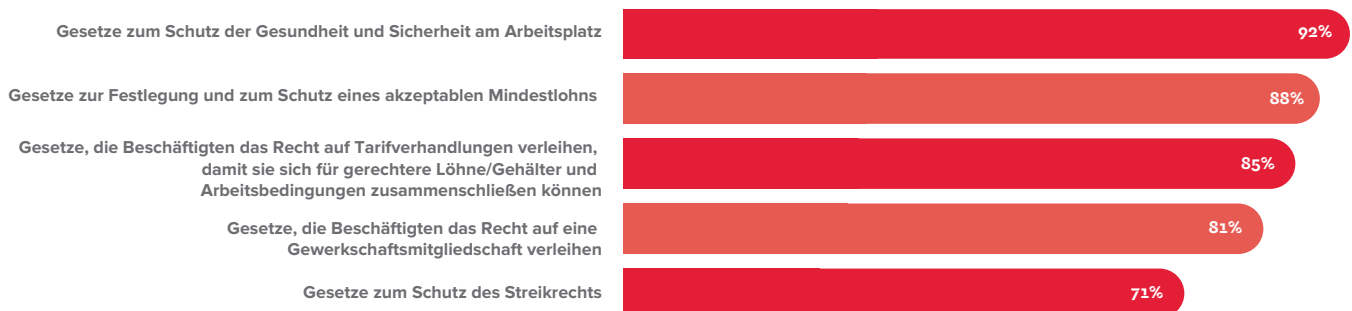


Abb. 33 Frage 5 Sind Sie in Bezug auf die folgenden Gesetze jeweils voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen? Anm. N=21346. Diese Frage wurde in China nicht gestellt, sondern stattdessen in Mexiko (N=1008), Ägypten (N=1053) und Indonesien (N=2034).

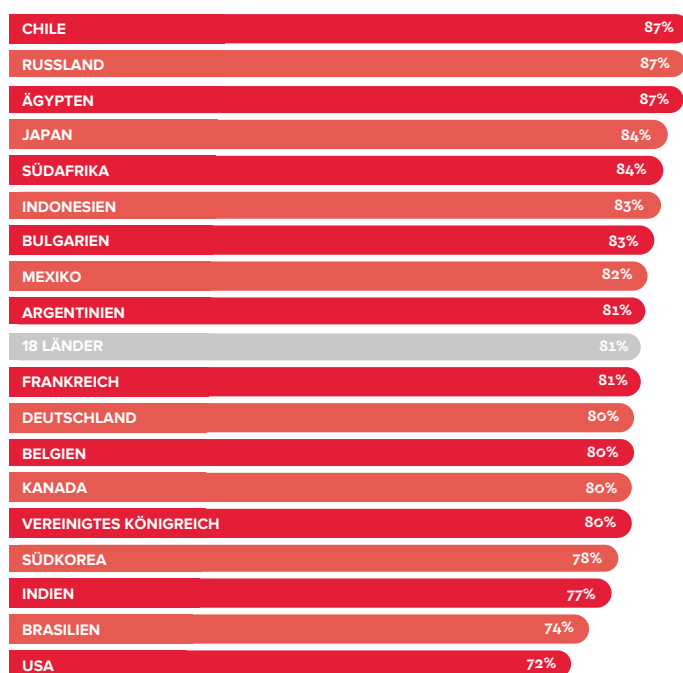
“Die Mehrheit der Befragten in allen Ländern befürwortet jedes der genannten Arbeitsgesetze.”

Die Mehrheit der Menschen in allen 18 Ländern, in denen diese Frage gestellt wurde, befürwortet jedes der genannten Gesetze. Die geringste Zustimmung findet das ‘Streikrecht’, das nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten (51%) in Indonesien befürworten, gefolgt von 66% in Südafrika. Das zeigt, dass diese Gesetze generell breite Zustimmung finden. In jedem in die Umfrage einbezogenen Land befürworten mindestens:

- 72% der Menschen Gesetze, die Beschäftigten das Recht auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft verleihen
- 73% der Menschen Gesetze, die Beschäftigten das Recht auf Tarifverhandlungen verleihen, damit sich diese für gerechtere Löhne/Gehälter und Arbeitsbedingungen zusammenschließen können
- 74% der Menschen Gesetze zur Festlegung und zum Schutz eines akzeptablen Mindestlohns
- 87% der Menschen Gesetze zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz
- 51% der Menschen das Streikrecht

Sind Sie für oder gegen Arbeitsgesetze und das Streikrecht? Ländervergleich

Gesetze, die Beschäftigten das Recht auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft verleihen (34a)



Gesetze, die Beschäftigten das Recht auf Tarifverhandlungen verleihen (34b)

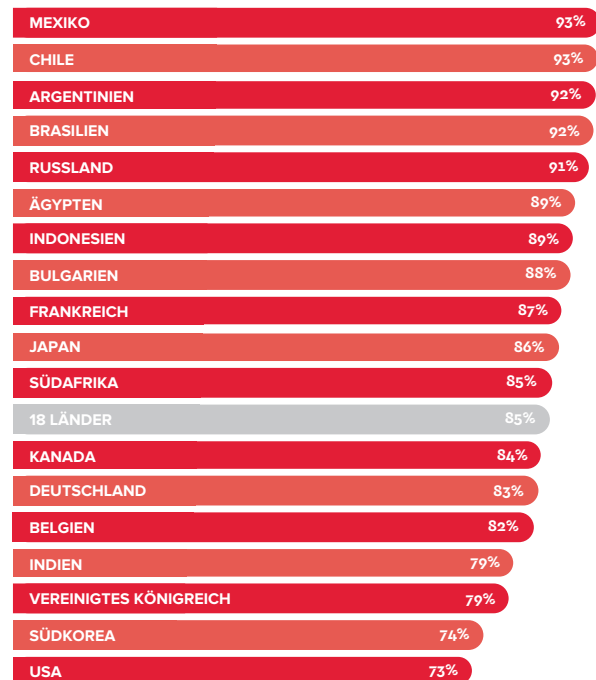


Abb. 34a-b Frage 5 Sind Sie in Bezug auf die folgenden Gesetze jeweils voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen? Anm. N=21346. Diese Frage wurde in China nicht gestellt, sondern stattdessen in Mexiko (N=1008), Ägypten (N=1053) und Indonesien (N=2034).

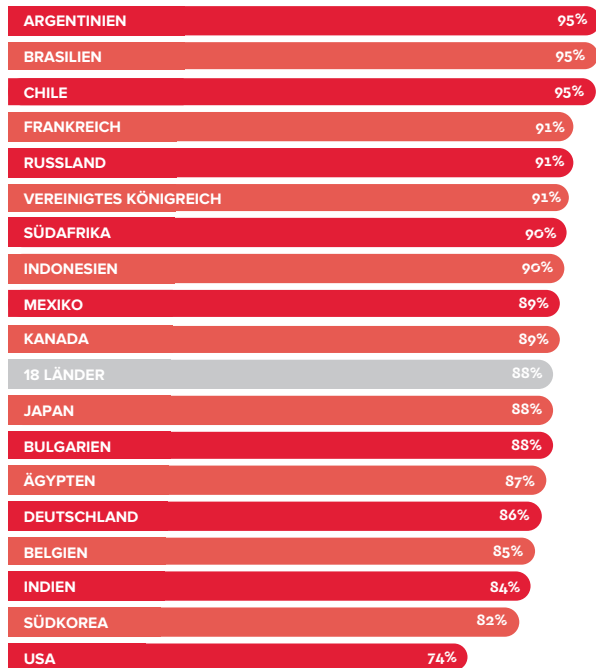
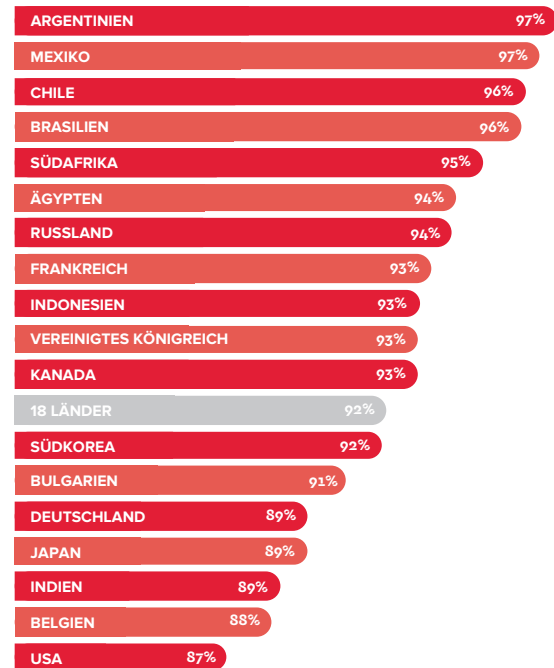
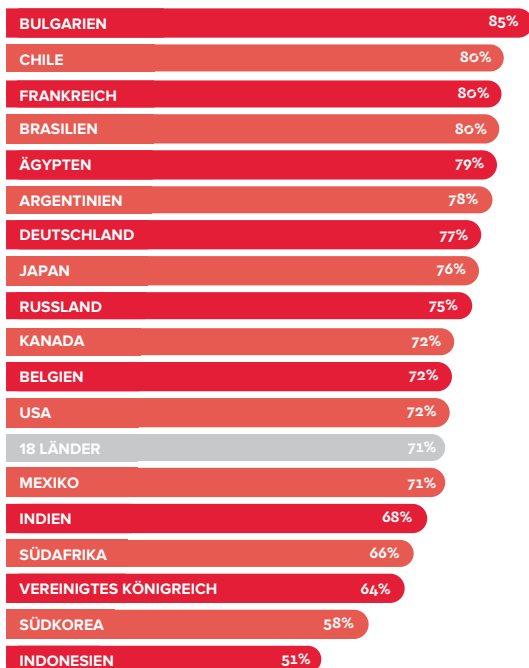
Gesetze zur Festlegung und zum Schutz eines akzeptablen Mindestlohns (34c)**Gesetze zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (34d)****Gesetze zum Schutz des Streikrechts (34e)**

Abb. 34c-e Frage 5 Sind Sie in Bezug auf die folgenden Gesetze jeweils voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen? Anm. N=21346. Diese Frage wurde in China nicht gestellt, sondern stattdessen in Mexiko (N=1008), Ägypten (N=1053) und Indonesien (N=2034).

Die durchschnittliche Befürwortung aller fünf Gesetze ist mit 84% weltweit ebenfalls groß. Dieser Wert (die durchschnittliche Zustimmung zu allen fünf Arbeitsgesetzen) ist mit mindestens 75% (USA) auch in einzelnen Ländern hoch.

Die durchschnittliche Zustimmung zu allen fünf Arbeitsgesetzen in jedem Land geht aus der nachstehenden Abbildung hervor:

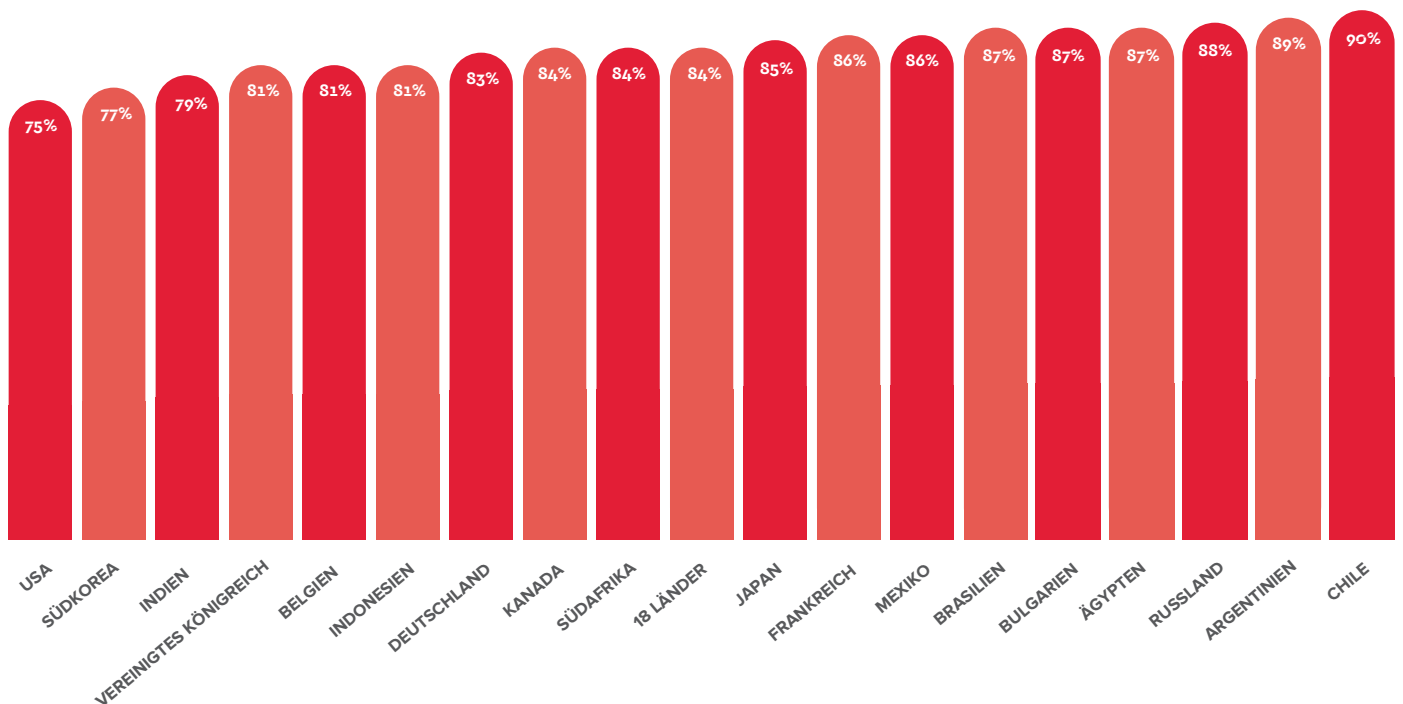


Abb. 35 Frage 5 Sind Sie in Bezug auf die folgenden Gesetze jeweils voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen? Anm. N=21346. Diese Frage wurde in China nicht gestellt, sondern stattdessen in Mexiko (N=1008), Ägypten (N=1053) und Indonesien (N=2034).

6.2 Sozialschutz ist unerlässlich

Sollten die Regierungen für Bildungsangebote, eine Altersversorgung, medizinische Versorgung, Mutterschaftsurlaub und Leistungen bei Arbeitslosigkeit sorgen?

“Eine überwältigende Mehrheit ist dafür, dass die Regierungen für ein Mindestmaß an Sozialschutz sorgen.”

Weltweit sind die Menschen durchgängig der festen Überzeugung, dass die Regierungen für soziale Schutzmaßnahmen sorgen sollten. In allen fünf genannten Bereichen (Leistungen bei Arbeitslosigkeit, angemessene

Altersversorgung, medizinische Versorgung und Bildungsangebote sowie Unterstützung für bezahlten Mutterschaftsurlaub) sind mindestens 84% und durchschnittlich 89%, d.h. fast neun von zehn Befragten, für staatliche Unterstützung.

Zwischen den einzelnen Bereichen gibt es mit Blick auf die hohen Zustimmungswerte kaum Unterschiede, wenn es um Unterstützung seitens der Regierung geht:

- 91% für erschwinglichen Zugang zu medizinischer Versorgung
- 91% für eine angemessene Altersversorgung
- 90% für erschwinglichen Zugang zu Bildungsangeboten
- 87% für Unterstützung für bezahlten Mutterschaftsurlaub
- 84% für Leistungen bei Arbeitslosigkeit

Sollten die Regierungen für Bildungsangebote, eine Altersversorgung, medizinische Versorgung, Mutterschaftsurlaub und Leistungen bei Arbeitslosigkeit sorgen?

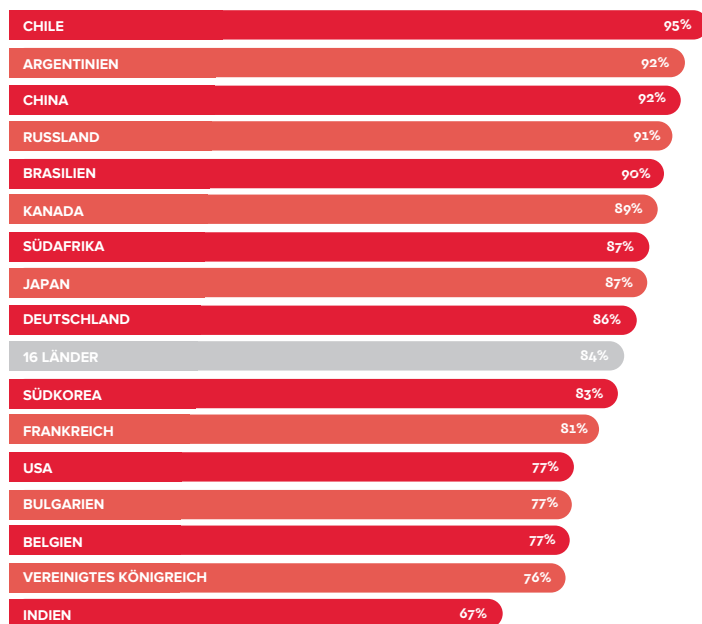


“Weltweite Befürwortung.”

In allen 16 Ländern, die in diese Umfrage einbezogen wurden, ist die Mehrheit der Menschen für staatliche Leistungen in allen genannten Bereichen (mindestens 76% für bezahlten Mutterschaftsurlaub in den USA).

Sollten die Regierungen für Bildungsangebote, eine Altersversorgung, medizinische Versorgung, Mutterschaftsurlaub und Leistungen bei Arbeitslosigkeit sorgen? Ländervergleich

Leistungen bei Arbeitslosigkeit (37a)



Angemessene Altersversorgung (37b)

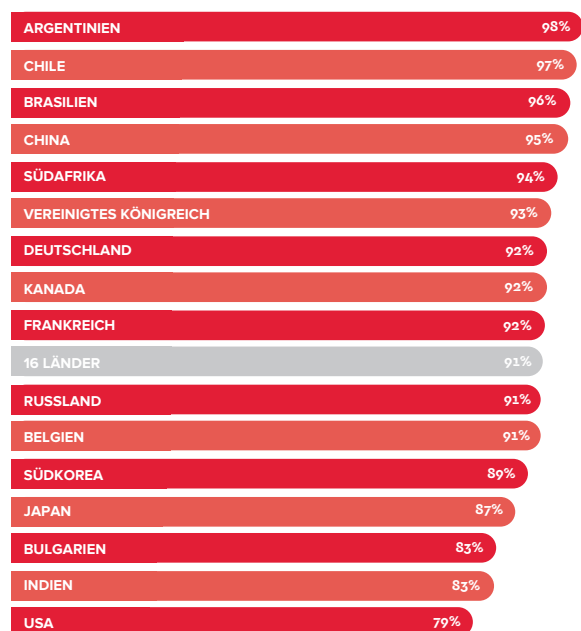


Abb. 37a-b Frage 7 Wären Sie voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen, dass die Regierung an der Bereitstellung folgender Leistungen arbeitet? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von den meisten bis zu den wenigsten Antworten mit 'dafür'.

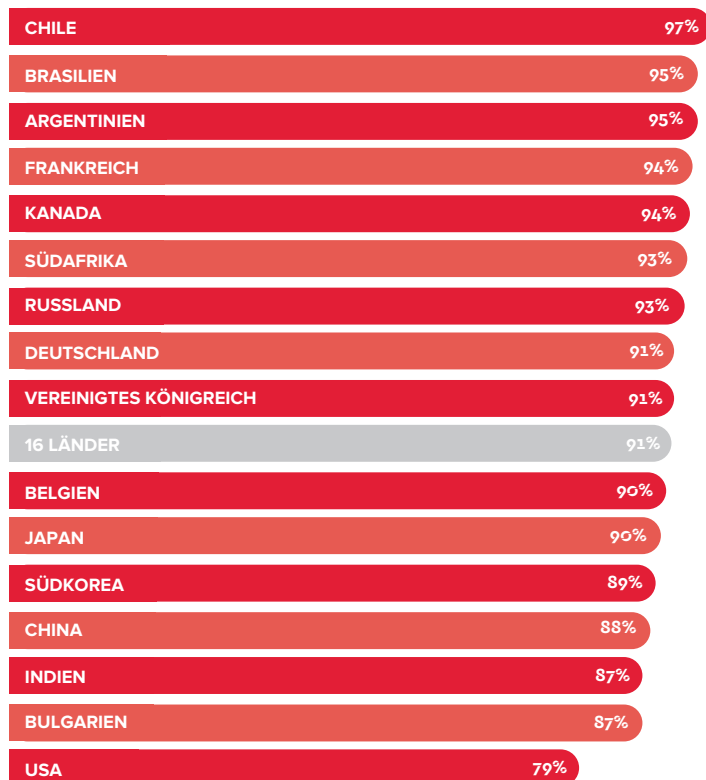
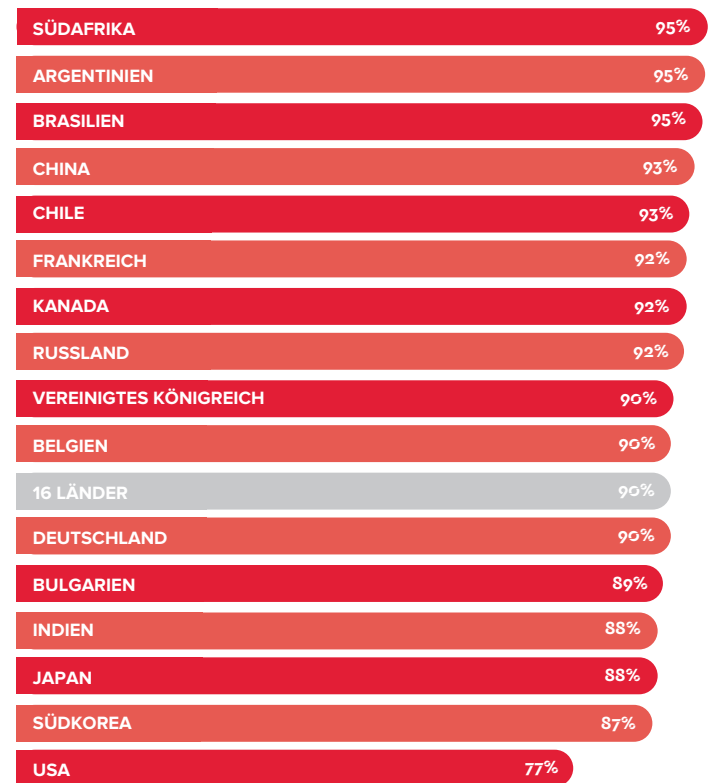
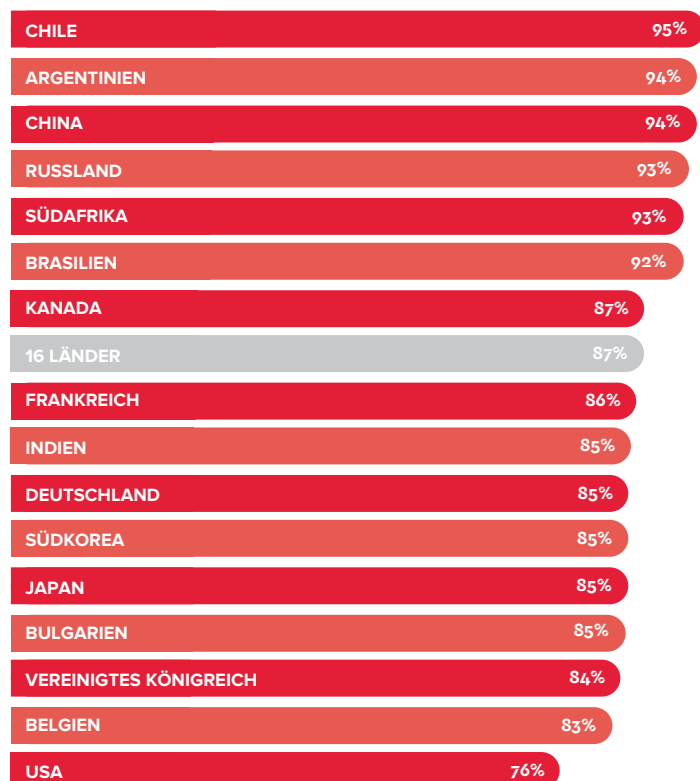
Erschwinglicher Zugang zu medizinischer Versorgung (37c)**Erschwinglicher Zugang zu Bildungsangeboten (37d)****Unterstützung für bezahlten Mutterschaftsurlaub (37e)**

Abb. 37c-e Frage 7 Wären Sie voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen, dass die Regierung an der Bereitstellung folgender Leistungen arbeitet? Anm. N=18281. N ist etwa 1.000 für jedes einzelne Land, mit Ausnahme Deutschlands (N=2222), des Vereinigten Königreichs (N=1605) und der USA (N=1292). Nennung der Länder in der Reihenfolge von den meisten bis zu den wenigsten Antworten mit 'dafür'.

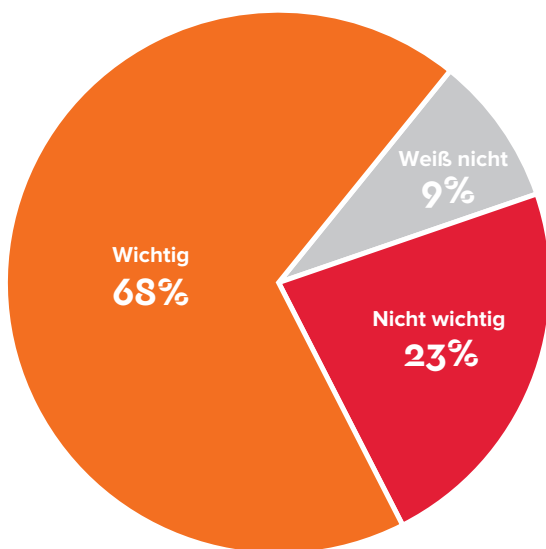
6.3 Die Verantwortung von Gewerkschaften: Drei Viertel der Menschen sind für Gewerkschaften

Sollten Gewerkschaften eine aktive Rolle in der Gesellschaft spielen?

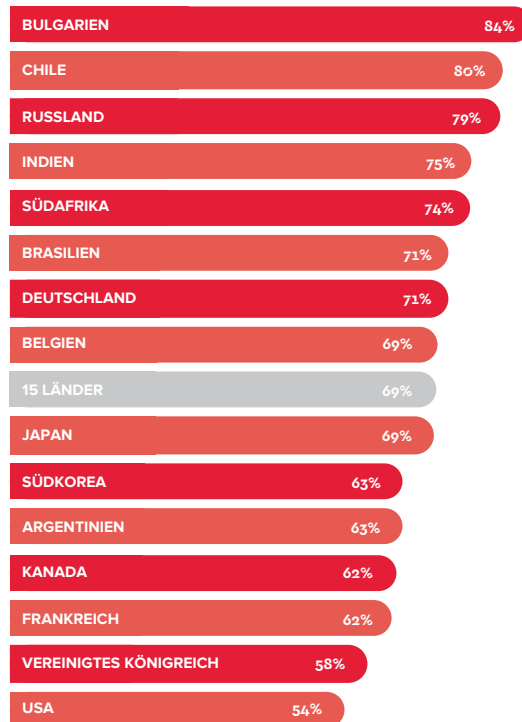
“Die meisten Menschen sind der Meinung, dass Gewerkschaften eine wichtige Rolle zukommt.”

Mehr als zwei Drittel der Befragten (68%) glauben, dass Gewerkschaften eine wichtige Rolle in der Gesellschaft zukommt.

Sollten Gewerkschaften eine aktive Rolle in der Gesellschaft spielen?



In allen 15 Ländern ist die Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass Gewerkschaften eine wichtige Rolle zukommt. Zu den Ländern, in denen die Menschen am ehesten von einer wichtigen Rolle der Gewerkschaften überzeugt sind, gehören Bulgarien (84%), Chile (80%) und Russland (79%).



“Die Mehrheit sowohl der Männer als auch der Frauen, jüngerer und älterer Menschen ist der Meinung, dass Gewerkschaften eine aktive Rolle in der Gesellschaft spielen sollten.”

67% der Männer und etwas mehr Frauen (70%) glauben, dass Gewerkschaften eine aktive Rolle in der Gesellschaft spielen sollten. Desgleichen halten 69% der unter 40-Jährigen Gewerkschaften für wichtig, und 68% der über 40-Jährigen teilen diese Meinung.

“In allen Regionen der Welt sind sich die Menschen der Bedeutung von Gewerkschaften bewusst.”

Nicht nur die Mehrheit der Umfrageteilnehmer*innen in allen Ländern ist von der wichtigen Rolle von Gewerkschaften überzeugt, sondern auch mindestens 65%, d.h. fast zwei von drei Befragten, in jeder der fünf Ländergruppierungen ist dieser Meinung. Die Menschen in den BRICS-Staaten (75%) sind am ehesten der Ansicht, dass Gewerkschaften eine wichtige Rolle zukommt, während der Zustimmungswert in Gesamtamerika am niedrigsten ist (65%).

Die Ergebnisse für Asien (69%), Europa (68%) und die G20 (67%) spiegeln den weltweiten Durchschnitt wider.



Anhang: Zentrale Ergebnisse

Länderkürzel

BR	CA	CL	ZA	IN	FR	US	CN	DE	KR
Brasilien	Kanada	Chile	Südafrika	Indien	Frankreich	USA	China	Deutschland	Südkorea
UK	BE	JP	AR	RU	BG	MX	EG	ID	
Vereinigtes Königreich	Belgien	Japan	Argentinien	Russland	Bulgarien	Mexiko	Ägypten	Indonesien	

Frage 1 Wirtschaftliche Situation

Wie würden Sie die derzeitige wirtschaftliche Situation in [Land] beschreiben – ist sie sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?

	Gesamt	BR	CA	CL	ZA	IN	FR	US	CN	DE	KR	UK	BE	JP	AR	RU	BG
Sehr gut	7	10	7	5	5	15	1	24	15	8	3	2	6	3	3	3	2
Eher gut	37	34	46	25	16	42	30	36	63	60	15	44	42	20	12	32	37
Eher schlecht	35	31	30	49	33	27	46	22	18	24	47	36	39	45	51	44	32
Sehr schlecht	17	23	12	18	45	14	16	7	3	4	33	7	9	25	32	18	27
Weiß nicht	4	1	5	4	1	2	6	11	2	4	2	11	4	5	2	4	1

Frage 2 Eigene finanzielle Situation

Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre finanzielle Situation am besten?

	Gesamt	BR	CA	CL	ZA	IN	FR	US	CN	DE	KR	UK	BE	JP	AR	RU	BG
Ich habe nicht genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens, wie z. B. Wohnung, Lebensmittel und Strom	10	10	8	13	16	13	10	9	13	7	15	4	7	9	18	5	7
Ich habe genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens, aber es reicht nur knapp	37	46	40	51	48	33	39	29	27	33	40	28	36	39	52	26	45
Ich habe genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens und kann etwas Geld ansparen	42	38	40	30	28	39	44	41	50	47	36	53	46	37	26	63	44
Ich habe genügend Geld für die grundlegenden Dinge des Lebens und kann viel Geld ansparen	8	6	8	5	7	11	5	14	7	9	8	11	8	12	3	6	2
Weiß nicht	3	0	4	2	1	4	2	6	3	4	2	3	2	3	1	0	1

Frage 3 Familieneinkommen und Lebenshaltungskosten

Würden Sie sagen, dass Ihr Einkommen und das Einkommen Ihres Haushalts in den letzten zwei Jahren stärker gestiegen ist als die Lebenshaltungskosten, hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben ist oder etwa gleich viel gestiegen ist wie die Lebenshaltungskosten?

	Gesamt	BR	CA	CL	ZA	IN	FR	US	CN	DE	KR	UK	BE	JP	AR	RU	BG
Stärker gestiegen	19	19	14	18	20	26	13	24	16	12	18	14	12	34	12	40	21
Zurückgeblieben	44	50	52	52	55	33	54	34	36	47	31	43	56	26	71	15	46
Etwa gleich viel gestiegen	32	28	28	27	24	33	29	31	43	32	48	34	27	30	16	41	31
Weiß nicht	6	3	6	3	1	7	4	11	6	9	3	9	4	9	2	5	1

Frage 4 Weltweite Besorgnis

Wie besorgt sind Sie persönlich über die folgenden Themenbereiche in [Land]?

	Sehr besorgt	Eher besorgt	Ein wenig besorgt	Überhaupt nicht besorgt	Weiß nicht
Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren	37	30	22	9	3
Klimawandel	40	29	20	9	2
Unfaire Konkurrenz aufgrund billigerer ausländischer Arbeitskräfte	22	29	25	19	5
Wachsende Ungleichheit zwischen den reichsten 1 % und dem Rest der Bevölkerung	40	29	17	10	4
Schwächung oder sogar Aufhebung von Arbeitsgesetzen	29	29	22	14	7
Einschränkungen in Bezug auf das Recht, friedlich zu protestieren	23	24	24	23	6
Einkommens- und Chancenungleichheit zwischen Männern und Frauen	23	29	25	20	3
Risiko eines Atomkriegs	20	22	28	27	4
Missbrauch meiner personenbezogenen Daten im Internet	38	31	23	6	2

Frage 5 Arbeitsgesetze

Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die folgenden Gesetze, ob Sie jeweils voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen sind.

	Voll und ganz dafür	Eher dafür	Eher dagegen	Voll und ganz dagegen	Weiß nicht
Gesetze, die Arbeitern und Angestellten das Recht auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft verleihen	47	34	8	3	8
Gesetze, die Arbeitern und Angestellten das Recht auf kollektive Tarifverhandlungen verleihen, damit sich diese für gerechtere Löhne/Gehälter und Arbeitsbedingungen zusammenschließen können	53	32	6	2	6
Gesetze zur Festlegung und zum Schutz eines akzeptablen Mindestlohns für Arbeiter und Angestellte	64	24	5	2	4
Gesetze zum Schutz der Gesundheit und Arbeitssicherheit von Arbeitern und Angestellten	73	19	3	1	4
Gesetze zum Schutz des Streikrechts	35	36	14	5	9

Frage 6 Kontrolle über die Arbeit

Haben Sie das Gefühl, mehr oder weniger Kontrolle über die folgenden Bereiche Ihres Lebens zu haben als noch vor 5 Jahren, oder gibt es da keinen Unterschied?

	Mehr Kontrolle	Weniger Kontrolle	Kein Unterschied	Weiß nicht
Arbeitszeiten	25	28	37	9
Gehalt	20	35	36	9
Auswahl an anständigen Arbeitsplätzen	24	33	33	10
Onlineüberwachung meiner Person am Arbeitsplatz	22	30	39	9

Frage 7 Sozialschutz

Wären Sie voll und ganz dafür, eher dafür, eher dagegen oder voll und ganz dagegen, dass die [nationale] Regierung an der Bereitstellung folgender Leistungen für Arbeiter und Angestellte arbeitet?

	Voll und ganz dafür	Eher dafür	Eher dagegen	Voll und ganz dagegen	Weiß nicht
Leistungen bei Arbeitslosigkeit	51	33	8	3	5
Angemessene Altersversorgung	71	20	4	2	4
Erschwinglicher Zugang zu medizinischer Versorgung	70	21	4	2	3
Erschwinglicher Zugang zu Bildungsangeboten	66	24	4	2	4
Unterstützung für bezahlten Mutterschaftsurlaub	59	28	6	2	5

Frage 8 Gefühl gegenüber der Regierung

Inwieweit setzt sich die [nationale] Regierung Ihrer Ansicht nach für Folgendes ein? Welches Gefühl beschreibt Ihre Meinung über die Regierung in Bezug auf die verschiedenen Bereiche am besten?

	Zufrieden	Optimistisch	Neutral	Verzweifelt	Wütend	Weiß nicht
Die Ungleichheit zwischen den Reichen und dem Rest der Bevölkerung reduzieren	7	18	25	23	22	6
Dafür sorgen, dass der Mindestlohn für einen angemessenen Lebensstandard ausreicht	9	26	22	21	17	5
Kosten für Transportmittel	5	17	33	21	18	7
Anständige Arbeitsplätze schaffen	10	26	26	20	12	6
Die Bedürfnisse von mir und meiner Familie berücksichtigen	9	21	28	21	15	6
Einen Plan gegen die Auswirkungen des Klimawandels aufstellen	8	23	27	22	14	6

Frage 9 Globaler Aktionsplan für die Regierungen

Sollte die [nationale] Regierung Ihrer Ansicht nach in den folgenden Bereichen mehr oder weniger unternehmen?

	Mehr unternehmen	Weniger unternehmen	So viel unternehmen wie bisher	Weiß nicht
Sichergehen, dass Unternehmen einen angemessenen Anteil an Steuern bezahlen	73	7	13	7
Arbeitsplätze schaffen, indem in Senioren-, Behinderten- und Vorschulkinderbetreuung investiert wird	74	7	12	7
Sich um eine Gehaltserhöhung für Arbeiter und Angestellte bemühen	70	8	16	7
Beschäftigung und Arbeitsrechte fördern, indem der digitale Handel reguliert wird	61	9	16	13
Sichere Arbeitsplätze und Arbeiterrechte für inländische und zugewanderte Arbeitnehmer verteidigen	57	12	21	10
Die Integration von Flüchtlingen in unsere Arbeitswelt bei gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen unterstützen	37	24	24	15
Einen gerechten Übergang in eine Zukunft ohne Kohlenstoffemissionen fördern	63	10	15	11
Neue Regeln für multinationale Unternehmen einführen, um die Missstände für Arbeitnehmer in deren Lieferketten zu beenden	66	8	14	12
Mit anderen Staaten zusammenarbeiten, um Frieden, Arbeitsplätze und Menschenrechte zu fördern	64	9	19	8
Ausbildungsplätze und Programme für lebenslanges Lernen ermöglichen	69	7	16	8

Frage 10 Recht der Beschäftigten auf Unterrichtung

Haben Angestellte Ihrer Meinung nach das Recht, zu wissen, welche Maßnahmen ihr Arbeitgeber plant, um Arbeitsplätze klimafreundlich zu gestalten?

	Gesamt	BR	CA	CL	ZA	IN	FR	US	CN	DE	KR	UK	BE	JP	AR	RU	BG
Sie haben das Recht, es zu wissen	79	81	80	93	89	80	70	59	87	79	83	67	68	75	88	82	88
Sie haben nicht das Recht, es zu wissen	7	8	8	2	6	10	4	14	6	7	6	8	8	5	4	3	4
Weiß nicht	15	11	12	5	5	10	26	27	7	14	11	24	24	20	9	15	7

Frage 11 Persönliche oder direkte familiäre Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit

Sind Sie oder ist jemand in Ihrem Haushalt in den letzten zwei Jahren arbeitslos gewesen oder wurde auf Kurzarbeit gesetzt?

	Gesamt	BR	CA	CL	ZA	IN	FR	US	CN	DE	KR	UK	BE	JP	AR	RU	BG
Ja	39	57	42	67	72	47	38	33	40	17	36	25	27	13	59	47	46
Nein	55	39	53	30	26	44	56	57	52	80	54	69	66	81	37	51	53
Weiß nicht	5	4	6	4	1	9	6	10	8	4	9	6	6	6	4	2	1

Frage 12 Wird die nächste Generation eine gute Arbeit finden?

Wenn Sie an die nächste Generation denken, wie wahrscheinlich ist es Ihrer Meinung nach, dass ihre Mitglieder eine angemessene Arbeit finden werden?

	Gesamt	BR	CA	CL	ZA	IN	FR	US	CN	DE	KR	UK	BE	JP	AR	RU	BG
Sehr wahrscheinlich	11	17	9	11	8	25	2	16	20	11	5	4	5	3	7	9	24
Ziemlich wahrscheinlich	36	42	40	33	19	34	31	36	44	47	25	40	39	23	29	40	38
Ziemlich unwahrscheinlich	30	25	30	39	29	21	41	21	15	22	47	28	35	40	43	34	20
Sehr unwahrscheinlich	12	11	12	12	40	14	15	8	9	5	13	7	9	15	15	9	12
Weiß nicht	11	4	9	5	4	6	11	19	11	15	11	20	12	20	6	7	5

Frage 13 Mindestlohn

Sind die in [Land] gezahlten Mindestlöhne Ihrer Meinung nach hoch genug, um Arbeitnehmern ein angemessenes Auskommen zu ermöglichen?

	Gesamt	BR	CA	CL	ZA	IN	FR	US	DE	KR	UK	BE	JP	AR	RU	BG	MX	EG	ID
Ja	15	7	16	5	13	30	11	21	17	22	18	17	12	6	4	4	4	12	27
Nein	76	91	73	92	82	61	79	62	74	65	64	69	73	93	94	94	95	74	60
Weiß nicht	9	2	11	3	4	9	9	16	10	13	18	14	15	2	2	2	1	13	12

Frage 14 Wer profitiert vom Wirtschaftssystem?

Sind Sie der Meinung, dass das [nationale] Wirtschaftssystem generell die Reichen begünstigt oder den meisten Menschen in [Land] gegenüber gerecht ist?

	Gesamt	BR	CA	CL	ZA	IN	FR	US	DE	KR	UK	BE	JP	AR	RU	BG	MX	EG	ID
Begünstigt die Reichen	71	83	68	82	76	59	77	59	68	79	69	72	62	73	81	88	80	67	61
Gegenüber den meisten Menschen gerecht	18	13	23	13	18	29	12	28	20	12	20	18	22	13	9	7	11	17	30
Weiß nicht	10	5	10	5	6	13	11	13	11	9	11	10	17	14	10	5	9	16	10

Frage 15 Wer entscheidet über die Wirtschaftspolitik?

Wie viel Einfluss auf die globale Wirtschaft haben Ihrer Meinung nach die Folgenden?

	Zu viel Einfluss	Nicht genug Einfluss	Das richtige Maß an Einfluss	Weiß nicht
Firmeninteressen	57	17	13	12
Arbeitnehmerschaft	14	63	14	10
Verbraucher	21	49	20	10
Menschen wie ich	8	66	14	11
Die [nationale] Regierung	32	39	17	12
Die reichsten 1 % der Bevölkerung	65	13	10	11

Frage 16 Maßnahmen, die das Vertrauen in die Regierung erhöhen würden

Würden Sie einer Regierung mehr oder weniger vertrauen, wenn sie Folgendes täte, oder würde es keinen Unterschied machen?

	Mehr vertrauen	Weniger vertrauen	Kein Unterschied	Weiß nicht
Die Einkommenslücke zwischen Bestverdienern und Geringstverdienern verkleinern	59	16	18	7
Unternehmen für ihr Verhalten gegenüber Angestellten und der Umwelt zur Verantwortung ziehen	61	14	18	7
Einen internationalen Vertrag für ein Verbot von Atomwaffen unterzeichnen	53	13	26	9
Strategien für einen gerechten Übergang in eine klimaneutrale Zukunft implementieren	50	14	25	11
Steuern erhöhen, um die Betreuung von Kindern sowie alten und kranken Menschen zu finanzieren	37	29	25	9
Den Mindestlohn erhöhen und anständige Arbeitsplätze schaffen	64	13	17	6
Mit anderen Regierungen gemeinsame Lösungen für Probleme erarbeiten	53	13	25	8

Frage 17 Positiver und negativer Einfluss großer Technologieunternehmen

Haben große internationale Technologieunternehmen (z. B. Amazon, Facebook, Google usw.) Ihrer Meinung nach in den letzten 3 Jahren allgemein einen positiven oder negativen Einfluss auf jede der folgenden Personengruppen bzw. jeden der folgenden Bereiche ausgeübt?

	Sehr positiv	Eher positiv	Eher negativ	Sehr negativ	Weiß nicht
Menschen wie mich	15	46	16	5	18
Wirtschaft in [Land]	12	37	22	8	22
Arbeiter	11	37	23	7	22
Unsere Gesellschaft	13	40	23	9	15
Sicherheit von Produkten, die ich online einkaufe	14	45	17	5	18
Schutz meiner personenbezogenen Daten im Internet	10	26	31	16	17
Erleichterungen im Alltag	25	48	11	4	12

Frage 18 Regierungsmaßnahmen in Bezug auf große internationale Technologieunternehmen

Würden Sie die folgenden Regierungsmaßnahmen in Bezug auf große internationale Technologieunternehmen (z. B. Amazon, Facebook, Google usw.) befürworten oder ablehnen?

	Befürworten	Ablehnen	Weiß nicht
Steuererhöhungen für internationale Technologieunternehmen	66	17	17
Strengere Regulierungen für internationale Technologieunternehmen	65	16	18
Aufteilung internationaler Technologieunternehmen in kleinere Unternehmen	37	30	33

Frage 19 Aktive Rolle von Gewerkschaften in der Gesellschaft

Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass Gewerkschaften eine aktive Rolle in der Gesellschaft spielen?

	Gesamt	BR	CA	CL	ZA	IN	FR	US	DE	KR	UK	BE	JP	AR	RU	BG
Sehr wichtig	32	44	24	53	42	38	22	27	32	11	22	28	21	31	39	47
Ziemlich wichtig	37	27	38	27	32	37	40	27	39	52	36	41	48	33	41	37
Nicht sehr wichtig	15	13	19	12	13	13	16	15	15	22	20	18	17	16	12	8
Überhaupt nicht wichtig	7	12	9	5	9	4	9	12	5	8	7	6	3	17	3	4
Weiß nicht	9	4	10	3	4	8	13	19	10	7	15	7	12	4	6	4

Frage 20 Bezahlte Wochenendarbeit

Wenn Sie an bezahlte Arbeit denken, die Sie am Wochenende (also am Samstag und Sonntag) ausüben – welche der folgenden Aussagen trifft am ehesten auf Sie zu?

	Gesamt	BR	CA	CL	ZA	IN	FR	US	CN	DE	KR	UK	BE	JP	AR	RU	BG
Ich übe jetzt mehr bezahlte Arbeit am Wochenende aus als vor 5 Jahren	17	21	17	20	21	25	14	19	18	14	9	16	10	10	13	22	18
Ich übe jetzt weniger bezahlte Arbeit am Wochenende aus als vor 5 Jahren	17	20	18	21	20	17	9	17	15	13	32	15	13	16	21	16	18
Kein Unterschied – ich übe jetzt etwa dieselbe Menge an bezahlter Arbeit am Wochenende aus wie vor 5 Jahren	28	22	29	20	24	28	28	35	32	28	30	17	25	48	25	30	27
Kein Unterschied – ich übe keine bezahlte Arbeit am Wochenende aus, und das war vor 5 Jahren schon genauso	33	32	28	34	31	23	42	22	31	39	22	48	44	17	38	27	34
Weiß nicht	6	4	8	5	3	8	7	8	4	6	7	5	8	8	3	5	4

Verantwortliche Herausgeberin:
Sharan Burrow, Generalsekretärin

IGB Internationaler Gewerkschaftsbund

Bd du Roi Albert II 5, Bte 1 – B-1210 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 2 224 02 11 — info@ituc-csi.org — www.ituc-csi.org

Fotos:

S. 17 – Jeanne Menjoulet
S. 48 – Martin Brochhaus
S. 64 – Robert Scoble
S. 76 – mrhayata